E&W

Erziehung & Wissenschaft 11/2018
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

Sport in der Schule

Zu wenig in Bewegung

Foto: Peter Jülich

ANDREAS
SCHWARZKOPF

Auf den Weg machen

Das ist mal ein Ziel: Schule beginnt künftig täglich mit Sport. Schließlich belegen zahlreiche Studien, wie leistungsfördernd es ist, wenn sich Schülerinnen und Schüler bewegen, bevor sie rechnen und schreiben lernen. Sie wären wacher und ausgeglichener, könnten sich besser konzentrieren. Stimmt, davon ist der Sportunterricht hierzulande noch weit entfernt. Es ist aber durchaus möglich, sich auf den Weg zu machen, um dieses Ziel zu erreichen.

Denn beim Sportunterricht hat sich in den vergangenen Jahren einiges bewegt, wenn auch leider noch zu vieles in die falsche Richtung. Wer an Sportunterricht denkt, dem kommen immer noch meist überfüllte alte und miefige Turnhallen in den Sinn sowie überholte autoritäre Lehrmethoden nach dem Vorbild von Turnvater Jahn, die viele Mädchen und Jungen verängstigen, statt sie zu motivieren. Bedauerlicherweise sprechen die wenigsten dann über Staffellauf und Slacklines, Weitsprung und Waveboards. Und auch nicht über kooperativen Gruppenunterricht, bei dem Stärkere und Schwächere zusammen kleine Teams bilden und gemeinsam Strategien entwickeln müssen, wie sie sich spielend bewegen.

An dem eher schlechten Image des Sportunterrichts haben Reformen wenig geändert, auch wenn sie ein Schritt in die richtige Richtung waren. Zwar lässt der geänderte Lehrplan den Lehrerinnen und Lehrern mehr Spielraum. Seither unterteilt man den Sportunterricht nicht mehr in Disziplinen, sondern in Lern- und Erfahrungsfelder. Immerhin wird sich in immer mehr Turnhallen an und mit Geräten bewegt. Anstelle der gefürchteten langen Schlangen vor blauen Matten und Reck gibt es Hindernisparcours, die frei variiert werden.

Doch diese Verbesserungen können nicht überall umgesetzt werden. Manchmal fehlt das Personal, manchmal die Sportstätte, oft auch beides. Viele Kommunen haben beispielsweise in den vergangenen Jahren aus finanziellen Gründen ihre Schwimmhallen geschlossen. Um die wenigen Schwimmbecken konkurrieren nun mancherorts Schulen und Schwimmvereine. Die Folgen sind im wahrsten Sinne des Wortes fatal. Viele beklagen, dass etwa die Hälfte der Kinder am Ende der Grundschulzeit keine sicheren Schwimmerinnen und Schwimmer mehr sind (s. S. 12 f.). Das wiederum ist ein Grund, warum allein in den ersten acht Monaten des Jahres 2018 445 Menschen hierzulande beim Schwimmen ertrunken sind.

So bitter es ist: Diese schreckliche Zahl könnte dem Schulsport helfen – kombiniert mit einer weiteren Hiobsbotschaft. Denn laut einer aktuellen Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO bewegen sich die Deutschen viel zu wenig. Die Zahl der Übergewichtigen steigt, und damit werden wahrscheinlich immer mehr Menschen eher früher als später krank. Das treibt die Kosten für Behandlungen, etwa von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, nach oben.

Diese beiden Entwicklungen könnten dann dem Schulsport zugutekommen, wenn Politikerinnen und Politiker die richtigen Schlüsse ziehen und weitere Entwicklungen nutzen. Mit dem Hinweis auf die teils dramatischen gesundheitlichen Folgen eines vernachlässigten Sportunterrichts ließen sich zusätzliche Mittel für mehr Stellen und Sporthallen erstreiten. Wenn außerdem etwa in Ganztagsschulen der Nachwuchs nicht einfach nur verwahrt, sondern betreut werden soll, kann und muss der Sport eine größere Rolle spielen (s. S. 14 f.). Womöglich lassen sich auch zusätzliche Hallenkapazitäten und Personal gewinnen, wenn Schulen etwa mit Sportvereinen stärker als bislang kooperieren. Dann würden sie nicht mehr um die Becken in Schwimmhallen konkurrieren, sondern diese gemeinsam nutzen. Schließlich klagen viele Clubs über mangelnden Nachwuchs.

Die Verantwortlichen müssen also kreativ sein und noch viel arbeiten, um den Sportunterricht hierzulande nach vorn zu bringen. Dafür ist kein Sprint, sondern ein Marathonlauf nötig.

Andreas Schwarzkopf,
Leiter des Ressorts Meinung der Frankfurter Rundschau

Inhalt

Prämie des Monats
Seite 5

Gastkommentar
Auf den Weg machen — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Sport in der Schule
1. Schulsport – viele Mankos: Zu wenig in Bewegung — Seite 6
2. GEW-Sportkommission: Netzwerk für Sportbegeisterte — Seite 9
3. Leistungssport: „Keine Erfolgsmaschinen“ — Seite 10
4. Stiefkind Schwimmunterricht: „Öffentliches Verwahren am Wasser“ — Seite 12
5. Sportangebot im Ganztag: Hindernislauf zur Win-win-Situation — Seite 14
6. Inklusion im Sportunterricht: Seepferdchen und Eiswaffel — Seite 16

9. November
Interview mit Lorenz Beckhardt: Eine außergewöhnliche jüdische Geschichte — Seite 18

Bildungspolitik
1. Lehrkräfte-Bedarfsprognose 2018: KMK erkennt Mangel an — Seite 20
2. Bildungspolitisches Forum: „Große Forschungslücken“ — Seite 25
3. „Bildung auf einen Blick“: Kein „taxifahrender Dr. Arbeitslos“ in Sicht — Seite 26
4. Stand der inklusiven Bildung: Glas halb voll oder halb leer? — Seite 28

Länderserie Fachkräftemangel
Saarland: „Was da ist, wird irgendwie verteilt“ — Seite 22

„JA13“
Bessere Bezahlung aller Lehrkräfte: Schrittweise nach A13 — Seite 30

Initiative „Bildung. Weiter denken!“
1. GEW-Studie zur Ausstattung von Bildungseinrichtungen: Schlecht aufgestellt — Seite 32
2. Nordrhein-Westfalen und Saarland: Die Zukunft schulischen Lernens — Seite 45

Gesellschaftspolitik
1. Herausforderung für politische Bildung: „Chemnitz hat Angst!“ — Seite 34
2. Bildungspolitische Strategie der AfD: „Deckmäntelchen Chancengleichheit“ — Seite 36
3. AfD-Denunziationsportale: Plumpe Einschüchterungsversuche — Seite 38
4. GEW-Kommentar: Haltung zeigen! — Seite 40

Leserforum — Seite 46

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 70. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Herkunft bestimmt Bildungschancen

17 Jahre nach dem PISA-Schock bestimmt die soziale Herkunft in Deutschland den Schulerfolg immer noch stärker als in vielen anderen Ländern. Kinder aus Akademikerfamilien erreichen deutlich häufiger hohe Abschlüsse als der Nachwuchs von Eltern mit geringeren Qualifikationen. Schlechte Noten also für Bildungschancen, die der jetzt veröffentlichte Bericht „Chancengleichheit in der Bildung – Hindernisse für soziale Mobilität abbauen“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erteilt. Die OECD-Befunde zeigen erneut, dass die Wunde des deutschen Bildungssystems noch lange nicht verheilt ist: Soziale Ungleichheit hält sich hartnäckig. Und nicht nur das. Je älter Heranwachsende werden, desto stärker, stellt die OECD fest, präge sich die soziale Schere in den Bildungswegen aus. So erreichen hierzulande nur knapp 15 Prozent der Erwachsenen mit Eltern ohne Abitur ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Im Schnitt der OECD-Länder sind es 21 Prozent. Der Rückstand Deutschlands hänge auch mit dem Bildungssystem zusammen, das sozialer Segregation durch eine frühe Trennung Vorschub leistet, kritisiert OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher. Er weist darauf hin, dass Kinder aus bildungsfernen Schichten umso bessere Chancen hätten, je mehr es den Schulen gelinge, die Klassen sozial zu durchmischen.

Team Lindner und Walm gewählt

Die bisherige Landesvorsitzende Annett Lindner und ihr bisheriger Stellvertreter, Maik Walm, führen künftig die GEW Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam an. Die Delegiertenversammlung stimmte mit großer Mehrheit für eine Doppelspitze.

Foto: Michaela Skott

Neues Führungsduo: Annett Lindner und Maik Walm

Reisekosten zahlt der Arbeitgeber

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts müssen Lehrkräfte Reisekosten für außerunterrichtliche Veranstaltungen nicht aus eigener Tasche zahlen. Die GEW Baden-Württemberg (BaWü) sieht im Richterspruch aus Leipzig einen Auftrag an die Landesregierungen, mehr Geld für Klassenfahrten und andere Ausflüge bereitzustellen, damit Lehrkräften die Reisekosten künftig vollständig vergütet werden können. Ein Lehrer aus BaWü hatte mit Unterstützung des GEW-Landesverbandes dagegen geklagt, dass er einen Teil der Kosten einer Klassenfahrt nach Berlin selbst zahlen sollte. „Überall ist es selbstverständlich, dass Dienstreisen vom Arbeitgeber finanziert werden. Nur die Landesregierung geht davon aus, dass Lehrkräfte in die eigene Börse greifen, wenn sie ihren Bildungsauftrag ernst nehmen“, monierte GEW-Landeschefin Doro Moritz. Bisher sei es gängige Praxis, dass etwa Klassenfahrten erst dann genehmigt werden, wenn die Pädagoginnen und Pädagogen vorher unterschrieben, dass sie darauf verzichten, sich alle Kosten erstatten zu lassen. Die GEW BaWü erwartet, dass sich der Richterspruch auf alle Schulen auswirken wird.

„Lernen am Limit“

Foto: zplusz

Wohnungsnot macht erfinderisch

Zu Beginn des Wintersemesters 2018/19 blieben wieder viele Studierende ohne Wohnung. Studienanfänger waren gezwungen, in Turnhallen oder Zelten zu übernachten. Zur Wohnungsnot kommt die Raumnot in Hörsälen und Seminarräumen – Studierende sitzen gedrängt auf den Fußböden. Bibliotheken sind überfüllt. Deshalb hat der BASS, die Studierendenvertretung der GEW, zusammen mit anderen Akteuren der Hochschulpolitik, die Kampagne „Studis gegen Wohnungsnot“ mit dem Aufruf „Lernen am Limit“ fortgesetzt. Damit wollen die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf die prekäre Lebens- und Arbeitssituation vieler junger Menschen in den Hochschulstädten aufmerksam machen. Wie das Deutsche Studentenwerk (DSW) appellieren sie an die Politik, „bezahlbaren Wohnraum“ und den Ausbau von Wohnheimplätzen (s. E&W-Schwerpunkt 12/2017) bereitzustellen. Allein bei den Studentenwerken stehen Zehntausende auf den Wartelisten für einen Wohnheimplatz.

Sachsen lockt Lehrkräfte

Die sächsische CDU/SPD-Landesregierung steht unter Handlungsdruck: viel Unterrichtsausfall, hohe Seiteneinsteiger-Quoten, zu wenige Bewerberinnen und Bewerber auf offene Stellen für Lehrkräfte. Jetzt hat der Freistaat mit dem Programm „Nachhaltige Sicherung der Bildungsqualität in Sachsen“ ein Paket geschnürt, das den Lehrerberuf attraktiver machen und die personelle Ausstattung der Schulen verbessern soll. Kernpunkt des Anreizsystems: Jüngeren Kolleginnen und Kollegen wird bis zum Alter von 42 Jahren die Verbeamtung angeboten. Diese Möglichkeit ist zunächst auf fünf Jahre befristet und gilt ab Anfang 2019. Bei den Älteren in den Kollegien hat das „Lockangebot“ für so viel Unmut gesorgt, dass die Regierungskoalition unter Druck geriet, nachzubessern. Künftig sollen zum gleichen Zeitpunkt alle tarifbeschäftigten Pädagoginnen und Pädagogen, die jetzt in der Entgeltgruppe E13 sind, eine Zulage von 170 Euro erhalten (dann E13 plus). Ab 1. Januar 2019 werden auch Grundschullehrkräfte in E13 eingruppiert und bekommen ein Jahr später ebenfalls den 170-Euro-Bonus. Doch viele ältere Lehrkräfte empfinden das weiterhin als ungerecht. „Es reicht nicht, den jungen Kolleginnen und Kollegen attraktivere Einkommensbedingungen anzubieten. Auch die älteren Lehrkräfte dürfen sich nicht als Verlierer empfinden“, sagte GEW-Landesvorsitzende Uschi Kruse. Die Zulage von 170 Euro sei „ein Schritt in die richtige Richtung“. Sie werde von den Betroffenen aber eher „als Symbol und nicht als tatsächliche Wertschätzung“ wahrgenommen.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie Kingdomino – Spiel des Jahres 2017.*

Prämie des Monats November:

Kingdomino – Spiel des Jahres 2017

Als Herrscherinnen und Herrscher eines Königreichs sind Sie auf der Suche nach neuen Ländereien. Diese müssen passend an bereits liegende Landschaftsplättchen angelegt werden – wie bei „Domino“. Ein flottes und knackiges Spiel, bei dem immer noch eine Revanche-Partie drin ist.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats November 2018/Kingdomino

Freude an Bewegung haben Kinder und Jugendliche auch heute. Doch da gibt es die starke Konkurrenz durch PC, Smartphone und Internet. Um so wichtiger ist der Schulsport als Chance, Motorik, Rhythmusgefühl und Gleichgewichtssinn zu trainieren. Kurz: Er ist nicht nur für die Gesundheit unverzichtbar. Doch die Realität im Schulalltag sieht anders aus: Nicht selten bleiben die Turnhallen leer. Und das nicht nur, weil sie sanierungsbedürftig sind. Drei Sportstunden in der Woche stehen oft nur auf dem Papier, denn es mangelt an ausgebildeten Sportlehrkräften.

Zu wenig in

// Schulsport ist wichtig. Viele Kinder und Jugendliche würden sich im Zeitalter von PC und Internet ohne ihn gar nicht mehr bewegen. Das sehen auch Politikerinnen und Politiker so und betonen immer wieder die Bedeutung des Sportunterrichts. In der Realität folgt daraus: nichts. Sportstunden finden in maroden Hallen mit uralten Geräten statt oder werden gleich ganz gestrichen. Wo liegen die Ursachen? //

Die amerikanische Comic-Serie „Die Simpsons“ karikiert seit 1989 den Alltag in den USA. Figuren wie der freundliche Lebensmittelhändler Apu oder der bräsige Polizist Chief Wiggum unterhalten seither Comic-Fans auf allen Kontinenten. Nicht gut hat es „Simpsons“-Erfinder Matt Groening derweil mit der Zunft der Sportlehrer gemeint: Mr. Krupt, der nur sporadisch auftaucht, ist ein tumber, militaristischer Hinterwäldler, bei dessen gebrüllten Anweisungen und gellenden Pfiffen sich die Schüler gequält die Ohren zuhalten.

Monika Fechner* ist keine Zeichentrickfigur, sondern eine höchst reale Lehrerin an einem Gymnasium in Nordrhein-Westfalen (NRW). An diesem regnerischen Dienstagmorgen ist sie erkältet, doch das ist nicht der Grund, warum von 8 bis 9:30 Uhr nicht eine einzige gebrüllte Anweisung von ihr zu hören ist. Selbst die wenigen Pfiffe, mit denen sie die in Kleingruppen trainierenden Sechstklässler hin und wieder zusammenruft, sind nicht gellend, sondern wirken sanft. „Dieser Kasernenhofton war mir schon zuwider, als ich selbst noch Schülerin war“, sagt die Mittvierzigerin. „Man kann mit anderen Mitteln für Ruhe sorgen.“ Wie zum Beweis kündigt sie nun eine Version von „Ball über die Schnur“ an, bei der die Kinder sich nur mit Gesten verständigen dürfen. Wer spricht oder gar schreit, muss zwei Minuten pausieren. Bis auf drei Schüler muss niemand auf die Bank.

Bewegungsfreude kontra PC

Dann bittet Fechner die Klasse wieder in den Kreis. In der Vorwoche haben sie darüber gesprochen, wie Koordination und Kondition trainiert werden können, die Kinder haben selbstständig Trainingsparcours entworfen. Es hat sich definitiv einiges geändert in den Jahren, seit Fechner selbst zur Schule ging. Aber nicht alles. „Ich stelle auch bei den heutigen Schülern eine große Freude an der Bewegung fest“, sagt die Lehrerin. Doch da gibt es die allgegenwärtige Konkurrenz durch PC und Internet. Die wird auch in der Großen Pause sichtbar, etwa wenn ein Zwölfjähriger mit nach vorne gereckten Armen über den Schulhof läuft – wie der Ego-Shooter, mit dem er nachmittags und abends spielt. „Headshot“ ruft der Junge. „Bamm – dein Kopf fliegt weg.“

Fechners Gymnasium ist ein soziologisches Kuriosum. Es liegt in einem wohlhabenden Teil der Stadt, doch die Kinder der dort ansässigen Akademiker gehen anderswo zur Schule. „Unsere Schule gilt als schwierig, wir können uns die Schüler nicht aussuchen“, sagt die Pädagogin. „Wir nehmen jedes Kind auf.“ Dementsprechend hoch sind die Anforderungen an die Lehrkräfte, gerade auch im Sportunterricht. „Aber viele Kolleginnen und Kollegen unterrichten gerne und ganz bewusst hier“, sagt Fechner. „Diese Schule ist bunt und nicht so monokulturell wie andere Gymnasien in der Stadt.“ Was sie dennoch ärgert: Einige Sportgeräte sind

Fotos: dpa

Bewegung

älter als sie selbst, das Lehrerzimmer ist eng und ein wenig heruntergekommen. Und dass die Kaffeemaschine mal wieder kaputt ist, hebt die Laune auch nicht eben. Aber immer wieder gebe es bei allen Rückschlägen auch Erfolgserlebnisse, sagt sie: große, wenn ein Kind, das es zu Hause nicht leicht hat, ein passables Abitur macht. Und kleine, wenn im Sportunterricht „Berührungsängste“ abgebaut werden können, auch die ganz konkreten. Kürzlich haben sie sich in der 7. Klasse bei einer Besprechung an den Schultern gefasst und so einen Kreis gebildet. Für einige Kinder hat ein solcher Kontakt Seltenheitswert. „Sport leistet einen großen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung“, sagt Norbert Baumann von der GEW-Sportkommission. „Für viele Kinder und Jugendliche ist er der einzige Rahmen, in dem sie noch lernen können, was man mit dem eigenen Körper alles anstellen kann.“

In Deutschland gelten etwa 15 bis 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen als übergewichtig, je nach Studie sind 6 bis 7 Prozent adipös. In der Altersgruppe der Vier- bis 17-Jährigen können 43 Prozent der Untersuchten bei Rumpfbeugen ihre Zehenspitzen nicht erreichen. Mehr als ein Drittel scheitert beim Versuch, wenige Schritte rückwärts auf dem Querbalken zu balancieren. Fakten, die nicht ohne Grund so deprimierend sind, wie eine weitere Zahl verrät: Nur ein Drittel der Jugendlichen bewegt sich 60 Minuten oder mehr am Tag – das von der Weltgesundheitsorganisation WHO empfohlene Maß. Schulsport allein reicht nicht aus, um den chronischen Bewegungsmangel junger Menschen zu beheben. Aber ohne ihn würden sich viele gar nicht mehr bewegen.

Sonntagsreden und Realität

Deshalb hat sich 2013 auf der UNESCO-Weltkonferenz der Sportminister auch Deutschland in der „Berliner Erklärung“ dazu verpflichtet, „sicherzustellen, dass guter und inklusiver Sportunterricht als vorzugsweise tägliches Pflichtfach in die Grund- und Sekundarschulbildung aufgenommen wird (und) dass Sport und körperliche Betätigung an Schulen und allen sonstigen Bildungseinrichtungen fest in den Tagesablauf von Kindern und Jugendlichen integriert“ wird. Ebenso hymnisch äußert sich der Deutsche Städtetag zur Bedeutung des Sportunterrichts: „Bewegung, Spiel und Sport sind für eine gesunde physische und psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von zentraler Bedeutung. Der Schulsport leistet damit einen anerkannten Beitrag zu Bildung und Erziehung sowie zur Bewegungs- und Gesundheitsförderung junger Menschen.“

Doch so „unverzichtbar“ – eine Lieblingsvokabel in Sonntagsreden – erscheint der Sportunterricht im Schulalltag eben gerade nicht. De facto schaffen es nicht einmal alle Bundesländer, verbindlich drei Wochenstunden Sport im Lehrplan zu verankern. Das Saarland und Niedersachsen belassen es bei zwei Wochenstunden. Ende Juni beschloss auch die Große Koalition in Sachsen, das Stundentableau um je eine Wochenstunde in Deutsch und Sport zu kürzen. Kultusminister Christian Piwarz (CDU) begründete die Entscheidung ebenso populistisch wie hilflos: „Hohe Priorität hat für uns, die Stundenlast der Schülerinnen und Schüler zu verringern und zugleich Freiräume für bestimmte Lerninhalte und mehr individuelle Förderung zu eröffnen.“ Tatsächlich ging es wohl eher darum, den Lehrkräftenotstand zu kaschieren. >>

In Deutschland gelten etwa 15 bis 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen als übergewichtig. Nur ein Drittel der Jugendlichen bewegt sich 60 Minuten oder mehr am Tag.

Foto: zplusz

In vielen der Bundesländer, die drei Sportstunden anbieten, fallen nicht wenige davon regelmäßig aus. Unter anderem deshalb, weil es häufig an ausgebildeten Sportlehrkräften fehlt. Oft unterrichten Lehrerinnen und Lehrer Sport fachfremd. „Es ist lustig, welches Image das Fach Sport hat“, sagt Karsten Schmieder*, der in Niedersachsen unterrichtet. „Auf der einen Seite meinen viele, wir machten uns einen schlauen Lenz, während andere Fachkollegen die Klausuren korrigieren.“ Schmieder muss lachen. „Aber wenn es darum geht, wer den Klassenlehrer ins Landschulheim begleitet, stehen wir aus dem Sport hoch im Kurs.“ Ob das etwas damit zu tun hat, dass Sportlehrerinnen und -lehrer eine große Sozialkompetenz brauchen? Kürzlich habe er jedenfalls eine Kollegin, die sich spöttisch über das Fach Sport geäußert habe, gebeten, doch mal bei einer seiner Stunden vorbeizuschauen. „Sie hat dankend abgelehnt. Das sei viel zu laut und hektisch.“ Tatsächlich ist die Arbeits- und Stressbelastung für Sportlehrkräfte zuletzt immer weiter gestiegen, auch durch Lärm. Messungen ergaben Durchschnittswerte von 80 und Spitzenwerte bis zu 100 Dezibel in den Sporthallen. „Wenn ich eine Doppelstunde Sport habe, merke ich danach, wie anstrengend es war, alle über 90 Minuten bei der Stange zu halten“, sagt Schmieder. „Zumal ich immer die Verletzungsgefahr im Hinterkopf haben muss – gerade, wenn unsere kleine Turnhalle mal wieder von zwei Klassen gleichzeitig genutzt wird und die Bälle hin- und herfliegen.“

Querschnittsaufgabe

Schmieder und Fechner sind sich darin einig, dass die Wissenschaft deutlich weiter ist als der Schulalltag. „Bewegung müsste eine Querschnittsaufgabe sein, die man fächerübergreifend verfolgt“, sagt die Lehrerin aus NRW und verweist auf das Konzept der „Bewegten Schule“, das die „Sitzschule“ ablösen soll. Doch auch das beste Konzept kann nicht auffangen, was durch den Investitionsstau an Schulen im Argen liegt. Klar ist jedenfalls, dass die vom Bund bewilligten 3,5 Milliarden Euro für Schulbausanierung bei weitem nicht reichen werden, um flächendeckend marode Gebäude zu sanieren – ein Problem, das nicht zuletzt auch das Fach Sport betrifft. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass es oft nicht am fehlenden Geld liegt, wenn notwendige Investitionen, etwa in Sporthallen, unterbleiben. Immer öfter kam es in den vergangenen Jahren vor, dass bewilligte Gelder nicht abgerufen wurden. Der Grund: Manche Kommunen haben in ihrer Finanznot so viel Personal abgebaut, dass sie heute ihren ureigensten Aufgaben nicht mehr nachkommen können.

Foto: dpa

Vorwärts balancieren ist ja noch einfach, aber rückwärts ... Mehr als ein Drittel der Kinder und Jugendlichen scheitert bei dem Versuch, wenige Schritte rückwärts auf dem Querbalken zu balancieren.

Dass viele Hallen und Anlagen marode sind, bestreitet kein Politiker. Doch Schulen und Sportstätten zu bauen und dann in gutem Zustand zu unterhalten, ist Aufgabe der Kommunen. Viele von ihnen sind jedoch nach wie vor klamm. In seiner Not spielt etwa Berlin bereits die

Idee durch, kostengünstige genormte Einheitssporthallen aufzubauen, damit überhaupt regelmäßig Sportunterricht stattfinden kann. GEW-Sportexperte Baumann zitiert das Bonmot, nach dem „der Raum der dritte Pädagoge“ sei – im Falle solcher Behelfskonstruktionen dann wohl ein schlechter. „Es führt kein Weg daran vorbei, dass der Bund wesentlich mehr Geld ausgibt. Im Bereich des Sports ist der Bedarf mit am größten.“ Immer wieder ärgert sich Baumann, wie bereitwillig Hunderte Millionen ausgegeben werden, wenn Kommunen auf die Vergabe einer Olympiade oder einer anderen imageträchtigen Großveranstaltung hoffen. „Wenn dann wenigstens darauf geachtet würde, dass die Hallen danach auch für den Schul- und Breitensport gut nutzbar sind.“ Laut einer repräsentativen Studie erachten 55 Prozent der GEW-Mitglieder den Bau von Sportstätten für Schulen als wichtig oder sehr wichtig (s. S. 38 f.).

Bund-Länder-Zwist

Ein Knackpunkt bei der Finanzierung bleibt, dass die Kultus- und Bildungsministerien der Länder auf ihre Kulturhoheit in Sachen Schulpolitik pochen – auch das ein Grund, warum die Kultusministerkonferenz, die die Bildungspolitik der Länder koordinieren soll, mit ihren Vorschlägen so selten durchdringt. In vielen Bundesländern herrscht die Sorge vor, durch eine Verlagerung einzelner Entscheidungen auf die Bundesebene könnten die eigenen Handlungsspielräume so weit aufgeweicht werden, dass irgendwann die Frage aufkommt, ob Bildung denn überhaupt in die Zuständigkeit der Länder fallen müsse. Aus diesem Blickwinkel wird auch das Kooperationsverbot diskutiert, das dem Bund untersagt, in bildungspolitische Angelegenheiten der Länder einzugreifen. Maßnahmen im Zusammenhang mit Bildung dürfen daher nicht von Berlin finanziert werden.

Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 forderte SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz die Abschaffung des Kooperationsverbotes und war damit auf einer Linie mit Linkspartei, FDP und Grünen. Doch auf Landesebene will der grüne Ministerpräsident Baden-Württembergs, Winfried Kretschmann, das Kooperationsverbot unbedingt beibehalten. Zwar sieht auch er den Bund in der Pflicht, Bildung stärker zu finanzieren. Der Teufel steckt aber im Detail. So hat die derzeit im Bund regierende Große Koalition die Freigabe der bereits von der Vorgängerregierung bewilligten 3,5 Milliarden Euro für die Schulbausanierung an eine weitere Lockerung des Kooperationsverbotes geknüpft. Solange die für eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes nötige Zweidrittelmehrheit wegen des Widerstandes von Politikern wie Kretschmann nicht steht, bleiben die Gelder eingefroren, und es ändert sich erst einmal nichts. Das wäre ohne Zweifel die denkbar schlechteste Option. Doch dass der vom Bundesbildungsministerium propagierte Plan, das Geld Anfang 2019 auszuzahlen, umgesetzt wird, glaubt selbst im politischen Berlin kaum noch jemand.

Christoph Ruf,
freier Journalist

***Name geändert**

Netzwerk für Sportbegeisterte

// **Was 1950 als Ausschuss für Leibesübungen in der Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände (AGdL) – der Vorläuferorganisation der GEW – begann, ist heute ein wichtiger Ratgeber bei allen sportpädagogischen und -politischen Fragen in der Bildungsgewerkschaft.** //

Die GEW-Sportkommission versteht sich als Netzwerk aller an sport- und bildungspolitischen Fragen interessierten und den Sport gestaltenden Kolleginnen und Kollegen. Sie berät die Bildungsgewerkschaft zu den Themen:

- Angebote für Bewegung, Sport und Spiel im Elementarbereich,
- sämtliche Aspekte des Schulsports, etwa Sportunterricht, außerunterrichtlicher Sport und schulsportliche Wettbewerbe,
- Aus- und Fortbildung für Sportlehrkräfte,
- Sportwissenschaft und Hochschulsport.

Diese Fragen sind untrennbar mit dem sportlichen Geschehen außerhalb des Bildungssektors verbunden. Daher nimmt die Sportkommission auch Stellung zu sportpolitischen Fragen wie Doping oder Missständen und Fehlentwicklungen im Spitzensport, bei Sportorganisationen und sportlichen Großereignissen.

Interessierte GEW-Kolleginnen und -Kollegen sind jederzeit willkommen.

Norbert Baumann,
GEW-Sportkommission

Jahrestagung der Sportkommission

Die Jahrestagung der GEW-Sportkommission findet am 29. und 30. März 2019 in Göttingen statt. Einer der Schwerpunkte ist die Diskussion über eine gute Ganztagsschule. Jessica Süßenbach, Professorin für Sportpädagogik und Sportwissenschaft an der Leuphana Universität Lüneburg, wird die Ergebnisse ihrer jüngsten Studie „Wir bewegen den Ganztag“ vorstellen und diskutieren. Daraus will die Sportkommission Anforderungen und Kriterien für ein qualitativ und quantitativ hochwertiges Bewegungsangebot an Ganztagsschulen entwickeln. Kolleginnen und Kollegen aus den Landesverbänden sind herzlich eingeladen. Die Kosten für Anreise, Übernachtung und Verpflegung werden übernommen. Kontakt: Ole Stratmann, E-Mail: olestratmann@hotmail.com N.B.

Jan Christmann, Leiter des Sportzweigs des Heinrich-Heine-Gymnasiums in Kaiserslautern: „Es gibt keine Garantie für eine Karriere im Sport."

Foto: Tobias Schwerdt

„Keine Erfolgsmaschinen"

// Die Liste erfolgreicher Sportlerinnen und Sportler, die am Heinrich-Heine-Gymnasium (HHG) in Kaiserslautern zur Schule gegangen sind, ist lang. Noch länger ist jedoch die Liste derer, die keine große Sportkarriere einschlagen. Für alle Schülerinnen und Schüler der „Eliteschule des Sports" ist gute Bildung deshalb unverzichtbar. //

„Wer behauptet, den Werdegang eines Talents bis hin zum Weltmeister voraussagen zu können, der lügt", sagt Jan Christmann, Leiter des Sportzweigs des HHG. Das Gymnasium ist eine von bundesweit 43 Schulen, die das vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) verliehene Zertifikat „Eliteschule des Sports" tragen. Von den aktuell 850 Schülerinnen und Schülern trainieren 330 in Sportklassen neben der schulischen Ausbildung für eine Leistungssportkarriere im Fußball, Badminton, Radsport, Tennis oder Judo.

Beispielsweise hat die mehrfache Bahnrad-Weltmeisterin und Olympiasiegerin Miriam Welte am HHG Abitur gemacht. Doch eine Karriere wie ihre ist eher die Ausnahme. „Wir vermitteln in jedem Aufnahmegespräch, dass es keine Garantie gibt für eine Karriere im Sport und es unabdingbar ist, sich eine Alternative durch Bildung zu erarbeiten", sagt Christmann, der Sport und Mathematik unterrichtet und einst selbst erfolgreicher Basketballer war.

Das Bewusstsein, große Verantwortung auch für diejenigen zu tragen, deren Traum vom erfolgreichen Sportlerleben in der Zeit zwischen Pubertät und Erwachsenwerden platzt, ist in den vergangenen Jahren in Schulen, Vereinen und Verbänden gewachsen. Doch diese Einsicht kollidiert mit der Entwicklung einer immer früher einsetzenden Talentsichtung und Professionalisierung. Die Ausbildung von Talenten zu Medaillengewinnern ist von Politik und Gesellschaft gewollt.

Im März 2018 beschlossen die Kultus- und Sportminister der Länder und der DOSB, die „Eliteschulen des Sports" als „ein zentrales Element der Dualen Karriere im Leistungssport weiter zu stärken". Finanziert werden die Schulen von den Innen- und Bildungsministerien der Länder, den Landessportbünden, der Deutschen Sporthilfe und den Sparkassen. Das HHG wird zusätzlich vom DOSB und vom Deutschen Fußball Bund (DFB) unterstützt. Das staatliche Gymnasium hat viele Kooperationspartner, etwa Fachverbände auf Landes- und Bundesebene, die Technische Universität Kaiserslautern, den Olympiastützpunkt Rheinland-Pfalz-Saarland oder den 1. FC Kaiserslautern.

Ansprechpartner: Lehrertrainer

Wichtige Ansprechpartner für die Talente – und Bindeglieder zwischen den Trainern in den Vereinen und den Verbänden – sind die sogenannten Lehrertrainer, die je die Hälfte ihres Deputats für ihre Schulfächer und den Sport verwenden, in dem sie ausgebildete Trainer sind. Doping, Wettmafia, falsche Berater, die Verlockung des schnellen Geldes, Druck durch ungeduldige Eltern: Die Gefahren für junge Sportler sind vielfältig, gerade deshalb ist die Erziehung zum mündigen Athleten und kritischen Geist wichtig.

Aufgrund von Wettkämpfen und Lehrgängen fehlen die Top-Talente bis zu 40 Tage im Jahr in der Schule. Der DFB schickt mittlerweile zu jedem Lehrgang seiner Jugend-Nationalspieler zwei Begleitlehrer, die den verpassten Stoff mit den Jugendlichen durcharbeiten. Darüber hinaus gibt es E-Learning-Programme für eigenständiges Lernen. Je rund 30 Stunden müssten die Talente pro Woche in Sport und Schule investieren, das erfordere große Selbstdisziplin, sagt Christmann. Die Erfahrung zeige, dass die Talente mit der stärksten Eigenmotivation am weitesten kämen.

Wenn absehbar ist, dass Jugendliche ihr Talent nicht weiterentwickeln können oder Verletzungen ihre Sportkarriere verhindern, haben sie am HHG die Möglichkeit, in der Sportklasse zu bleiben – sofern sie das wollen. In diesen Fällen sind Pädagoginnen und Pädagogen gefragt, die den jungen Menschen helfen, die Enttäuschung zu verarbeiten. Christmann sagt: „Man muss den Jugendlichen das Gefühl geben, keine Erfolgsmaschinen zu sein. Niemand ist gescheitert, wenn er es im Sport nicht nach oben schafft."

Tobias Schächter,
freier Journalist

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der Bedarfsanalyse für Berufsstarter.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Gerade im Job angefangen und schon an mögliche Risiken denken? Ja, denn je früher umso günstiger. Und einige Versicherungen sind einfach unverzichtbar. Welche, zeigt unsere Bedarfsanalyse:

- ✔ **Krankheit: Profitieren Sie von günstigen Ausbildungskonditionen und sichern Sie sich heute schon gegen steigende Kosten ab.**
- ✔ **Dienstunfähigkeit: Finanzielle Sicherheit mit bezahlbaren Beiträgen.**
- ✔ **Berufshaftpflicht: Vermeiden Sie eine persönliche Haftung, falls Sie im Job einen Schaden verursachen.**

Die DBV bietet maßgeschneiderte Versicherungslösungen für den Öffentlichen Dienst. Und das schon seit über 140 Jahren. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW

Eine Marke der AXA Gruppe AXA

Mehr Schwimmunterricht! Immer weniger Kinder und Jugendliche können sicher schwimmen. Jeder Zehnte kann sich nicht über Wasser halten.

Fotos: dpa

„Öffentliches Verwahren am Wasser“

// „Die Kinder in einem der reichsten Länder der Welt beherrschen eine grundlegende Fähigkeit nicht mehr: das Schwimmen“, resümierte die ZEIT am 9. August 2018. Wo liegen die Ursachen für die besorgniserregende Tatsache, dass sich viele Kinder und Jugendliche nicht sicher über Wasser halten können? //

Der vergangene Sommer dürfte den meisten Menschen viel Freude bereitet haben, nicht zuletzt den Wasserratten, die vielerorts von Mai bis September im Freien schwimmen konnten. Eine Berufsgruppe gab es allerdings, die die hohen Temperaturen mit gemischten Gefühlen sah: die der Bade- und Schwimmmeister, die das Gewusel im Wasser im Auge behalten muss. Und die dabei oft zu spät kam: 445 Menschen – etwa 30 davon Geflüchtete – ertranken in Deutschland in den ersten acht Monaten 2018. Schon vor Jahren mahnte das Personal am Beckenrand, dass immer weniger Kinder und Jugendliche sicher schwimmen können. Allmählich findet es Gehör.

Laut einer Studie im Auftrag der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) aus dem Jahr 2017 sind 59 Prozent der Zehnjährigen keine sicheren Schwimmer, sie schaffen es nicht, 200 Meter am Stück in 15 Minuten zu schwimmen. Jeder Zehnte kann sich gar nicht über Wasser halten. „Das ist allein deshalb alarmierend, weil es lebensgefährlich ist, nicht schwimmen zu können“, sagt Norbert Baumann von der GEW-Sportkommission. Sich im Wasser bewegen zu können, biete zum einen ganz andere Reize und ein anderes Körpergefühl als an der Luft. Zudem seien Kinder, die nicht schwimmen könnten, von vielen schulischen Aktivitäten ausgeschlossen. Das gelte auch für Ausflüge oder Landschulheimaufenthalte. „Vom Bootfahren bis zum Surfen, all das kommt für Nichtschwimmer nicht in Frage. Wer nicht schwimmen kann, grenzt sich aus.“

Dieser Befund ist umso trauriger, als er eine soziale und eine religiöse Komponente beinhaltet. Die Zahl der Nichtschwimmer ist in benachteiligten Stadtteilen höher. In strenggläubig muslimischen Milieus bestehen zudem massive Vorbehalte gegenüber dem Schwimmunterricht für Mädchen. In vielen Fällen ermöglicht ihnen das Tragen eines Burkinis die Teilnahme am Schulschwimmen. „Ich sehe trotzdem die Islamverbände in der Pflicht“, sagt Baumann. „Sie könnten durchaus weitergeben, dass vieles, was Strenggläubige ihren Kindern auferlegen, nirgendwo im Koran steht.“

Lehrkräfte schlagen Alarm

Kein Wunder also, dass auch Lehrkräfte Alarm schlagen. „Es kommt viel öfter als noch vor 20 Jahren vor, dass man beim Schwimmunterricht in der 5. Klasse die zugewiesene Mittelbahn im Hallenbad nicht nutzen kann, weil zu viele Kinder nicht schwimmen können“, berichtet Arne Westhoff*, Lehrer aus Nordrhein-Westfalen. Das Schwimmen werde geringgeschätzt – von Eltern aus unterschiedlichsten sozialen Milieus: „Die einen haben nicht das Geld, um mit ihren

Kindern ans Meer zu fahren, die anderen schreien Zeter und Mordio, wenn Mathe ausfällt und sind regelrecht erleichtert, wenn es den Schwimmunterricht trifft.“ Zudem habe G8 am Gymnasium mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung fatale Folgen gehabt: „Die Kinder kommen am späten Nachmittag nach Hause und haben dann keine Lust mehr auf Musikunterricht oder Schwimmkurs.“

In der 3. und 4. Klasse ist Schwimmen zwar als fester Bestandteil des Sportunterrichts vorgesehen: Am Ende der 4. Klasse sollen die Kinder schwimmen können. Häufig bloß Theorie: „Theoretisch sollten die Lehrerinnen und Lehrer Rettungsfähigkeit, Methodik, Didaktik draufhaben. In der Praxis reicht in vielen Grundschulen allerdings schon die Rettungsfähigkeit“, hat Westhoff festgestellt. Dass fachfremd unterrichtet wird, sei eher die Regel als die Ausnahme und trage ebenfalls nicht zur Qualität des Unterrichts bei. Zumal viele Kolleginnen und Kollegen Angst vor Schwimmunfällen hätten und sich rechtlich nicht genügend abgesichert fühlen. „In der Summe führt das dazu, dass man häufig statt von Schwimmunterricht eher von einem öffentlichen Verwahren im und am Wasser sprechen kann.“

Dabei gibt es punktuell durchaus innovative Ideen, wie die Zahl der schwimmfähigen Kinder und Jugendlichen wieder gesteigert werden könnte. Das zeigt ein Blick nach Berlin-Neukölln, wo die damalige Bezirksbürgermeisterin und heutige Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) ein Projekt namens „Schwimmbär“ initiierte: Schwimmlehrkräfte organisieren für Zweitklässler eine Projektwoche, in der sich die Kinder an fünf Tagen hintereinander langsam ans Wasser gewöhnen. Kinder, die – gestützt durch ein Schwimmkissen – schon einmal die Angst vorm fremden Element verloren haben, lernen später auch schneller schwimmen.

Rotstift-Opfer Schwimmbad

Doch an den strukturellen Problemen können auch die kreativsten Aktionen nicht viel ändern. Vielen Kommunen mangelt es schlicht und einfach an der entsprechenden Infrastruktur. Ein Viertel der Schulen habe keinen Zugang zu einem Schwimmbad mehr, sagt DLRG-Sprecher Martin Holzhause: „Gut 80 Bäder pro Jahr verschwinden für immer.“ Im Jahr 2000 gab es 6.716 Schwimmbäder, heute sind es noch knapp 6.000, ein Investitionsstau von 4,5 Milliarden Euro hat sich aufgetan. Dass Bäder zuerst dran glauben müssen, wenn eine Kommune sparen muss, ist systembedingt. Schwimmbäder zählen zu den „freiwilligen Aufgaben“ der kommunalen Haushalte und fallen angesichts der desaströsen Finanzlage vieler Kommunen entsprechend schnell dem Rotstift zum Opfer. Fatalerweise werden Hallenbäder in ärmeren Stadtteilen häufig zuerst gestrichen, weiß GEW-Sportexperte Baumann. „Dabei wäre dort ein gut zugängliches Schwimmbad so wichtig.“ Zwar würden durchaus noch neue Bäder gebaut, dann allerdings meist „Spaßbäder“, die unzählige Attraktionen bieten. Nur eines kann man dort nicht gut: schwimmen.

Selbst da, wo es noch ein Schwimmbad gibt, ist es für viele Menschen nur selten oder gar nicht möglich, dieses auch zu nutzen: „Wir stellen vor allem in den

Noch gibt es dieses Schwimmbad. Doch „gut 80 Bäder verschwinden pro Jahr“, sagt DLRG-Sprecher Martin Holzhause.

großen Städten fest, dass die Preise enorm hoch sind“, sagt DLRG-Sprecher Holzhause, „das verschärft noch mal die soziale Kluft.“ Zumal das neoliberale Denken mancherorts so tief verwurzelt scheint, dass es sich nicht durch Zahlen erschüttern lässt: Die 320.000-Einwohner-Stadt Karlsruhe, eine vergleichsweise prosperierende Kommune, verkündete in diesem Sommer stolz, dass sie ihren Kostendeckungsgrad von über 65 Prozent 2018 deutlich überbieten werde. Zum Vergleich: Bundesweit liegt der Kostendeckungsgrad bei 30 Prozent. Doch dies hindert die Stadt nicht daran, beim renovierten „Fächerbad“, das auch für den Schulsport genutzt wird, die Preise drastisch zu erhöhen – für Vielschwimmer um bis zu 300 Prozent. Oliver Sternagel, Geschäftsführer der Bäderbetriebe, begründet dies damit, man strebe einen Kostendeckungsgrad von 70 Prozent an.

Politik zögert

Derweil verhält sich die baden-württembergische Landesregierung zögerlich. Bildungsministerin Susanne Eisenmann (CDU) antwortete jüngst ausweichend auf Anfragen von SPD- und FDP-Abgeordneten, die sich um die Schwimmfähigkeit der Grundschüler Sorgen machten. „Da keine verbindliche Definition von Schwimmfähigkeit vorliegt, werden hierzu keine statischen Daten erhoben.“ Jürgen Walter, Mitglied im Arbeitskreis Bildung der Landtags-Grünen, sieht allerdings Handlungsbedarf: Land und Kommunen müssten sich „darüber unterhalten, wie die teilweise maroden Lehrschwimmbecken saniert werden können, damit Schwimmen wieder ein fester Bestandteil des Unterrichts wird“.

Während die Politik Studien in Auftrag gibt und über Finanzierungsfragen streitet, nehmen vielerorts Bürgerinnen und Bürger das Problem selbst in die Hand. Immer öfter kommt es vor, dass sie in Eigenregie Bäder weiterbetreiben, die die Kommunen ansonsten schließen würden. Viele Eltern, die es sich leisten können, schicken ihre Kinder in private Schwimmschulen. Und die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sind mittlerweile dazu übergegangen, den Schwimmunterricht von den Schwimmmeistern der örtlichen Bäderbetriebe durchführen zu lassen. GEW-Vertreter Baumann, selbst Hamburger, sieht das mit gemischten Gefühlen: „Aber wir erreichen jetzt 100 Prozent der Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs statt bisher 80 bis 85 Prozent.“

Christoph Ruf,
freier Journalist

***Name geändert**

Neben dem Handballspiel fördere sie die Entwicklung der koordinativen Fähigkeiten der Schüler, sagt Maria Heisterklaus, Jugendwartin der Handballabteilung des MTV Karlsruhe.

Hindernislauf zur Win-win-Situation

// Ganztagsangebote sind ohne die Kooperation mit Sportvereinen oft nicht denkbar. Dabei müssen sowohl Schulen wie auch Vereine immer wieder Hürden nehmen: Bürokratie, Planungsunsicherheit und die schwankende Qualität der Angebote erschweren eine Zusammenarbeit. Beispiele aus der Praxis zeigen aber auch: Wenn es gut läuft, profitieren alle. //

Die Weinbrennerschule in Karlsruhe ist eine Grundschule mit „sport- und bewegungserzieherischem Schwerpunkt“. Die Lage in der heterogen bevölkerten Weststadt, am Rand einer Grünanlage, bietet beste Möglichkeiten für Pausensport und bewegten Unterricht. Mindestens 200 Minuten Sportunterricht in der Woche sieht das Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg für die Vergabe des Zertifikats vor. Rund 900 Grundschulen in Baden und Württemberg bieten durch zusätzliche Sportstunden aus dem Ergänzungsbereich, Klassenzusammenlegungen und Kooperationsmaßnahmen mit Vereinen eine tägliche Sportstunde neben dem Regelunterricht an. Geld gebe es für dieses Prädikat aber nicht, erklärt Schulleiterin Susanne Schuck schmunzelnd.

Sport und Bewegung stehen weit oben auf der Agenda dieser Ganztagsschule. Durch Kooperation mit Sportvereinen versucht die Schulleitung seit 2014, den Ganztagsschülern so viele Bewegungsangebote wie möglich zu machen. An der Weinbrennerschule werden unter anderem AGs in Schach, Tennis, Korfball und Handball angeboten. „Bei allen Problemen“, sagt Rektorin Schuck, „im Prinzip bedeuten die Kooperationen mit den Sportvereinen eine Win-win-Situation.“ So sieht das auch Maria Heisterklaus, Jugendwartin der Handballabteilung des MTV Karlsruhe und selbst Grundschullehrerin. Seit vielen Jahren kooperieren die Weinbrennerschule und der MTV, auch in diesem Schuljahr leitet Heisterklaus eine Handball-AG.

„Neben dem Handball widme ich ein Drittel meines Trainings der Entwicklung der koordinativen Fähigkeiten der Schüler“, erklärt die 55-Jährige.

Die Ganztagschule als gemeinsamer Lern- und Lebensort von Kindern und Jugendlichen ist längst nicht mehr aus der Schullandschaft wegzudenken. Angetrieben von der damaligen Bundesministerin Edelgard Bulmahn (SPD) wurden 2003 im Rahmen des „Investitionsprogramms Zukunft Bildung und Betreuung“ vier Milliarden Euro in den Ausbau der Ganztagschulen investiert. Die Gründe dafür waren und sind stichhaltig: Immer mehr Alleinerziehende brauchen Entlastung, benachteiligte Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund sollen gefördert werden und der Ausbau musischer und sportlicher Angebote die ganzheitliche Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler entwickeln. Und Sportvereine, die aufgrund des demografischen Wandels und der erhöhten Konkurrenz durch andere Freizeitangebote unter Mitgliederschwund leiden, versprechen

Sport und Bewegung stehen weit oben auf der Agenda der Weinbrennerschule in Karlsruhe. Eine Stütze der Ganztagsgrundschule sind die Sportangebote externer Anbieter. „Den Inhalt überlassen wir den Sportvereinen“, sagt Schulleiterin Susanne Schuck.

Fotos: Tobias Schwerdt

sich durch den engeren Kontakt zu den Schulen neue Mitglieder. Mittlerweile haben rund 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, Ganztagsangebote wahrzunehmen.

Qualität muss stimmen

Die aktuelle Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD will den Ausbau der Ganztagsschulen nun wieder forcieren und stellt dafür zwei Milliarden Euro zu Verfügung. Im Koalitionsvertrag ist vom „Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter“ ab 2025 die Rede. Wie realistisch diese Pläne sind, wird kontrovers diskutiert. Fachleute halten die angegebene Summe für viel zu niedrig, die Kommunen stünden vor einem Kraftakt. Im Grundschulbereich fehlen nach Angaben der GEW zudem schon heute rund 2.000 Lehrerinnen und Lehrer. GEW-Vorsitzende Marlis Tepe begrüßt die Initiative der Großen Koalition, gibt jedoch zu bedenken: „Das wird viele Eltern ansprechen, aber sie werden Qualität erwarten, denn nur dann geben sie ihre Kinder gerne an Bildungseinrichtungen ab.“

Wie erleben die Praktiker in den Schulen Kooperationen mit den Sportvereinen im Rahmen der Ganztagsklassen? Viele Lehrerinnen und Lehrer bemängeln Planungsunsicherheit. Ärgerlich findet Schulleiterin Schuck, dass die Kooperationen mit den Vereinen jährlich erneuert werden, Schulen und Vereine jedes Jahr wieder bei den Landessportbünden einen Antrag für eine Zusammenarbeit stellen müssen. Wird dieser bewilligt, gibt es Zuschüsse, die von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich ausfallen. Entstehen Lücken in der Finanzierung, können Gelder bei Förderkreisen der Schulen sowie bei Städten und Kommunen beantragt werden. Gerne würde Schuck mehr Kooperationen eingehen und den Kindern mehr Sport anbieten – zumal es für die Gruppen mit jeweils 16 bis 18 Teilnehmern mehr Bewerberinnen und Bewerber als Plätze gibt. Doch die Kapazitäten in der kleinen Turnhalle sind komplett ausgereizt. Gerade in Städten fehlt es an Sporthallen, oft konkurrieren Schulen und Vereine um Belegzeiten.

Dieses Problem kennt auch Sonja Kinck, am Hilda-Gymnasium in Pforzheim für die Ganztagsangebote zuständig. Das G8-Gymnasium ist eine Innenstadtschule mit über 1.000 Schülerinnen und Schülern. Es bietet seit 2012 in Kooperation mit Sportvereinen AGs an, unter anderem Rugby, Fußball und Basketball. In der Rugbyhochburg Pforzheim trainieren die Schüler mit Spielern des Bundesligisten TV. Sonst aber leiten – wie an vielen Schulen bundesweit – oft junge Menschen die Angebote, die die Zeit nach dem Abitur und vor dem Studium oder der Ausbildung für ein Freies Soziales Jahr (FSJ) nutzen. Aufgrund von Fortbildungen, beispielsweise zum Übungsleiter, fehlten die FSJler manchmal, AGs fielen dann aus, berichtet Kinck. Die Schülerinnen und Schüler müssten in diesem Fall anders beschäftigt werden.

Eine detaillierte Abstimmung zwischen den Vereinen und den Schulen sowie dem Stundenplan des regulären Sportunterrichts gibt es selten: „Den Inhalt überlassen wir den Sportvereinen“, erklärt Rektorin Schuck. Auch an der Weinbrennerschule trainieren FSJler oder Vereinstrainer hauptsächlich nach ihren Vorstellungen. Manche Angebote müssten nach einem Jahr wieder ausfallen, weil keine Trainer mehr zur Verfügung stünden, ergänzt AG-Leiterin Heisterklaus: „Studenten sind nachmittags selbst an der Uni beschäftigt, Vereinstrainer arbeiten.“

Weiterführende Schulen haben noch ein Problem: Die Angebote am Pforzheimer Hilda-Gymnasium zum Beispiel zielen vorwiegend auf die Fünft- bis Siebtklässer ab. Die Erfahrung zeige, so Kinck: Je näher die Jugendlichen dem Abitur kämen, desto weniger Zeit bleibe für Sport. Wissenschaftliche Untersuchungen fallen nicht ganz so eindeutig aus: Im Jahr 2013 hat die MedikuS-Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) das Verhalten Jugendlicher zwischen neun und 24 Jahren in den Bereichen Medien, Kultur und Sport untersucht. Ergebnis: Die Quote der Vereinssportler lag bei Halbtagsschülern mit 60,9 Prozent rund 10 Prozentpunkte höher als bei Ganztagsschülern (50,3). Andererseits stellte sich heraus, dass G8-Schüler mehr Vereinssport betrieben als jene an G9-Gymnasien.

Interessante Erkenntnisse zum Thema liefert auch Lutz Thieme, Professor für Sportmanagement an der Hochschule Koblenz, in seiner Arbeit „Ganztag und Sportvereine: Zusammenfassung vorliegender empirischer Befunde unter besonderer Berücksichtigung von Daten aus Rheinland-Pfalz“. Der Wissenschaftler fand heraus, dass „weder die teils euphorischen Prognosen einiger Sportverbände infolge der mit der Ganztagsschulentwicklung erfolgten Öffnung der Schulen für Sportvereine, noch die düsteren Szenarien von Kritikern eingetreten sind, die ein flächendeckendes Ausbluten der Sportvereine, eine Abwanderung der Übungsleiter zu Ganztagsschulangeboten sowie eine deutliche Verschlechterung der Sportstättensituation für den Vereinssport vorhergesagt hatten.“ Offenbar, so Thieme, profitierten Schulen und Vereine, die schon vor dem Ausbau des Ganztags langjährige Kooperationspartner der Schulen waren.

Dies bestätigen Schulleiterin Schuck und MTV-Jugendwartin Heisterklaus, deren Zusammenarbeit seit zehn Jahren verlässlich funktioniert. Auch Ganztagskoordinatorin Kinck findet: „Wenn man als Schule ein Netz von Kooperationspartnern und Trainern aufgebaut hat, dann läuft es.“

Tobias Schächter,
freier Journalist

Seepferdchen und Eiswaffel

// Inklusion fällt im Sportunterricht leichter als in anderen, nicht auf Körper und Bewegung fokussierenden Schulfächern, heißt es. Doch die Realität zeigt: Sport für heterogene Gruppen ist komplex. Lehrkräfte müssen Kindern mit unterschiedlichsten Fähigkeiten und Bedürfnissen gerecht werden – eine enorme Herausforderung. //

Da ist zum Beispiel die „Eiswaffel". Benötigt werden dafür sechs Markierungshütchen, ein kleiner Kasten und unterschiedliche Bälle. Jede Schülerin, jeder Schüler hält ein Markierungshütchen mit der Öffnung nach oben – wie eine Eiswaffel – und gibt den Ball – die Eiskugel – von Hütchen zu Hütchen weiter. Der letzte Spieler lässt den Ball in den Kasten fallen. Nach Möglichkeit soll die Kugel davor keinen Bodenkontakt haben.

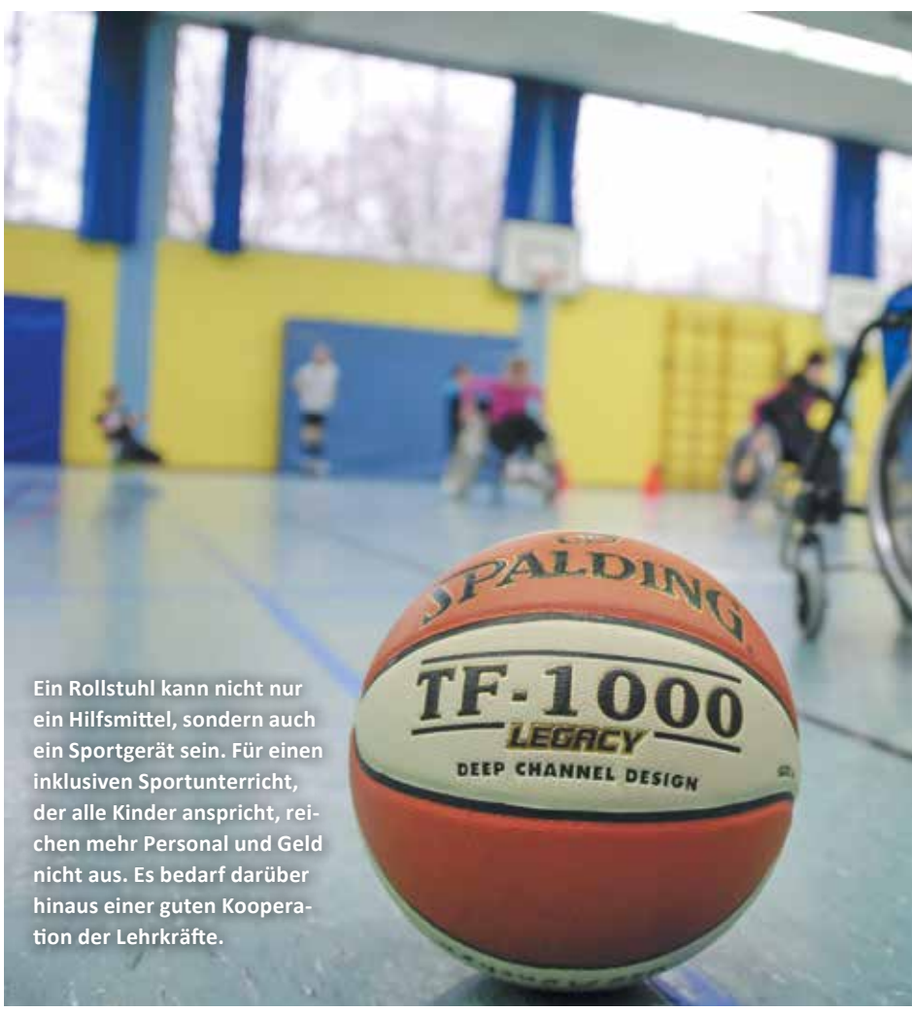
Die Eiswaffel ist nicht allein. Vom Alaska-Brennball bis zum Zonenweitsprung gibt es eine Vielzahl an Übungen und Spielen für den inklusiven Sportunterricht. Für einen Unterricht, der alle Kinder mit ihren unterschiedlichen physischen und psychischen Fähigkeiten anspricht.

Doch wie sieht es in der Praxis aus? Eine Sportlehrerin einer Bielefelder Realschule* berichtet von einer ganz normalen Stunde mit ihrer inklusiven Klasse: „Ich bin als Lehrkraft alleine mit 30 Kindern in der Turnhalle. In der Klasse sind ein Kind im Rollstuhl, mehrere Kinder mit Fluchthintergrund, andere mit sozial-emotionalem Förderbedarf. Schon das Umziehen dauert sehr lange. Wenn man alleine unterrichtet, kann man sich nur schwer auf die einzelnen Schüler einstellen. Da verschwindet schon mal ein Kind aus der Halle, und man muss sich entscheiden, ob man hinterherläuft und die restliche Gruppe alleinlassen kann. Die Ausstattung der Halle ist verbesserungswürdig, was die Unterrichtsgestaltung erschwert." Ein Kollege berichtet von Situationen, in denen eine Gymnastikkeule in Schülerhand schnell zum Schlagstock werden kann.

Keine Einzelfälle. Wie groß die Anforderungen für Sportlehrkräfte sind, zeigt eine aktuelle Studie der Deutschen Sporthochschule Köln. Im Rahmen des Projektes „Schulsport 2020"** wurden 750 Lehrkräfte sämtlicher Schulformen aus Nordrhein-Westfalen zum Thema „Heterogenitätsdimensionen von Schülern im Sportunterricht und das Belastungsempfinden von Sportlehrkräften" interviewt. Als besonders herausfordernd beschreiben Lehrkräfte darin die physisch-mentalen Unterschiede innerhalb der Lerngruppen. Das höchste Belastungserleben ergibt sich dabei mit Schülern mit Förderbedarf im Bereich „soziale und emotionale Entwicklung" – fast 50 Prozent der Sportlehrkräfte geben hier eine „ziemlich bis sehr hohe Belastung" an.

Für einen besseren Unterricht wünschen sich die Befragten neben einer Doppelbesetzung oder einer reduzierten Klassengröße auch bessere zeitliche, finanzielle und materielle Ressourcen sowie praxisorientierte Fortbildungen. „Sportlehrkräfte müssen mehr Hintergrundwissen bezüglich der Beeinträchtigungen haben", wird ein Gesamtschul-Sportlehrer in der Studie zitiert: „Also ich weiß quasi nichts. Also wirklich gar nichts. Ich habe es gar nicht in meiner Ausbildung gehabt."

Ein Punkt, an dem auch Ole Stratmann, Vorsitzender der GEW-Sportkommission, ansetzt. „Es fehlen nach wie vor konkrete Rahmenrichtlinien sowie Veröffentlichungen von Beispielen guter Praxis für flächendeckende inklusive Sportangebote", führt der Sportlehrer



Ein Rollstuhl kann nicht nur ein Hilfsmittel, sondern auch ein Sportgerät sein. Für einen inklusiven Sportunterricht, der alle Kinder anspricht, reichen mehr Personal und Geld nicht aus. Es bedarf darüber hinaus einer guten Kooperation der Lehrkräfte.

aus Bremen aus. Dabei geht der Inklusionsbegriff der Gewerkschaften über Körper- und Lernbehinderungen hinaus: Bei heterogenen Schülergruppen seien die individuellen Möglichkeiten jedes Einzelnen Ausgangsbasis für den Unterricht. Die Liste der Mängel ist aus seiner Sicht lang. So brauche es beispielsweise verbindliche Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote vor Beginn der inklusiven Bewegungspraxis. „Zudem sollten die Sportstätten so umgebaut werden, dass inklusiver Sportunterricht möglich ist.“ Ein weiterer Aspekt sei die Bereitstellung von Zeitkontingenten mit stellenwirksamer Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung, wenn es um die Entwicklung und Umsetzung des Sportunterrichts geht.

Fachaustausch immens wichtig

Mehr Personal oder mehr Geld allein reichen jedoch nicht aus. Eine gute Kooperation der Lehrkräfte steigert laut Studie den Unterrichtserfolg in heterogenen Lerngruppen. „Der Fachaustausch unter Kollegen ist für die Unterrichtsvorbereitung immens wichtig“, erläutert eine Realschullehrerin aus Bielefeld mit sonderpädagogischer Ausbildung*. Allerdings müsse dafür auch Arbeitszeit zur Verfügung gestellt werden. Bisher sei das nicht der Fall.

Foto: dpa

Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zur Inklusion zeigt, dass die Situation in den Bundesländern immer noch sehr unterschiedlich ausfällt (s. S. 28 f.). „In Ländern ohne eine weit verbreitete Inklusionspraxis gibt es zum Teil noch eine große Skepsis bei Sportlehrkräften“, erläutert Stratmann. Umso wichtiger seien Reformen. „Da muss in allen Bundesländern mehr gemacht werden, auch bei der Lehrerausbildung.“

Wie stark muss sich der Sportunterricht anpassen – zwischen der Idee der Inklusion auf der einen Seite und einer Wettkampf- und Leistungsorientierung auf der anderen Seite, die den Sportunterricht seit vielen Jahrzehnten geprägt hat? Welche Fragen für die Leistungsbewertung ergeben sich daraus? Mit derlei Aspekten beschäftigt sich Steffen Greve von der Leuphana Universität Lüneburg, der aus eigener Erfahrung die vielen Seiten des Sports kennt. Er hat mehrere Jahre als Sportlehrer an einer Hamburger Grundschule gearbeitet, ist A-Lizenz-Trainer im Handball und für den Deutschen Handballbund als Referent für Kinder- und Schulhandball aktiv. Nun forscht er an der Leuphana Universität vor allem zu Inklusion und Sport. „Das Thema der Inklusion im Schulsport spielt zwar in der Lehrerausbildung schon eine größere Rolle als in früheren Jahren. Allerdings gibt es immer noch deutlich zu wenig wissenschaftliche Grundlagenforschungen, Konzepte und Projekte“, sagt Greve.

An der Hochschule in Lüneburg steuern sie gegen – mit Projekten zum Einsatz digitaler Medien an Grundschulen zum Beispiel oder zum inklusiven Handball. Aktuell hoffen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, dass ein Forschungsprojekt zum Einsatz von Rollstuhlsport im Sportunterricht bewilligt wird. „Der Rollstuhl ist ein bewegungsintensives Sportgerät, das auch Fußgänger anspricht“, führt Greve aus. Nicht umsonst gilt Rollstuhlbasketball als eine hervorragende inklusive Sportart. Welche räumlichen Bedingungen es zu erfüllen gilt und welche Regeln im Schulsport denkbar sind, möchte das Projekt erforschen, das auch vom Deutschen Rollstuhl-Sportverband unterstützt wird.

Problem: Leistungsbewertung

Wie schwierig es ist, einen inklusiven Sportunterricht zu konzipieren, der alle Kinder anspricht, zeigt auch der Umgang mit dem Leistungsbegriff. „Für heterogene Lerngruppen sollte das Leistungsverständnis individualisiert werden“, meint Wissenschaftler Greve. Einfach nur auf Zeiten und Ergebnisse zu schauen und mit Nachteilsausgleichen zu arbeiten, werde dem Einzelnen nicht gerecht. Das Gemeinsame müsse bei der Gestaltung im Vordergrund des Unterrichts stehen, nicht der ausschließliche Leistungsvergleich. Wie schwer die Benotung mitunter fällt, weiß auch die Bielefelder Realschullehrerin. „Kann ich einem Nichtschwimmer, weil er in kürzester Zeit das Seepferdchen erreicht hat, dieselbe gute Note geben wie einem Leistungsschwimmer, der immer schnelle Zeiten erzielt?“ Im Kollegenkreis fielen die Antworten unterschiedlich aus.

Keine Frage: Was die Inklusion im Schulsport angeht, gibt es viele Hausaufgaben für die Politik. Dass es sich bei der Inklusion um keine freiwillige Leistung handelt, sondern um eine zwingend notwendige, betont GEW-Sportexperte Stratmann: „Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Bundesregierung 2009 besteht nicht nur ein moralischer, sondern auch ein gesetzlich bindender Auftrag, Inklusion umzusetzen“. Das gelte auch für den Schulsport.

Andreas Beune,
freier Journalist

***Namen der Lehrkräfte sind der Redaktion bekannt.**
****bit.ly/dshs-schulsport2020**

Eine außergewöhnliche jüdische Geschichte

// Lorenz Beckhardt wusste lange nicht, dass er Jude ist. Nun hat er seine außergewöhnliche Familiengeschichte aufgearbeitet. Für ihn auch ein Lehrstück über die Notwendigkeit, frühzeitig rechtsextremen Tendenzen entgegenzuwirken. //

E&W: Was macht die Lebensgeschichte ihrer jüdischen Familie so außergewöhnlich?

Lorenz Beckhardt: Unsere Familiengeschichte hat etwas von einem Drama mit einzigartigen historischen Wendungen: Mein Großvater Fritz Beckhardt war Jude, strammer Nationalist und gefeierter Bomberpilot im Ersten Weltkrieg, davon einige Monate an der Seite Hermann Görings, der später zur rechten Hand Adolf Hitlers wurde. Als mein Opa in den 1930er-Jahren eine Beziehung mit einem „arischen" Hausmädchen hatte, landete er wegen „Rassenschande" im KZ Buchenwald. Göring sorgte 1940 dafür, dass er freikam und ins Exil nach England zu seinen Kindern fliehen konnte. Doch in den 1950er-Jahren kehrte der überzeugte Deutsche in seine Heimat zurück und erlebte als Kaufmann das noch größere Drama: Er litt unter der Ausgrenzung der Mitmenschen in einer antisemitischen Nachkriegsgesellschaft, die nicht wirklich Wiedergutmachung leistete, wie es vorgesehen war. Er starb 1962 krank und todunglücklich.

In einer Gegenwart, in der antidemokratische und rechtsradikale Kräfte erstarken, so Lorenz Beckhardt, dürften wir uns „die Gleichgültigkeit früherer Zeiten nicht noch einmal leisten".

E&W: Ihre Eltern haben Ihnen die jüdische Abstammung verschwiegen und Sie auf ein katholisches Internat geschickt. Wie haben Sie als junger Mann die Wahrheit erfahren?

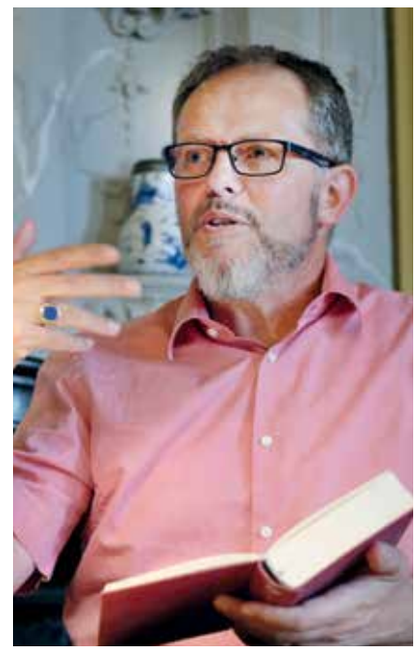
Beckhardt: Das war ein langer Prozess, der bei einer Familienfeier begann: Als wir über meine Wehrdienstverweigerung gesprochen haben, sagte ein Verwandter: Du bist doch ein Kind von Nazi-Verfolgten, du musst nicht zur Bundeswehr! Bis dahin hatten meine Eltern nie mit mir über diese Geschichten gesprochen. Ich war sogar katholisch getauft.

E&W: Wie gingen Sie mit der Entdeckung um?

Beckhardt: Es gab nach und nach Gespräche mit meinem Vater. Ich erfuhr, dass einige Angehörige meiner Eltern in KZs umgebracht wurden, und ahnte immer mehr: Ich muss Jude sein. Ein Kölner Rabbiner, den ich später um Rat fragte, hat es mir nach Sichtung meiner Familienunterlagen bestätigt. Da war ich schon über 30 Jahre alt.

E&W: Durch weitere Recherchen sind ein Dokumentarfilm für den WDR und Ihr Buch entstanden. Warum?

Beckhardt: Das Buch dient auch dazu, den Versuch Hitlers, meine Familie auszulöschen, zu korrigieren. Inzwischen tritt der familienbiografische Teil immer stärker in den Hintergrund. Heute möchte ich die Erfahrungen des Nationalsozialismus für die Gegenwart so transportieren, dass das Buch für eine humane, demokratische Gesellschaft nutzbar ist.



Fotos: Sebastian Willnow

Autor Lorenz Beckhardt auf Lesereise

E&W: Sie sind oft auf Lesereisen und in Schulen. Was kann man aus Ihrer Familiengeschichte lernen?

Beckhardt: Eine Lehre lautet: In der Geschichte gibt es viel mehr Grauschattierungen als Schwarz-Weiß oder Gut und Böse. Daher beschreibe ich in erster Linie den Alltag der Menschen und mache deutlich, wie sich Stimmungen verändern. Eine Parallele zur heutigen Zeit ist, wie die Demokratie durch Bewegungen von AfD bis Pegida unter Druck gerät und antidemokratische Kräfte stärker werden, sei es in sozialen Medien oder auf der Straße. Dieses Erstarken rechtsradikaler Kräfte und die Bedrohung der Demokratie machen mir Angst, denn Antisemitismus wird richtig gefährlich, wenn die Gesellschaft instabil wird. Die Gleichgültigkeit früherer Zeiten dürfen wir uns daher nicht noch einmal leisten. 1933

Materialien Kolonialismus und Nationalsozialismus

Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme hat Online-Materialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit entwickelt. Anhand ausgewählter Biografien werden Verflechtungen zwischen kolonialem und rassistischem Denken und Handeln im Nationalsozialismus deutlich. Die Materialien sollen zu einer rassismuskritischen Sensibilisierung beitragen und Anstöße für eine multiperspektivische und inklusive Erinnerungskultur geben.

www.verflechtungen-kolonialismus-nationalsozialismus.de

konnte man unter Umständen noch naiv sein und nicht ahnen, wie schlimm die Nazi-Bewegung enden würde. So war es leider in meiner Familie und bei vielen Juden. Aber heute muss man klar eine Haltelinie ziehen. Da geht es auch um Fragen wie: Muss man jede Politik hinnehmen, nur weil eine Partei demokratisch gewählt ist, wie einst die NSDAP oder heute die AfD?

„Der Attentäter“

Anlässlich des 80. Jahrestages der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 ist eine Neuauflage des Buchs „Der Attentäter“ mit vielen teils wenig bekannten Hintergründen erschienen: die Biografie des jüdischen Jungen Herschel Grynszpan. Beim verzweifelten Versuch, seine Familie vor der Deportation nach Polen zu retten, verletzt der 17-jährige Grynszpan den deutschen Botschafter in Paris tödlich. Die Nazis missbrauchen den Vorfall als Vorwand für ein Pogrom: In ganz Deutschland werden Juden geschlagen, verhaftet und ermordet, jüdische Geschäfte geplündert und Synagogen in Brand gesteckt.
Lutz van Dijk: Der Attentäter. Die Hintergründe der Pogromnacht 1938 – die Geschichte von Herschel Grynszpan. Verlag Neuer Weg, Neuauflage 2018, 240 Seiten

E&W: Schwere Kost für Schülerinnen und Schüler ...

Beckhardt: Ich glaube nicht. Die dramatische Geschichte meiner Familie vermittelt eine Menge historisches Alltagswissen, das sich – in meiner Person – bis in die Gegenwart erstreckt. Ich sehe sie als Chance zu begreifen, wie sich Geschichte entwickelt, um ähnliche Tendenzen in der Gegenwart abzuwenden. Bei meinen Besuchen in Schulen habe ich erlebt, dass das Interesse der Jugendlichen an solchen biografischen Fragen groß ist. Ein Aspekt ist dabei der Blick auf Antisemitismus und Judentum heute. Es gab jüdische Nazis und es gibt auch heute Juden, die die AfD unterstützen. Da bin ich zu allen Fragen und Formaten gern bereit.

Interview: Sven Heitkamp,
freier Journalist

Lorenz S. Beckhardt: Der Jude mit dem Hakenkreuz. Meine deutsche Familie. Aufbau Taschenbuch, Berlin 2016, 480 Seiten
WDR-Dokumentation: bit.ly/wdr-doku-beckhardt
„Planet Wissen“-Sendung: bit.ly/wdr-jude-mit-hakenkreuz
Lorenz Beckhardt kommt honorarfrei in Schulen, bittet aber um Erstattung seiner Unkosten. Möglich ist, mehrere Veranstaltungen an einem Ort am selben Tag zu organisieren.
Kontakt per E-Mail: Lorenz.Beckhardt@wdr.de

Der **Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg** ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er ist Dienstleister und Kompetenzzentrum in den Aufgabenbereichen Jugendhilfe, Behinderung und Pflege, Integration schwerbehinderter Menschen in das Arbeitsleben und Fortbildung.

Für unseren Medizinisch-Pädagogischen Dienst (MPD) am Standort Stuttgart suchen wir baldmöglichst einen

Sonderpädagogen (m/w/d)
(Kennziffer 02-37)

Nähere Informationen zu dem Aufgabengebiet und dem Bewerberprofil entnehmen Sie bitte unserer Homepage www.kvjs.de unter der Rubrik „Karriere“.

Weitere Informationen über den Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg erhalten Sie unter **www.kvjs.de**.

KVJS
Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart

KMK erkennt Mangel an

// Mit einem Jahr Verspätung hat die Kultusministerkonferenz (KMK) die Aktualisierung ihrer Lehrkräfte-Bedarfsprognose vorgelegt.* Das nun auch ganz offizielle Ergebnis: In Deutschland werden seit Jahren zu wenige Lehrkräfte ausgebildet. //

Das Ergebnis der Vorausberechnungen bis zum Jahr 2030 entspricht der Tendenz, die auch Praktiker in Schulen und Personalräten beobachten. Während es im gymnasialen Bereich vor allem im Westen ein Überangebot an ausgebildeten Lehrkräften gibt – abgesehen von den üblichen „Mangelfächern“ wie Mathe, Physik, Musik oder Kunst – fehlen in nahezu allen anderen Schulformen voll ausgebildete Bewerberinnen und Bewerber. Im Moment herrscht bundesweit Lehrkräftemangel. Nach den Erwartungen der KMK wird sich die Lage im Westen Mitte des nächsten Jahrzehnts entspannen.

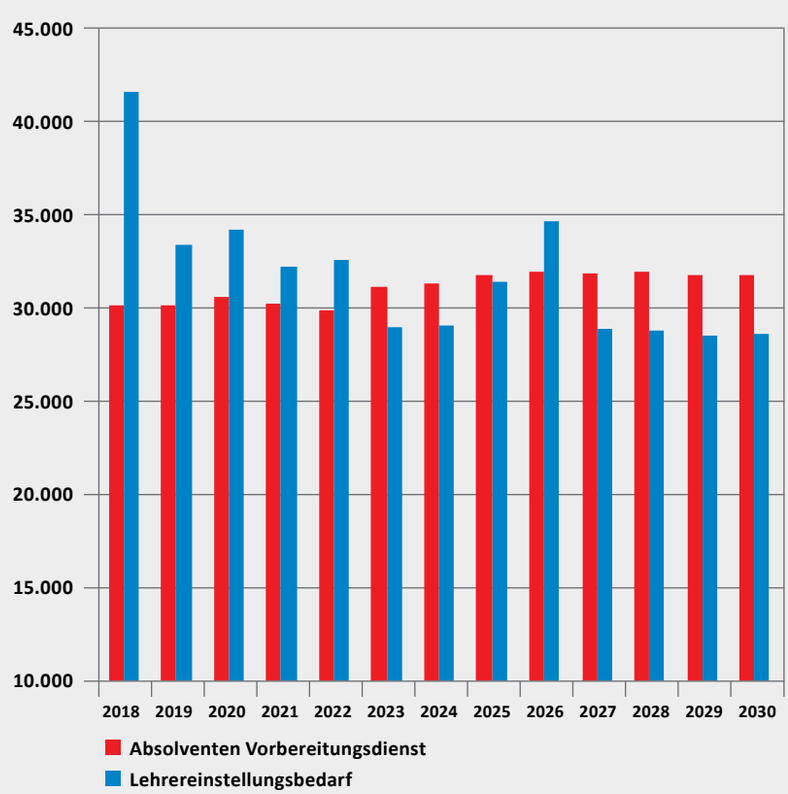
Streng genommen bildet der Bericht nicht den Lehrkräftebedarf ab im Sinne von „Wie viele Lehrkräfte bräuchte man, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden“. Es handelt sich vielmehr um eine Addition der geplanten jährlichen Einstellungen in den Schuldienst der 16 Bundesländer, die anderweitig getroffene Entscheidungen über Ganztag, Inklusion oder Pflichtstundenmaß widerspiegeln.

Das „Lehrkräfteangebot“, wie die KMK die Zahl der Absolventinnen und Absolventen des Vorbereitungsdienstes nennt, ist das Ergebnis von (Haushalts-)Entscheidungen der Länder in den vergangenen Jahren. Da wurden Hochschulen kaputtgespart, Studiengänge eingestellt oder mit Zulassungsbeschränkungen klein gehalten, Arbeits- und Studienbedingungen verschlechtert sowie Stellen im Vorbereitungsdienst gestrichen. Letztlich sind es also die Länder selbst, die für das „Angebot an Lehrkräften“ verantwortlich sind. So löblich das Vorhaben der KMK ist, regelmäßig Vorausberechnungen vorzulegen – Papier ist geduldig, es kommt auf die politischen Konsequenzen an. Und da haben frühere Berichte leider viel zu wenig bewirkt.

Die KMK betont in ihrer aktuellen Prognose, der Fehlbetrag liege im Jahresdurchschnitt bis 2030 über alle Schulformen hinweg „nur“ bei rund 700 Lehrkräften. Dies sei in Relation zum Bestand von fast 800.000 Lehrkräften gar nicht so viel. Doch die KMK-eigenen Zahlen sprechen eine andere Sprache, wenn man ins Detail geht. Vor allem ist der prognostizierte Mangel in jeder Hinsicht ungleich verteilt:

- Er konzentriert sich zeitlich auf die nächsten fünf Jahre, wobei die Hälfte des Fehlbetrages allein auf das Jahr 2018 entfällt. Warum dieses Jahr mit gut 41.000 geplanten Neueinstellungen so aus dem Rahmen fällt, wird leider nicht erläutert. Die Zuarbeit der Länder an die KMK liegt bereits länger zurück; ob die vielen Einstellungen auch tatsächlich realisiert werden konnten, wird sich erst noch herausstellen.
- Durchschnittswerte über alle Schulformen hinweg verschleiern das Ungleichgewicht zwischen dem Gymnasium und dem Rest. „Minuswerte“ – weniger Absolventen als Neueinstellungen – für den gymnasialen Bereich weist der Bericht lediglich in einzelnen Bundesländern aus und zwar für die Jahre, in denen die Rückabwicklung von G8 zu G9 greift (Niedersachsen 2020, Bayern 2025, Nordrhein-Westfalen (NRW) und Schleswig-Holstein 2026). Einzig Sachsen-Anhalt schafft es, selbst fürs Gymnasium durchgängig weniger Lehrkräfte auszubilden als es selbst einzustellen plant.
- Der Mangel konzentriert sich regional auf die östlichen Bundesländer, einschließlich Berlin. Hier werden

Lehrkräfte-Arbeitsmarkt – KMK-Prognose 2018



Grafik: zplusz, Quelle: Kultusministerkonferenz (KMK)

in den nächsten fünf Jahren mit durchschnittlich 5.100 rund ein Drittel weniger Absolventen erwartet als aktuell an Einstellungen geplant sind. Überraschend kommt das nicht: Bereits die KMK-Prognose von 2011 etwa erwartete für den Osten ab dem Jahr 2016 eine bis 2019 auf 2.000 Lehrkräfte anwachsende Lücke – bei 5.300 Absolventen jährlich ab 2018.

Unvollständiges Bild

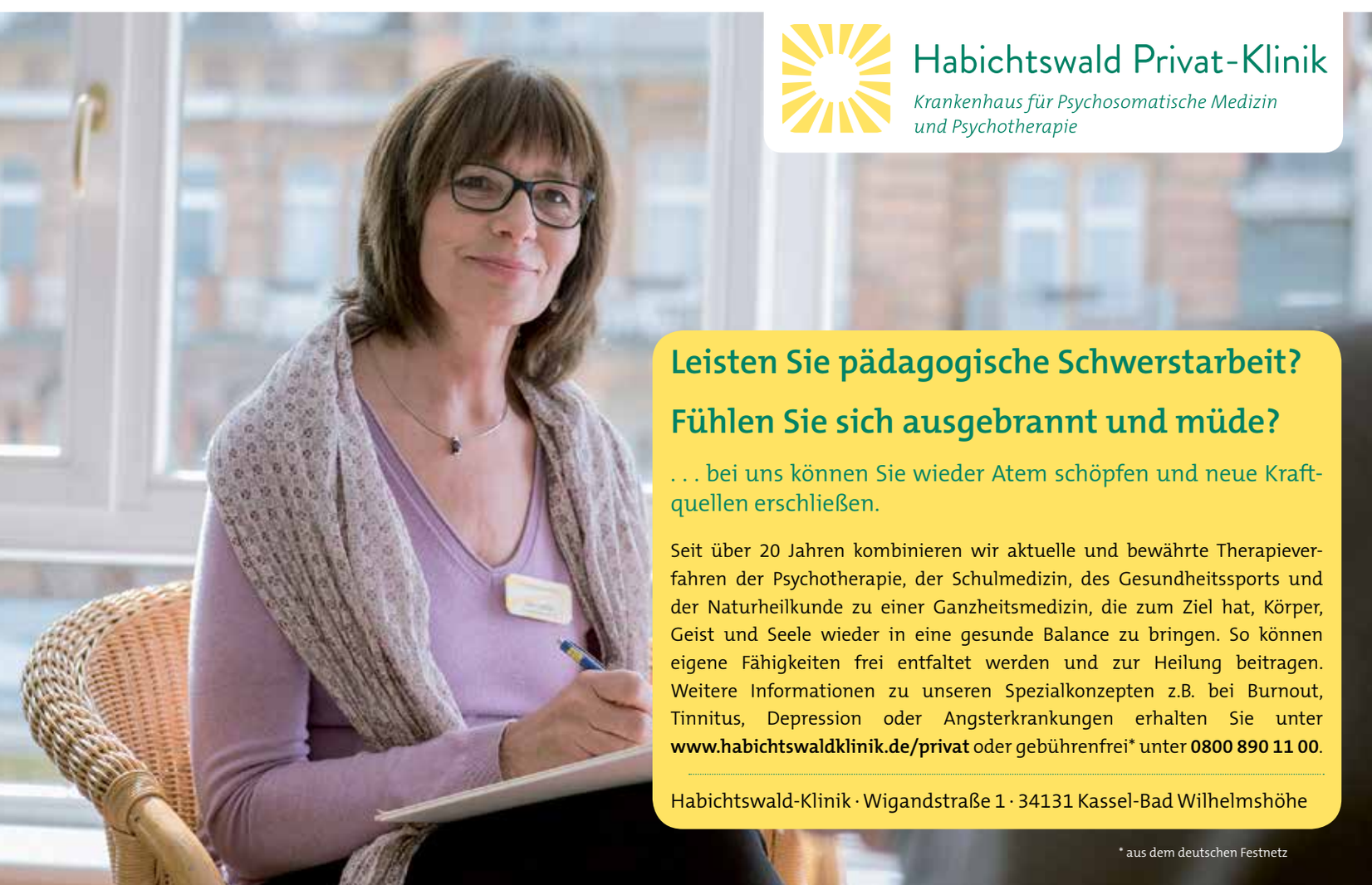
Jährliche Einstellungen und Absolventenzahlen zu vergleichen, zeichnet ein unvollständiges Bild. Die Zahl der „überzähligen" gymnasialen Neulehrkräfte eines Jahres lässt die vielen Altbewerber außer Acht, die in den Vorjahren leer ausgegangen sind und sich zum nächsten Einstellungstermin erneut bewerben. Umgekehrt kumulieren auch die „Fehlbeträge". Jede Stelle, die nur notdürftig mit Pensionären, Studierenden oder Vertretungskräften besetzt wurde, muss erneut ausgeschrieben werden.

Schon seit Jahren greifen die Schulbehörden zunehmend auf nicht voll ausgebildete Bewerberinnen und Bewerber zurück, um den Bedarf zu decken. Seit 2013 veröffentlicht die KMK auch hierzu jährlich Zahlen.** Damals waren es bundesweit noch deutlich unter 1.000, im vergangenen Jahr schon über 4.000 Quer- und Seiteneinsteiger (s. Grafik). Für Sommer 2018 liegen die Daten noch nicht vor. Doch eine Umfrage bei den GEW-Landesverbänden hat gezeigt, dass sich der Trend ungebrochen fortsetzt – mit regionaler Schieflage: Während in Bayern oder Rheinland-Pfalz nahezu alle Stellen mit „Laufbahnbewerbern" besetzt werden konnten, hat Berlin zu rund zwei Dritteln Neulehrkräfte ohne volle Befähigung für das Lehramt eingestellt. Angebote zur Nachqualifizierung halten weder qualitativ noch quantitativ mit dieser Entwicklung Schritt.

Die GEW hat zeitgleich mit der KMK-Prognose ein 10-Punkte-Programm gegen Lehrkräftemangel"*** vorgelegt und unterbreitete KMK und Ländern das Angebot, gemeinsam Wege aus der Misere zu entwickeln und umzusetzen. „Wir sind gesprächsbereit und unterstützen die Länder in dieser Notlage. Die Belastungen durch die Mangelsituation dürfen nicht länger auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer ausgetragen werden", erklärte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Bleibt zu hoffen, dass die Länder sich bewegen und einsehen, dass sich der aktuelle Notstand am besten sozialpartnerschaftlich angehen lässt.

Gesa Bruno-Latocha,
Referentin im Arbeitsbereich
Tarif- und Beamtenpolitik

***bit.ly/kmk-lehrerbedarf**
****bit.ly/kmk-lehrereinstellungen, jeweils Tabelle 1.7**
*****www.gew.de/kampf-dem-bildungsnotstand**



„Was da ist, wird irgendwie verteilt“

// Werden Förderschullehrkräfte, die an Regelschulen unterrichten, krank, plagt sie oft ein schlechtes Gewissen. Sie wissen: Ersatz gibt es nicht. Der Mangel an Fachkräften im Saarland ist vor allem an Grundschulen und im Bereich Sonderpädagogik groß. Auf der Suche nach Lehrkräftenachwuchs tut sich im Südwesten ein besonderes Problem auf, denn: Das Saarland bietet keinen Studiengang für das Sonderpädagogik-Lehramt an. //

Wenn Samara* im Unterricht auf etwas keine Lust hat, wirft sie gerne mal ihre Hausschuhe in der Klasse umher – oder rennt schreiend aus dem Klassenraum. „Ich muss dann abwägen: Laufe ich hinterher oder beaufsichtige ich die anderen Kinder?“, berichtet Grundschullehrerin Ulrike Kaufmann* aus Saarbrücken. Zumal unter den 24 Schülerinnen und Schülern ihrer 3. Klasse „einige mit Zündstoff“ sind. Zum Beispiel Samuel*. Wenn der Schüler sauer ist, schmeißt er mit Stühlen oder schlägt andere Kinder. Oder David*. „Der Junge zeigt, wenn es ihm nicht gutgeht“, sagt die 56-Jährige. Er beschimpft dann andere Kinder, haut und klaut. Hinzu kommen Schülerinnen und Schüler mit Behinderung, mit Lernschwäche und Sprachschwierigkeiten. Doch was ihr am meisten zu schaffen mache, sagt die Lehrerin, seien die permanenten Personalwechsel und Vertretungen in ihrem Unterrichtsteam. „Das macht die Arbeit für mich sehr, sehr anstrengend.“ Im Saarland mangelt es an Förderschullehrerinnen und -lehrern. Und an Grundschullehrkräften.

„Auch wenn die Lage vielleicht nicht ganz so gravierend ist wie in anderen Bundesländern, so gibt es auch im Saarland einen Lehrkräftemangel“, sagt Schulleiter Thomas Schulgen, der die GEW-Fachgruppe Grundschulen mit leitet. „Am härtesten trifft es die Grund-

Inklusiver Grundschulunterricht: Ein Kind schreit, ein anderes schmeißt mit Stühlen oder schlägt um sich. Die personellen Ressourcen sind auch im Saarland knapp. Deshalb sind die Lehrkräfte auf sich allein gestellt, wenn sie solche Situationen bewältigen müssen.

Foto: dpa

„Mehr Personal!“

Foto: GEW Saarland

Birgit Jenni

„Wir haben im Saarland einen Riesenbedarf an pädagogischen Fachkräften, vor allem an Grundschulen ist der Mangel extrem. Dort sind 100 Lehrkräfte fach- und schulformfremd eingesetzt. Kommt eine Grippewelle wie im vergangenen Winter dazu, bricht alles zusammen. Klassen müssen zusammengelegt werden, Unterricht findet kaum noch statt. Fällt eine Förderschullehrkraft aus, gibt es überhaupt keinen Ersatz. Wir brauchen dringend eine Lehrerreserve – und mehr Stellen. Konkret fordern wir von der Landesregierung zusätzlich 400 Planstellen für alle Schulformen. Außerdem braucht es – ganz dringend – mehr Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter, mehr Schulpsychologinnen und -psychologen sowie mehr Erzieherinnen und Erzieher. Inklusion gelingt nur, wenn wir mehr Personal haben. Bis jetzt gibt es so gut wie keine multiprofessionellen Teams an den Schulen, das ist erst im Aufbau. Inklusion ist ein Menschenrecht. Es kann nicht sein, dass dafür kein Geld da ist. So gelingt auch keine Integration. Die Politik zerredet das Thema, auf Kosten der Schülerinnen und Schüler, statt ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Das ist ein Skandal.“

Birgit Jenni, Vorsitzende der GEW Saarland

schulen.“ Dort seien aktuell bereits mehr als 100 Stellen nur befristet besetzt. Die Vertretungslehrkräfte kämen häufig frisch von der Uni und hätten nur ihr erstes Staatsexamen – und zudem oft gar kein Lehramt für Grundschule, sondern für Sekundarstufe I oder II studiert.

Das Beispiel von Kaufmann zeigt, was dies für den Schulalltag bedeutet. Die 56-Jährige arbeitet an einer Ganztagsschule im Zweierteam. Zuerst erkrankte ihre Kollegin, Diagnose: Burnout. Ein halbes Jahr gab es keine feste Vertretung. Dann kam eine junge Kollegin, doch in den Sommerferien erhielt sie eine Zusage fürs Referendariat am Gymnasium – und war weg. Jetzt arbeitet Kaufmann mit einem Kollegen zusammen, der ebenfalls auf einen Referendariatsplatz am Gymnasium wartet. „Ich investiere jedes Mal Zeit und Arbeit“, so Kaufmann. Sie unterstütze die jungen Lehrkräfte, da ihnen inhaltliches wie pädagogisches Know-how für die Grundschule fehle. „Und gerade schwierige Kinder merken sofort, wenn jemand unsicher ist.“

Noch dazu wurde auch die Förderschullehrerin in ihrer Klasse krank. Sie fiel häufig aus, ohne Ersatz. Die Kollegin habe deshalb ein schlechtes Gewissen gehabt, berichtet die 56-Jährige, aus Verantwortung gegenüber Kindern und Lehrkräften. „Der Druck war ihr zu groß.“ Sie sei aus dem Dienst ausgeschieden. Vor allem der Mangel an Förderschullehrkräften ist für Schulen ein großes Problem. Deren Zahl sei bereits seit vielen Jahren deutlich zu niedrig, sagt Schulleiter Schulgen.

Im Schnitt, erklärt Personalrätin Petra Banuat, seien in jeder Klasse etwa sieben Kinder mit besonderem Förderbedarf. Die Lehrkräfte würden damit weitgehend alleingelassen. Früher bekamen Schülerinnen und Schüler mit entsprechendem Bedarf eine bestimmte Zahl an Förderstunden zugewiesen. Durch die Inklusion werden diese Kinder nicht mehr speziell erfasst, stattdessen erhält jede Schule ein Zeitkontingent. Nach welchem Schlüssel die Stunden vergeben würden, sei nicht transparent, sagt Banuat. „Tatsache ist: Das, was da ist, wird irgendwie verteilt. Und die Schulen müssen gucken, wie sie zurechtkommen.“

Fürs Staatsexamen nach Hessen

Für eine Schule mit 300 bis 400 Kindern gebe es oft nur eine einzige Stelle für eine Förderschullehrkraft, berichtet Andreas Sánchez Haselberger, Hauptpersonalrat für Gemeinschaftsschulen und GEW-Vorstandsmitglied. „Das ist extrem.“ Falle die Lehrkraft wegen Krankheit oder Schwangerschaft aus, gebe es keine Vertretung. Schulgen kennt Grundschulen, die viele Wochen und Monate ohne Förderschullehrkraft auskommen mussten.

Ein Problem ist der fehlende Nachwuchs: Das Saarland bietet keinen Studiengang für das Lehramt für Sonderpädagogik an. Angehende Lehrerinnen und Lehrer machen ihr erstes Staatsexamen meist in Hessen oder Rheinland-Pfalz – und kehren, im besten Fall, fürs Referendariat zurück. Im Studienseminar stünden zwar offiziell pro Semester 45 Plätze zur Verfügung, so Sánchez Haselberger. „Die bekommen wir aber kaum besetzt.“

Seit sechs Jahren gibt es in Saarbrücken einen eigenen Studiengang für das Grundschullehramt – mit Numerus clausus. Nach Ansicht der GEW müsste die Zahl der Studienplätze dringend erhöht werden. 45 Plätze pro Jahrgang seien viel zu wenig, betont Schulgen. Das Kultusministerium in Saarbrücken ist anderer Meinung. „Wir bilden genug aus“, sagt Ministeriumssprecherin Marija Herceg. Der Bedarf an Lehrkräften sei bekannt. „Jede Stelle ist besetzt.“ Natürlich würde man die Zahl der Stellen im Haushalt gerne aufstocken, so die Sprecherin, doch im Saarland gebe es eine Haushaltsnotlage. Die Landesregierung stelle ab 2020/21 zwei Millionen Euro zusätzlich für den Aufbau multiprofessioneller Teams

Das Saarland in Zahlen

- Im Schuljahr 2018/19 arbeiten an den allgemeinbildenden Schulen 7.385 Lehrkräfte, 89 mehr als im Vorjahr.
- Sie unterrichten rund 90.000 Schülerinnen und Schüler, ein Plus von 0,7 Prozent.
- An Grundschulen sind 100 Stellen befristet besetzt, 44 Lehrerinnen und Lehrer haben kein zweites Staatsexamen.
- Für Förderschullehrkräfte stehen 902 Stellen bereit.
- An den 36 Förderschulen werden rund 3.300 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. K.H.

Sorge um Arbeitsfähigkeit

Erzieherin Christel Pohl, Vorstandsmitglied der GEW im Saarland und zuständig für den Sozial- und Erziehungsdienst, über den Personalmangel in Kitas.

Foto: GEW Saarland

Christel Pohl

E&W: Bundesweit klagen Kitas über Personalnot. Wie sieht die Lage im Saarland aus?

Christel Pohl: Immer wieder haben uns Erzieherinnen und Erzieher erzählt, dass sie ständig in Zeitnot sind und überall Personal fehlt. Wir wollten wissen: Sind das Probleme einzelner Kitas oder geht es den Kolleginnen und Kollegen im ganzen Saarland so? Deshalb haben wir im vergangenen Herbst eine Umfrage gestartet. Das Ergebnis: In den Kitas läuft es überall nicht gut. 98,2 Prozent fordern mehr Personal.

E&W: Worunter leiden die Kolleginnen und Kollegen besonders?

Pohl: Stressfaktor Nummer eins ist der Personalmangel. Wenn jemand krank wird, gibt es in der Regel keine Vertretung. Die Kolleginnen und Kollegen konnten ihre Erfahrungen anonym schildern. Beim Lesen hatte ich teilweise einen Kloß im Hals, so heftig waren die Berichte. Die Rede ist von Angst und Sorge um den Erhalt der Arbeitsfähigkeit. Auf der anderen Seite betonen die Kolleginnen und Kollegen auch immer wieder, was für einen schönen Beruf sie haben.

E&W: Warum lässt sich nicht genug Personal finden?

Pohl: Ein Grund ist sicher die lange Ausbildung. Vier Jahre, davon drei ohne Bezahlung. Hinzu kommt, dass viele junge Leute während ihrer Ausbildung erleben, wie groß die Belastung ist – und sich lieber für ein anderes Berufsfeld entscheiden. Doch wichtig ist auch, besser mit den vorhandenen Fachkräften umzugehen. Einer Studie zufolge verlassen fast 40 Prozent der Erzieherinnen ihren Job, bevor sie das Rentenalter erreicht haben. Da muss etwas passieren.

E&W: Gibt es eine Schätzung, wie viele Erzieherinnen und Erzieher im Saarland fehlen?

Pohl: Die Bertelsmann Stiftung geht davon aus, dass es 1.300 Fachkräfte im Saarland zusätzlich bräuchte. Diese Zahl halten wir für realistisch. Offiziell haben wir im Saarland einen Personalschlüssel von 1:3,8 für die unter Dreijährigen und 1:9,6 für die über Dreijährigen. Aber das sind nur nette Zahlen auf dem Papier. Darin ist die gesamte Arbeitszeit enthalten. Tatsächlich sollten die pädagogischen Fachkräfte laut Verordnung 25 Prozent ihrer täglichen Arbeitszeit für Vor- und Nachbereitung verwenden. Wir fordern, diese mittelbare pädagogische Arbeitszeit in den Betreuungsschlüssel einzurechnen.

E&W: Wie geht es weiter?

Pohl: Mit der Umfrage haben wir etwas in der Hand, mit dem wir auf die Politik zugehen können. Wir haben erreicht, dass sich zum ersten Mal das Sozial- und das Bildungsministerium mit der GEW an einen Tisch setzen. Im Saarland soll ebenfalls eine duale Ausbildung für den Erzieherberuf ermöglicht werden. Da müssen wir dringend über die Rahmenbedingungen diskutieren. Aber fest steht: Es tut sich etwas.

Interview: Kathrin Hedtke, freie Journalistin

zur Verfügung. Diese Mittel würden sukzessive um 100.000 Euro pro Jahr aufgestockt.

Doch die GEW betont: „Wir brauchen jetzt zusätzliche Lehrerstellen und multiprofessionelle Teams – und nicht erst in zwei Jahren.“ Die Bildungsgewerkschaft fordert 400 zusätzliche Stellen für alle Schulformen im Land.

Das „Verrückte“ sei, sagt Sánchez Haselberger, dass zwei neue Förderschulen im Saarland geplant sind. Niemand wisse jedoch, woher die Lehrkräfte dafür kommen sollen. Trotz Inklusion sinke die Schülerzahl an Förderschulen kaum, berichtet der GEW-Experte. Gleichzeitig nehme der Förderbedarf an Regelschulen zu. Ergo: „Es gibt keine Verlagerung, sondern einen Anstieg. Dieser Entwicklung wird nicht Rechnung getragen.“

„Am Limit“

Förderschullehrerin Ulrike Schrader* berichtet, dass viele Kinder noch nie im Zoo waren, im Schwimmbad oder im Urlaub. Wenn die Lehrerin in der 1. Klasse ein Bild von einem Igel hochhält, blickt sie in ratlose Gesichter. Viele Kinder sprechen schlecht Deutsch, kennen kaum Bilderbücher, waren noch nie im Wald. Mehrere Schüler und Schülerinnen haben besonderen Förderbedarf, ein Junge ist geistig behindert, zwei Kinder haben ein Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom. Und dann ist da noch Salim*. Der Junge aus Syrien ist traumatisiert. Er ist extrem unruhig, fällt vom Stuhl, macht ohne besondere Ansprache gar nichts. In der Pause tritt und haut er andere Kinder. „Er ist nicht bösartig“, sagt Schrader. „Er kann nicht anders.“ Doch klar ist auch: „Er stellt uns alle vor große Herausforderungen.“

Wenn die Förderschullehrerin dabei ist, arbeitet sie viel mit Salim alleine, spielt mit ihm, um erst einmal Vertrauen aufzubauen. „Es wäre schön, mehr Zeit zu haben.“ Auch für die anderen Kinder. Schrader ist fünf Stunden pro Woche in der Klasse, schon vergleichsweise viel. Doch meist ist die Kollegin, die die Klasse leitet, alleine. „Sie ist am Limit“, berichtet Schrader. In so einer Situation wünschten sich viele Lehrkräfte, dass ein schwieriges Kind aus der Klasse genommen wird und auf eine Förderschule wechselt. „Dabei liegt es nur an den Ressourcen“, betont Schrader. „Mit Doppelbesetzung kommst du mit solchen Kindern prima klar.“ Gerade auch mit Kindern wie Salim: „Er ist ein pfiffiges Kerlchen.“

Kathrin Hedtke,
freier Journalistin

***Namen der Lehrerinnen und Kinder geändert**

„Große Forschungslücken“

// Mit dem Ausbau von Kita-Plätzen hat sich nicht automatisch auch die Qualität der frühen Bildung verbessert. Beim Bildungspolitischen Forum des Leibniz-Forschungsverbunds Bildungspotenziale (LERN) haben Fachleute einen Forderungskatalog vorgelegt. //

Der massive Ausbau der Kindertagesbetreuung hat nach Ansicht von Expertinnen und Experten nicht zu mehr Chancengerechtigkeit für alle Kinder geführt. Auf der Strecke blieben demnach Mädchen und Jungen, deren Eltern beide Migrationshintergrund und einen niedrigeren Bildungsstand haben – also diejenigen mit dem meist größten Förderbedarf. Profitiert hätten Akademikerkinder ohne Einwanderungsgeschichte – und deren berufstätige Eltern, sagte Katharina Spieß, Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am Deutschen Institut für Wirtschaftsförderung (DIW) und LERN-Sprecherin, beim Bildungspolitischen Forum in Berlin. Soziale Ungleichheit sei nach wie vor nicht reduziert worden, kritisierte Olaf Köller, wissenschaftlicher Leiter des Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik (IPN) und ebenfalls LERN-Sprecher. LERN-Forscherinnen und -Forscher legten bei der Fachtagung im September ein Positionspapier zur frühen Bildung mit 22 Forderungen* vor. Ihre Vorschläge zur Qualitätsverbesserung in Kitas und Grundschulen gehen über das hinaus, was Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) mit dem 5,5 Milliarden schweren Gute-Kita-Gesetz erreichen will. Ebenso wie die GEW** bewerten die Autoren des Positionspapiers den Gesetzentwurf als nicht ausreichend.

Sie verlangen von der Politik unter anderem bundes- oder zumindest landesweit einheitliche Qualitätsregelungen, eine über Sprachförderung hinausgehende Unterstützung der Migranten- und Flüchtlingskinder sowie eine höhere Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher, verbunden mit besserer Bezahlung. Zudem plädieren sie dafür, die Umsetzung der Bildungspläne systematisch auszuwerten. Von einer Abschaffung der Kita-Gebühren raten die Fachleute ab.

Vorgaben zum Betreuungsschlüssel wollten Spieß und Köller nicht machen. Wie viele Erzieherinnen wie viele Kinder betreuen sollten, sei je nach Zusammensetzung der Gruppe und sozialem Umfeld zu unterschiedlich: „In Berlin-Zehlendorf brauchen Sie einen anderen Schlüssel als in Berlin-Wedding“, sagte Köller. Daher lasse sich auch kaum berechnen, wie viel zusätzliches Geld in die Kitas und die Ausbildung des Personals fließen müsse. Wissenschaftlich belegt sei indes: „Kinder, bei denen beide Eltern einen Migrationshintergrund haben, hängen anderen Kindern zwei Jahre hinterher.“ Sie bräuchten Fachkräfte, die sie gezielt auf die Schule vorbereiten. Und die fehlen bekanntlich: „Qualifizierte Fachkräfte sind unsere größte Baustelle“, räumte Giffey ein. Und: Die Bedingungen, Erzieherin oder Erzieher zu werden und zu bleiben, „sind nicht optimal“.

Foto: privat

Soziale Ungleichheit sei nach wie vor nicht reduziert worden, kritisierte Olaf Köller, Leiter des Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik.

Foto: David Ausserhofer

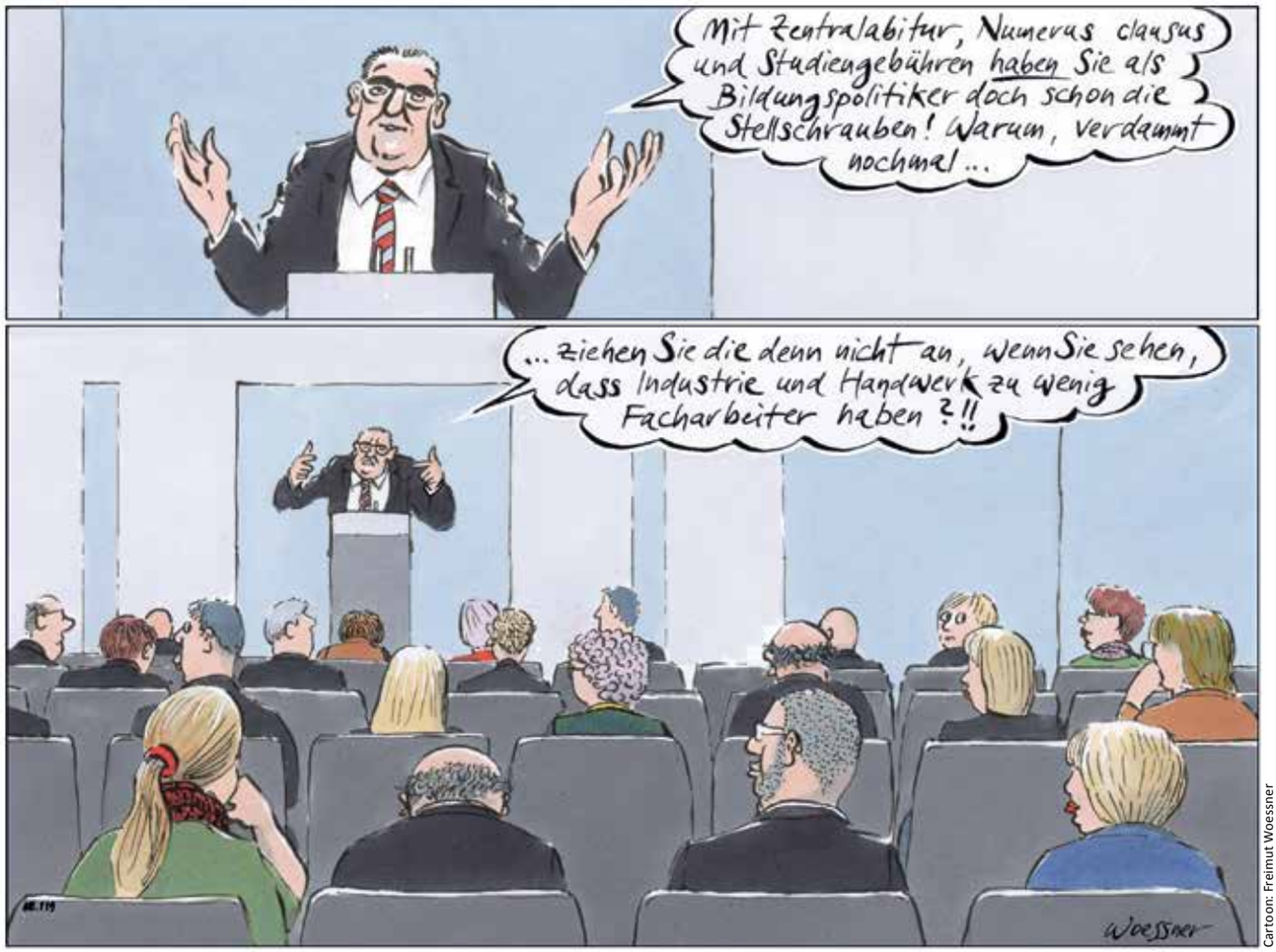
Anke König vom Deutschen Jugendinstitut monierte: „Es fehlt eine kontinuierliche Berufsbildungsforschung.“

Praxistipps für gute frühkindliche Bildung gab es bei der Tagung „Potenziale früher Bildung: Früh übt sich, …“ nicht. Deutlich wurde, dass es schon an der Definition scheitert: Was ist „gute Kita-Qualität“? Welche Kompetenzen und Kenntnisse müssen Fachkräfte dafür haben? Hier gebe es „große Forschungslücken“, sagte Mirjam Steffensky vom IPN. „Es fehlt eine kontinuierliche Berufsbildungsforschung“, monierte auch Anke König vom Deutschen Jugendinstitut (DJI).

Ebenso heterogen wie die Aus- und Fortbildung sind inzwischen viele Kita-Teams – was die Arbeit laut Praktikerinnen „nicht immer leichter“ macht. Neben Erzieherinnen, Sozialpädagogischen Assistentinnen und Kindheitspädagoginnen kommen Quereinsteigerinnen und -einsteiger aus unterschiedlichsten Berufen dazu – darunter auch mal ein Kapitän, wie Dörte Utecht, Leiterin der Abteilung Aus- und Fortbildung der „Elbkinder – Vereinigung Hamburger Kitas“, berichtete. „Kitas waren schon immer bunt, aber sie werden noch bunter.“

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

***Positionspapier: bit.ly/leibniz-positionspapier2018**
****GEW-Position: www.gew.de/gute-kita-gesetz**
Vorträge als PDF: bit.ly/forum-vortraege2018



Cartoon: Freimut Woessner

Kein „taxifahrender Dr. Arbeitslos“ in Sicht

// Konservative Kreise klagen über angeblich zu viele Abiturienten, zu viele Studienanfänger und einen „Akademisierungswahn“. Doch das eigentliche gesellschaftliche Problem sind nicht die Qualifizierten, sondern nach wie vor die vielen Menschen, die nicht zu einem Schul- und Ausbildungsabschluss geführt werden. //

Innerhalb nur weniger Monate haben die internationale und die deutsche Bildungsforschung zwei umfangreiche Studien vorgelegt, in denen der anhaltende Trend zu höheren Bildungsabschlüssen als ökonomisch wie gesellschaftlich notwendig erachtet wird. Die konservative Kritik an einer vermeintlich zu großen Bildungsexpansion wird mit Daten und Fakten widerlegt. Fazit beider Studien: je höher der Bildungsabschluss, desto größer in der Regel später das Einkommen und die Arbeitsplatzsicherheit. Gleiches gilt für die Zufriedenheit im Beruf, die persönliche Gesundheitsvorsorge und gesellschaftliches Engagement. Das sind Kernaussagen des im September von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorgelegten internationalen Berichts „Bildung auf einen Blick 2018“*, der die Bildungssysteme der 31 größten Industrienationen miteinander vergleicht. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt der bereits im Juni von Bund und Ländern präsentierte nationale Bericht „Bildung in Deutschland 2018“**.

Deutliche Kritik der OECD-Bildungsforscher am deutschen Bildungssystem gibt es hingegen daran, dass nach wie vor 13 Prozent der 25- bis 34-Jährigen hierzulande keinen Abschluss im Sekundarbereich II haben – also weder Abitur noch einen Berufsbildungsabschluss. Vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen auf den Arbeitsmärkten der Zukunft, wie Digitalisierung oder Arbeit 4.0, sei dies „nicht nur ökonomisch vergeudetes Potenzial“. Es sei auch gesellschaftlich ein

gravierendes Problem, das künftig nicht nur hohe Kosten für die Sozialkassen verursachen werde, so der deutsche OECD-Repräsentant Heino von Meyer bei der Vorstellung des Berichts.

Die Beschäftigungsquoten von Geringqualifizierten in der Bundesrepublik liegen laut Bericht bei nur 55 Prozent – gegenüber 85 Prozent bei Menschen mit abgeschlossener Lehre oder Abitur, bei denen mit Bachelor oder Meisterprüfung gar bei gut 90 Prozent. Die Arbeitslosenquote unter Geringqualifizierten ist mit derzeit 15 Prozent fünfmal höher als bei jungen Erwachsenen mit Sekundar-II-Abschluss. Besonders schwer haben es bei der Jobsuche junge Menschen mit Migrationshintergrund – wenngleich laut Studie deren Chancen steigen, je länger sie in Deutschland leben und je besser sie die Sprache beherrschen.

Ähnlich ist laut OECD-Bericht das Einkommensgefälle in Deutschland zwischen Gering- und Höherqualifizierten: So verdienen zum Beispiel Erwachsene mit einem Bachelor-, mit Meister- oder Technikerabschluss 65 Prozent mehr als Gesellen mit Lehrabschluss. Im Schnitt 83 Prozent mehr verdient, wer einen Master oder eine Promotion vorweisen kann.

Gute Chancen für Akademiker

Dass der deutsche Arbeitsmarkt für Akademikerinnen und Akademiker wie auch für andere Höherqualifizierte bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist, machte der Bildungsforscher Reinhard Pollak vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), Mitglied der Projektgruppe Nationales Bildungspanel, unlängst auf einer Tagung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) in Berlin deutlich. Selbst wenn derzeit alle Hochschulabsolventen Arbeitsplätze in einer der oberen Dienstklassen eingenommen hätten, gäbe es vor allem für junge Männer mit guten Abschlüssen unterhalb des Hochschulniveaus immer noch gute Chancen für soziale Bildungsaufstiege – auch wenn diese sich mit weiter zunehmenden Hochschulabsolventenzahlen in den kommenden Jahren verringern dürften. Also nach wie vor keine Spur von einer Akademikerschwemme und dem nunmehr seit drei Jahrzehnten von Konservativen gern als Schreckgespenst an die Wand gemalten „taxifahrenden Dr. Arbeitslos“.

Beide Studien belegen: Nicht die Qualifizierten haben auf dem Arbeitsmarkt Probleme, sondern nach wie vor die Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss. Vor zehn Jahren, beim Bildungsgipfel in Dresden, hatten Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Länder-Regierungschefs versprochen, innerhalb weniger Jahre die Zahl der Schulabbrecher zu halbieren. Damals waren dies 8 Prozent eines Jahrgangs, heute sind es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes immer noch 6 Prozent – von den versprochenen 50 Prozent Rückgang also gerade mal die Hälfte.

Die Kernbotschaften der Bildungsanalysen der OECD wie des nationalen Autorenteams führen zu dem Schluss: Warnungen vor einer Überakademisierung der Gesellschaft entbehren jeder Grundlage. Und: An mehr Bildungsinvestitionen führt kein Weg vorbei. Die Wortwahl der Autoren des nationalen Bildungsberichtes, der von Bund und Ländern finanziert wird, fällt dabei naturgemäß ein wenig diplomatischer aus. Doch beim Thema Berufliche Bildung wird der nationale Bericht ausgesprochen deutlich. Mit Zahlen und Fakten belegt das Forschungsteam, dass der von Wirtschaftsverbänden so heftig beklagte Fachkräftemangel von den Unternehmen überwiegend hausgemacht ist. Insbesondere bei den Ausbildungsberufen im oberen Qualifikationssegment gebe es weiterhin eine „anhaltende Lücke zwischen Angebot und Nachfrage“. Genau in diesen Berufen gab es in den vergangenen Jahren einen deutlichen Beschäftigungszuwachs.

Konkret heißt das: Dort, wo so heftig über Fachkräftemangel geklagt wird, also bei Ausbildungsberufen der Unternehmensorganisation, in Informatik, Rechts- und Verwaltungsberufen und auch im Maschinen- und Fahrzeugbau knausern die Unternehmen bei ihrem Lehrstellenangebot. Auf 100 Ausbildungsplatzbewerber kommen dort nur 88 bis 90 Angebote. Die medial immer wieder herausgestellten angeblich unbesetzbaren Lehrstellen gibt es dagegen im Segment der Ausbildungsberufe mit ungünstiger Bezahlung und schlechten Arbeitsbedingungen, etwa im Tourismus, Handwerk sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe – mit zum Teil 100 Bewerbern auf 120 Angebote. Nicht nur hier bleibt viel zu tun.

Karl-Heinz Reith,
freier Journalist

***bit.ly/oecd-bildung-2018**
****bit.ly/dipf-bildung-2018**

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins ********** effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800 - 8664422
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Glas halb voll oder halb leer?

// Immer mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden an allgemeinen Schulen unterrichtet. Ein Selbstläufer ist inklusive Bildung damit aber noch lange nicht. //

Wären Schulen Wirtschaftsunternehmen und Lehrkräfte Analysten, dann ließe sich ein positiver Geschäftsbericht formulieren, ohne dass dabei jemand mogeln müsste. Die Schlagzeile würde so lauten: „Inklusion ist erfolgreich. Im Jahr 2008 gingen noch 4,9 Prozent aller Schülerinnen und Schüler auf eine Förderschule, 2017 waren es nur noch 4,3 Prozent.“ Das wäre nicht gelogen, aber doch nur die halbe Wahrheit.

Das weiß auch der Bildungswissenschaftler Klaus Klemm, der vor einigen Wochen im Auftrag der Bertelsmann Stiftung genau diese neuen Zahlen zur inklusiven Bildung präsentiert hat. „Inklusion kommt voran“, so lautet sein Fazit – gleich darauf schiebt er jedoch ein großes Aber nach: „Die regionalen Unterschiede sind groß.“ Mit Blick auf das Thema Bildungsgerechtigkeit heißt das: Es hängt immer noch stark vom Bundesland, der Region, der Kommune als Schulträger und der Schule selbst ab, ob ein Kind mit Beeinträchtigung an der Förderschule oder gemeinsam mit anderen an der Regelschule lernt.

Auf Länderebene ist die Varianz bei der sogenannten Exklusionsquote – die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die an Förderschulen lernen – erheblich. Schlusslicht ist laut der Bertelsmann-Studie Mecklenburg-Vorpommern mit 6 Prozent, Inklusionsvorreiter ist Bremen mit 1,2 Prozent. Ein Blick in das Land des Spitzenreiters zeigt, dass die Quote zwar Hinweise darauf gibt, welche Priorität inklusive Bildung bei einer Landesregierung genießt. Die Zahlen sagen aber nichts über die Qualität des gemeinsamen Unterrichts aus und wenig über die Bereitschaft einzelner Schulen und Schulformen, Inklusion tatsächlich umzusetzen.

Kurz nach Veröffentlichung des Bertelsmann-Berichts machte Bremens Bildungssenatorin Claudia Bogedan (SPD) in der Auseinandersetzung mit einem Gymnasium einen Rückzieher. Die Schule wollte keine Schülerinnen und Schüler mit geistigen Behinderungen aufnehmen. Mit einer entsprechenden Klage war die Schule zwar gescheitert, doch die Kinder wechselten dennoch auf eine inklusionserfahrene Gesamtschule. Begründung der Bildungssenatorin: Im Sinne der Kinder könne sie die Situation sonst nicht mehr verantworten.

Widerstände und Zufälligkeiten

Der Einzelfall schmälert nicht die Inklusionserfolge in Bremen. Aber er zeigt exemplarisch die Widerstände und Zufälligkeiten, auf die Eltern beeinträchtigter Kinder bei der Schulwahl in allen

An einer Gemeinschaftsschule in Erfurt kommunizieren Grundschulkinder im bilingualen Unterricht und untereinander auf Deutsch und mit Gebärden. Ein gelungenes Beispiel dafür, dass Inklusion vorankommt? Ja, doch neue Zahlen belegen: „Die regionalen Unterschiede sind sehr groß.“

Foto: dpa

Bundesländern immer noch stoßen. Der Sozialverband VdK schlägt deshalb nach der Publikation der eigentlich positiven Inklusionszahlen Alarm. „Es darf nicht vom Wohnort der Familien abhängen, ob Kinder die Förderschule oder eine Regelschule besuchen“, kommentierte die VdK-Präsidentin und ehemalige Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Verena Bentele. Sie forderte eine verbindliche Gesamtstrategie für inklusive Bildung – in Form eines Bundesrahmengesetzes mit Eckpunkten für eine „quantitativ und qualitativ gute Schulentwicklung in allen Bundesländern“.

Auch die GEW sieht in den neuesten Zahlen keinen Grund zum Jubeln. Ilka Hoffmann, im Vorstand verantwortlich für den Bereich Schule, spricht von „bescheidenen Fortschritten“ und kritisiert Bund und Länder: „Sie haben weder eine Strategie noch Standards vorgelegt, wie Inklusion an den Schulen umgesetzt werden sollte.“ Viele Länder gingen halbherzig bis zögerlich vor, der Bund eher theoretisch. Hoffmann hält ein Bund-Länder-Programm für nötig, wenn Inklusion nicht vor die Wand fahren soll. Den Verweis auf Inklusionserfolge beim Förderschwerpunkt Lernen – hier sank die Exklusionsquote von 2,1 auf 1,3 Prozent – lässt Hoffmann nur zum Teil gelten. Die Bertelsmann Stiftung spreche von einer „Annäherung an internationale Standards, doch die in Deutschland übliche Kategorie ‚Lernbehinderung‘ gibt es in kaum einem anderen Land der Welt“, so die GEW-Schulexpertin.

In der Bundesrepublik existieren etwa zehn verschiedene Förderschwerpunkte, die von Land zu Land etwas variieren. Bildungsforscher Klemm hat in seiner Analyse große Unterschiede festgestellt und kritisiert: „Die Chance auf Inklusion hängt nicht nur vom Wohnort, sondern auch vom Förderschwerpunkt ab.“ So hat sich, anders als für Kinder mit Lernhandicaps, für Schüler mit den Diagnosen „geistige Entwicklung“ sowie „körperliche und motorische Entwicklung“ zwischen 2008 und 2017 kaum etwas verändert. Bei den Schülern mit sozial-emotionalen Handicaps gibt es heute sogar mehr Exklusion.

Klemm und auch andere Experten vermuten, dass hinter dieser Entwicklung das sogenannte Ressourcen-Etikettierungs-Dilemma steckt. „Kindern, die früher dem Schwerpunkt ‚Lernen‘ zugeordnet wurden, wird jetzt Förderbedarf bei der geistigen oder sozial-emotionalen Entwicklung zugeschrieben“, meint Klemm. „In vielen Bundesländern bekommen Schulen dann nämlich mehr Ressourcen.“

Den Weg vieler Bundesländer, das Doppelsystem aus Förderschulen auf der einen und allgemeinen Schulen auf der anderen Seite aufrecht zu erhalten, sieht Klemm kritisch, weil die Förderschulen nach wie vor viele Ressourcen binden. Er moniert außerdem, dass zwar die mangelnde Qualität inklusiver Bildung an den allgemeinen Schulen immer wieder in der Kritik steht. Über die Qualität des Unterrichts an Förderschulen werde dagegen kaum gesprochen.

Dabei hatten Bildungswissenschaftler vom Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in einer Studie schon vor einigen Jahren gezeigt, dass Kinder mit Förderbedarf an allgemeinen Schulen in der Regel mehr lernen als an Förderschulen*. Das Fazit der Forscher: „Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die in einer Regelschule unterrichtet wurden, weisen in allen untersuchten Bereichen höhere Leistungen auf als vergleichbare Schülerinnen und Schüler in Förderschulen.“

Katja Irle,
freie Journalistin

***„Wo lernen Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf besser?“, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2/2014: bit.ly/kzfss-foerderbedarf-pdf**

Schrittweise nach A13

// In vier der 16 Bundesländer ist „A13 für alle“ mittlerweile beschlossene Sache. Das bedeutet aber auch: Im weitaus größeren Teil der Republik steht die gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit aller Lehrkräfte noch aus. //

Zufriedenheit in Potsdam. Hier kann sich Günther Fuchs, Vorsitzender der GEW Brandenburg, endlich neuen Prioritäten zuwenden: „Wir haben das Thema beendet.“ Vom 1. August 2020 an werden im Land zwischen Elbe und Oder Grundschullehrerinnen und -lehrer in Besoldungsgruppe A13 angelangt sein – angestellte Lehrkräfte entsprechend in E13. In einem Zwischenschritt sollen zum 1. Januar 2019 alle bisher nach A12 oder A11 bezahlten Grundschullehrkräfte in die jeweils nächsthöhere Verdienststufe aufsteigen – Angestellte immer in die jeweilige Entgeltstufe. Der Gesetzentwurf ist auf dem Weg durch den Landtag.

In Düsseldorf hingegen ist die Enttäuschung unverkennbar. „Es ist gar nichts passiert“, bilanziert die dortige GEW-Vorsitzende Dorothea Schäfer im Rückblick auf die vergangenen zwölf Monate, an deren Anfang gleichwohl ein verheißungsvolles Signal gestanden hatte – ein Bekenntnis der liberalen Bildungsministerin Yvonne Gebauer, das aufhorchen ließ. Im Herbst 2017 hatte Gebauer im Landtag angekündigt, „besoldungsrechtliche Konsequenzen aus dem Lehrerausbildungsgesetz 2009“ ziehen zu wollen. Dies ließ ihre Entschlossenheit vermuten, alle Lehrkräfte im Land mit Masterabschluss ohne Ansehen der Schulform nach A13 beziehungsweise E13 bezahlen zu wollen. Die Erwartung war, dass die Besoldungsreform spätestens im Landeshaushalt 2019 festgeschrieben würde. Doch dort findet sich davon kein Wort, und als Ministerin Gebauer kürzlich zu Beginn des neuen Schuljahres „sechs Punkte“ zur Behebung des Lehrkräftemangels präsentierte, kam A13 darin nicht einmal vor.

Gemischte Zwischenbilanz

So bietet die interaktive Deutschland-Karte, die neuerdings auf der GEW-Website abrufbar ist und den Stand der Besoldungsfrage Land für Land dokumentiert*, ein gemischtes Bild. Genauso fällt die gewerkschaftliche Zwischenbilanz aus. Auf der einen Seite stehen unbestreitbare Erfolge. In vier der 16 Bundesländer ist „A13 für alle“ im Prinzip beschlossene Sache – neben Brandenburg auch in Berlin, Sachsen und Schleswig-Holstein (E&W berichtete kontinuierlich). Die GEW komme Schritt für Schritt der Verwirklichung des Ziels der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern, der gleichen Bezahlung von gleichwertiger Arbeit der Lehrkräfte an unterschiedlichen Schulstufen und -formen näher, lautet das selbstbewusste Fazit, verbunden mit der Frage: „Wo fällt der nächste Dominostein?“ Andererseits zeigt die Karte, dass sich die Mehrheit der Bundesländer der gleichen Bezahlung für gleichwertige Arbeit an Schulen noch verweigert. Dies betrifft keineswegs nur Lehrerinnen und Lehrer, die an Grundschulen unterrichten. Nicht nur in Nordrhein-Westfalen (NRW), sondern auch in Hamburg, Niedersachsen oder Bayern verharren Lehrkräfte der Sekundarstufe I ebenfalls in der Besoldungsgruppe A12: „Entscheidend ist, dass die GEW in den Landesverbänden für beide Gruppen Druck macht, für die Beschäftigten an den Grundschulen und in der Sekundarstufe I“, sagt Frauke Gützkow, im Vorstand der Bildungsgewerkschaft verantwortlich für Frauenpolitik. Verständnis findet das Anliegen, die Lehrkräftebezüge in unterschiedlichen Schulformen und -stufen auf höchstmöglichem Niveau anzugleichen, in Parlamenten und durchaus auch in den Bildungsressorts. Der politische Gegenwind kommt aus den Finanzministerien. Dort wirkt so mancher Dominostein wie festbetoniert.

Doch die knauserigen Haushaltswächter geraten von zwei Seiten immer mehr unter Druck. Zum einen sind viele Kollegien durch den Lehrkräftemangel unterbesetzt. Daraus folgt das geradezu zwingende Gebot, die Attraktivität des Berufs zu steigern, insbesondere auch in der Grundschule. Einen weiteren Ansatzpunkt bietet das Verfassungsrecht: Immer mehr Bundesländer haben in den vergangenen Jahren die

Foto: dpa

Wann fällt der nächste Dominostein? In vier von 16 Bundesländern ist „A13/E13 für alle“ beschlossene Sache. In vielen Ländern mauern jedoch die Finanzminister.

Ausbildungsgänge für Lehrkräfte unterschiedlicher Schulformen und -stufen mit Blick auf Studiendauer und wissenschaftliche Anforderungen angeglichen. Vorreiter war im Jahr 2009 NRW. Der Bildungsforscher Jürgen Baumert nannte damals die einheitliche Länge der Lehramtsausbildung in einer Anhörung im Düsseldorfer Landtag einen überfälligen Schritt: „Er wurde aber bisher in keinem Bundesland vollzogen, was vor allem in der Sorge um die Folgen für das Besoldungsgefüge begründet lag.“

Einheitliche Ausbildung, unterschiedliche Bezahlung – deutlicher kann ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung kaum ausfallen. So sieht es Ralf Brinktrine, Professor für öffentliches Recht an der Universität Würzburg, der Anfang 2016 für die GEW in NRW und später auch für die Landesverbände Hamburg und Bremen entsprechende Gutachten verfasst hat. Abgesehen von der Gleichartigkeit der Ausbildungsgänge macht Brinktrine die strukturelle Vergleichbarkeit der Anforderungen an Lehrkräfte unterschiedlicher Schularten geltend, um zu dem Schluss zu gelangen, dass ungleiche Bezahlung „in mehrfacher Hinsicht mit dem Grundgesetz nicht vereinbar“ sei.

Gestützt auf das Gutachten des Staatsrechtlers haben in Bremen jüngst rund 300 Lehrkräfte an Grundschulen und in der Sekundarstufe I Widerspruch gegen ihre vom Mai 2018 datierten Besoldungsmitteilungen eingelegt. Eine GEW-Delegation hat im September dem zuständigen Finanzstaatsrat Henning Lühr (SPD) die gestapelten Widersprüche persönlich überreicht. Nun bereitet die Bildungsgewerkschaft im Stadtstaat Musterklagen gegen das Besoldungsgefüge vor. GEW-Landesvorstandsprecher Bernd Winkelmann ist jedoch zuversichtlich, dass es so weit nicht kommen muss: „Wir setzen darauf, dass wir eine politische Lösung hinkriegen.“ Unterstützung kommt auch aus der Bremischen Bürgerschaft, die den Senat Ende August aufgefordert hat, ein Konzept für die Höhergruppierung der in A12 verbleibenden Grundschullehrkräfte vorzulegen – zum Bedauern der GEW jedoch nicht auch der Lehrerinnen und Lehrer in der Sekundarstufe I.

Verschleppungstaktik

Den Klageweg erwägt man auch in NRW. Doch hier versucht die Regierung nach dem Eindruck von GEW-Landeschefin Schäfer, den Gang vor Gericht durch Verschleppungstaktik zu blockieren. Bereits seit 2016 lägen zahlreiche Widersprüche betroffener Lehrerinnen und Lehrer gegen ihre damaligen Bezügemitteilungen vor. Doch die Zuständigen weigerten sich, dazu Stellung zu nehmen. Solange jedoch ein Widerspruch nicht abschlägig beschieden sei, könne dagegen nicht geklagt werden. Dabei sei man sich im Ministerium der Unausweichlichkeit einheitlicher Bezahlung bewusst. „Wir wissen, dass wir das machen müssen“, sei dort zu hören – doch am liebsten erst in zehn bis 20 Jahren.

In der rot-rot-grünen Regierung Thüringens ist die A13-Frage zwischen dem linken Bildungsminister Helmut Holter und seiner sozialdemokratischen Finanz-Kollegin Heike Taubert umstritten. Schrittweise hat sich das Land an eine Lösung für Lehrkräfte herangetastet, die an den Thüringer Regelschulen Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 5 bis 10 unterrichten. Seit Anfang 2018 erhalten Kolleginnen und Kollegen in der geringeren Besoldungsgruppe die Hälfte der Differenz zwischen A12 und A13 als Zulage. Kürzlich haben sich Holter und Taubert dann darauf geeinigt, Regelschullehrkräfte zum 1. Januar 2020 definitiv auf A13 bzw. E13 hochzustufen. Nach dem Eindruck von GEW-Landeschefin Katrin Vitzthum hätte Holter gerne auch die rund 4.000 Grundschullehrkräfte in diese Regelung einbezogen. Doch damit biss er bei der Finanzministerin auf Granit.

In Trippelschritten nach A13, lautet die Lösung in Schleswig-Holstein. Nach einem Stufenplan, den die Landesregierung im April 2018 verkündete, soll die Besoldung der Grundschullehrkräfte ab dem Jahr 2020 in sechs Schritten angehoben werden, bis 2026 alle in A13 angelangt sind: „Ein klares Signal der Anerkennung, aber viel zu langsam in der Umsetzung“, kommentiert GEW-Landeschefin Astrid Henke. Wenn es darum gehen solle, ein Zeichen gegen den Lehrkräftemangel zu setzen, bedeute das: „Das Signal wurde ein bisschen vertan.“

Winfried Dolderer,
freier Journalist

***www.gew.de/ja13**

Schlecht aufgestellt

// Schulen in Deutschland sind für ihren Auftrag, Kinder und Jugendliche auf die Anforderungen der digitalen Welt vorzubereiten, schlecht aufgestellt. Die Lehrkräfte sehen dringenden Modernisierungs- und Sanierungsbedarf. Das ist das Ergebnis einer für GEW-Mitglieder repräsentativen Studie zur Qualität der Gebäude von Bildungseinrichtungen und deren materieller Ausstattung. //

Als sehr wichtig bzw. wichtig mahnen 82 Prozent der Befragten an, die digitale Ausstattung der Schulen zu verbessern. 89 Prozent verlangen, dass dafür von der Politik zusätzliche Gelder mit höchster bzw. hoher Priorität investiert werden müssen. „Das ist für die bisherigen Bemühungen von Bund, Ländern und Kommunen, Schulen an die digitale Entwicklung anzukoppeln, ein Armutszeugnis“, stellte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe während der Veröffentlichung der Studie Ende September in Berlin fest. „Politik muss endlich handeln und sich auf substanzielle Verbesserungen an den Schulen verständigen.“ Die GEW regt eine „nationale Bildungsstrategie“ an, damit nicht weiterhin viele unterschiedliche Akteure an vielen verschiedenen Baustellen herumwerkeln. Es braucht einen Schulterschluss von Bund, Ländern und Kommunen. Denn die fünf Milliarden Euro aus dem Digitalpakt und die 3,5 Milliarden Euro für Schulsanierung, die der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vorsieht, reichen bei weitem nicht aus, den Nachholbedarf auszugleichen. Das belegen die Ergebnisse der GEW-Untersuchung ebenso wie die neuesten Zahlen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW): Die KfW hat errechnet, dass es allein an den Schulen einen Sanierungsstau von 47,7 Milliarden Euro gibt. Vor zwei Jahren hatte sie den Bedarf noch auf 32,8 Milliarden Euro beziffert. Dazu addieren sich rund 50 Milliarden Euro für die Hochschulen und 7,6 Milliarden für Kitas. Um diese Probleme anzugehen, schlägt die GEW einen „Bildungsgipfel“ vor, der sich zudem intensiv mit dem brennenden Thema Fachkräftemangel beschäftigen muss. „Die Bildungsgewerkschaft bietet ihre Mitarbeit und Unterstützung an, um schnell Lösungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen“, betonte Tepe. „Damit der Bund einen nennenswerten Beitrag zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmenpakete und Programme leisten kann, muss endlich das Kooperationsverbot komplett fallen oder zumindest so weit gelockert werden, wie CDU, CSU und SPD im Koalitionspapier vereinbart haben.“

Grafik: GEW

Im Rahmen der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ hat die GEW ihre Mitglieder 2018 zur Gebäudequalität deutscher Bildungseinrichtungen befragt. Das Ergebnis: Schulen sind auf ihren Auftrag, Bildung für die digitale Welt zu vermitteln, nicht gut vorbereitet.

Es mangelt an den Grundlagen

Welche Fragen brennen den Lehrkräften an allgemeinbildenden Schulen am meisten auf den Nägeln? Auch darauf gibt die Untersuchung Antworten: Mit Blick auf den Anschluss der Schulen ans digitale Zeitalter mangelt es nämlich schon an den Grundlagen. Als drängendste Anforderungen benennen die Lehrkräfte die technische Wartung und Betreuung der digitalen Ausstattung (94 Prozent), die Bereitstellung von Hardware für Lehrkräfte (90 Prozent) und Lernende (84 Prozent) sowie eine umfassende Fortbildung (85 Prozent). Auch der Infrastruktur, der Verfügbarkeit (87 Prozent) und Leistungsfähigkeit (89 Prozent) eines WLAN-Netzes, messen die Lehrkräfte hohe Bedeutung bei.

Ins Auge fällt dabei: Nicht Sponsoren sollen in die Bresche springen. Die Lehrerinnen und Lehrer sehen den Staat in der Pflicht. Er solle bei der Digitalisierung den Hut aufbehalten, die Mangelsituation dürfe nicht dazu führen, dass den großen Medienkonzernen Tür und Tor geöffnet werden, sagen 85 Prozent. Auch der Datenschutz ist für die Lehrkräfte nicht verhandelbar: 89 Prozent betonen, dass dieser sehr wichtig bzw. wichtig sei. Und sie unterstreichen den Primat der Pädagogik gegenüber der Technik: 83 Prozent wollen, dass sich die digitale Ausstattung nach dem pädagogischen Konzept der Schule ausrichtet.

Große Unzufriedenheit herrscht auch mit dem Zustand der Gebäude und den pädagogischen Optionen, die die Räume bieten. Das gilt insbesondere für Schulen, die sich auf den Weg zur Ganztagseinrichtung gemacht haben. 70 Prozent der Befragten fordern, die hygienischen Bedingungen an den Schulen müssten sich verbessern. Auch die Ausstattung der Schulen mit Lehr- und

GEW-Mitgliederbefragung 2018

Die GEW bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die an der Studie teilgenommen haben, sehr herzlich. Im Sommer hatte die GEW 15.000 Mitglieder zur „Gebäudequalität von Bildungseinrichtungen“ befragt. Die Rücklaufquote lag bei knapp 20 Prozent. Für die Mitglieder der Bildungsgewerkschaft sind die Studienergebnisse repräsentativ. Die mit Abstand meisten Rückmeldungen kamen aus dem Schulbereich. Die Untersuchung liefert aber auch Daten für Kitas, Hochschulen und die Weiterbildung. Für diese Bereiche ist eine Validität der Ergebnisse – nach wissenschaftlichen Kriterien – jedoch nicht immer gesichert. Die Agentur „Mauss Research“ hat die Untersuchung erstellt. Am 24. September hat GEW-Vorsitzende Marlis Tepe die Studie im Rahmen einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt. Wenn im Text nicht anders angegeben, ziehen die genannten Prozentzahlen die Antworten der Befragten der Kategorien „sehr wichtig“ und „wichtig“ zusammen. Die Daten sind den Übersichtstabellen für die Tätigkeitsbereiche entnommen. U.R.

Lernmitteln wird heftig kritisiert (85 Prozent). Die Konsequenz: 59 Prozent der Lehrkräfte halten „größere Umbau- und Sanierungsmaßnahmen“ an ihrer Schule für dringend notwendig. Dazu gehört beispielsweise, unterschiedliche Funktionsräume (86 Prozent für Differenzierung, Fachräume, Elterngespräche; 85 Prozent für Pausen- und Rückzugsräume für Beschäftigte sowie Schüler), persönliche Arbeitsplätze für Lehrende (70 Prozent), offene Lernräume (70 Prozent) und grundsätzlich größere Räume (66 Prozent) zu schaffen.

Auffällig groß ist die Kritik der Kolleginnen und Kollegen, die an Schulen mit Ganztagsbetrieb arbeiten. 68 Prozent sagen, es gebe zu wenig Personal für die Ganztagsangebote. Zudem betonen 42 Prozent, dass sie mit der räumlichen Gestaltung der Einrichtung unzufrieden bzw. sehr unzufrieden seien. Zum Vergleich: Insgesamt halten „nur“ 35 Prozent der Kolleginnen und Kollegen den baulichen Zustand ihrer Schule für nicht zufriedenstellend. Mit anderen Worten: Trotz des Ganztagsschulprogramms zu Beginn der 2000er-Jahre gibt es immer noch gravierende Raummängel, wenn Schulen ein sinnvolles Ganztagsangebot machen wollen. Es gibt also noch viel zu tun, will die Große Koalition ihren Plan umsetzen, den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen bis 2025 zu verankern.

Hohe Belastung durch Lärm

Zudem sticht das Thema „Lärmbelastung“ deutlich heraus. 80 Prozent der Lehrkräfte wünschen sich effektive Maßnahmen gegen den Lärm. Der Anteil unter den Lehrkräften, die Sport unterrichten, dürfte noch höher sein. In Sporthallen liegt der Lärm-Durchschnittswert bei 80 Dezibel, es wurden sogar Spitzenwerte von 100 Dezibel gemessen (s. S. 6 ff.).

An Kitas spielt diese Frage eine noch größere Rolle als an Schulen, Lärm ist hier Belastungsfaktor Nummer eins: 89 Prozent der befragten Erzieherinnen und Erzieher verlangen, dass etwas für die Schalldämpfung getan wird. Wenn man sich diese Zahl etwas genauer anschaut, fällt auf, dass 71 Prozent Lärmschutzmaßnahmen sogar als „sehr wichtig“ einstufen. Kein Wunder, denn die Lärmbelastung an Kitas liegt im Mittel zwischen 80 und 85 Dezibel (s. E&W 5/2018).

Und noch einen sehr wichtigen Hinweis gibt die Untersuchung: Je früher und je intensiver die Beschäftigten einer Bildungseinrichtung in Planung und Umsetzung von Neu-, Umbau- oder Sanierungsmaßnahmen einbezogen werden, desto höher ist deren Akzeptanz und desto größer ist später die Zufriedenheit mit den Ergebnissen. Nicht zuletzt lassen sich durch die Kenntnisse und Kompetenzen der Praktiker auch grobe Fehlplanungen verhindern: etwa eine Gebäudearchitektur, die zwar schön anzusehen, für die Gestaltung sinnvoller Lernprozesse aber denkbar ungeeignet ist.

Tepes Fazit: „Diese Zahlen werfen ein bezeichnendes Licht darauf, dass Deutschland viel zu wenig dafür tut, die nachwachsende Generation unter angemessenen Rahmenbedingungen auszubilden. Wir sind weit davon entfernt, dass ‚der Raum als dritter Pädagoge‘ seinen Beitrag zu gelingenden Lernprozessen leisten kann.“

Ulf Rödde,
Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

Die Ergebnisse der Studie finden Sie zum Download unter: www.gew.de/Studie-Gebaeude

Mit Blick auf den Anschluss der Schulen ans digitale Zeitalter mangelt es schon an den Grundlagen – selbst die alten Overhead-Projektoren sind noch nicht auf dem Müll gelandet.

Foto: Dominik Buschardt

„Chemnitz hat Angst!“

// Die einen fürchten Neonazis. Die anderen fühlen sich unwohl, wenn sie abends zugewanderten Männern begegnen. Diese Spaltung macht in Chemnitz auch vor Schülerinnen und Schülern nicht Halt. Eine Herausforderung für die schulische politische Bildung. Ortstermin in Sachsen. //

Sie weint. Die Elftklässlerin in der weißgrünen Bluse ist offenbar tief verletzt. „Würdest du sagen, wer beim Trauermarsch dabei war, weil ein Freund getötet wurde, ist ein Nazi?“, fragt sie ihren Mitschüler aus der 12. Der junge Mann, offenes Gesicht, schwarzes T-Shirt, hatte eben in der Schul-Aula erklärt: Er habe kein Verständnis, „wenn sich Bürger auf einer Demo neben Leute stellen, die den Hitlergruß zeigen“.

Hochemotional geht es zu in der Aula des Karl-Schmidt-Rottluff-Gymnasiums in Chemnitz. Dass der Chemnitzer Daniel Hillig erstochen wurde, mutmaßlich von einem arabischen Mann, liegt wenige Wochen zurück. Neonazis, Pegida und AfD marschierten auf. Ausländisch aussehende Menschen wurden angegriffen, Rechtsextreme randalierten vor einem jüdischen Restaurant und verletzten den Inhaber. Linke, kirchliche und bürgerliche Kreise organisierten Gegendemonstrationen. Selbst die New York Times berichtete.

Toleranz üben

Ronald Langhoff, Schulleiter des Rottluff-Gymnasiums, ließ sich etwas einfallen, damit die Schülerschaft miteinander ins Gespräch kommt – und gleichzeitig Toleranz übt. „Wir alle sind Chemnitz! Wofür steht unsere Stadt?“ Unter diesem Motto versammeln sich die Jahrgangsstufen 11 und 12 in der Aula, dazu etliche Lehrkräfte. Zuvor hatten die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe Gelegenheit, Thesen auf Zettel zu schreiben, die anonym in einem Kasten gesammelt wurden. Schulleiter Langhoff und ein Gast, der Chemnitzer Pfarrer Stephan Brenner, lesen die Thesen vor, die Anwesenden stimmen per Handzeichen ab, über welche Aussagen sie diskutieren möchten.

Eine These lautet: „Zeckengefahr in Chemnitz!“ „Zecke“ – ein Kampfbegriff, mit dem Rechtsradikale Linke verunglimpfen. Neun Schüler möchten darüber diskutieren. Nächste These: „Zu schnell glauben Leute, was in den Medien geschrieben steht.“ Viele Hände gehen hoch. „Chemnitz hat Angst!“ Diese Aussage stößt auf besonders großen Zuspruch. „Für uns Mädchen ist es gefährlich geworden in der Stadt“, sagt eine Schülerin und nennt als Beispiel die Zentralhaltestelle. „Da hängen vor allem Ausländer rum.“ Alle hören zu, niemand unterbricht. Ein Mitschüler meldet sich. Auch er habe Angst, allerdings vor den „sehr Deutschen“. Er berichtet von einer Demonstration, bei der seine Gruppe „von 20 Leuten überfallen“ wurde. Einer habe „Adolf Hitler“ geschrien, eine Fahne und ein Schild seien gestohlen worden. Wieder hören alle zu.

Die Versammlung in der Aula ist Teil des „Antirassismus-Tags“ am Rottluff-Gymnasium. Ein Tag, der unabhängig von den schrecklichen Ereignissen geplant war. Klassenstufe 10 beschäftigt sich mit „Flucht, Asyl, Migration“. Die Siebt-

Antirassismus-Tag am Karl-Schmidt-Rottluff-Gymnasium in Chemnitz. Seminar in der Klasse 9b: In der Diskussion über Rassismus, Antisemitismus, Ausgrenzung behinderter Menschen und Sexismus geht es hoch her. Die Jugendlichen sollen dabei auch lernen, Konflikte unter sich zu klären.

Fotos: Sebastian Willnow

Ronald Langhoff, Schulleiter des Rottluff-Gymnasiums, bringt am Antirassismus-Tag die Schülerschaft miteinander ins Gespräch: „Wir alle sind Chemnitz“, betont er.

klässler nehmen am „Afrika-Projekt“ teil, mit Trommelkurs. Das Seminar der 9b heißt: „Das wird man wohl noch sagen dürfen!“ Es geht um Rassismus, Antisemitismus, Ausgrenzung behinderter Menschen und Sexismus. Zwei externe Teamer – Franziska, 21 Jahre, und Alex, 31 – sorgen für Disziplin: „Bitte leise sein! Hier kommen coole Sachen!“ Schülerin Helene präsentiert der Klasse gerade eine frauenfeindliche Werbeanzeige. Beworben wird eine „Männer-Bratwurst“ – „deftig, kräftig gewürzt“, daneben das Foto einer jungen Frau, aufreizend gekleidet, mit Teufelshörnern. Helene ist der Meinung, die Werbung vermittle die Botschaft „Frauen sind zu nichts gut, außer zum Putzen und zum Sex“. „Ja, ist doch so“, findet ein Mitschüler – und zieht heftigen Protest der 14- und 15-jährigen Mädchen auf sich: „Du bist widerlich!“ Beide Teamer schauen zu – die Klasse soll lernen, den Vorfall unter sich zu klären.

Was bringen „Antirassismus-Tage“ und ähnliche Projekte? „Es kommt auf die Stetigkeit an“, erklärt Angelika Haase, Lehrerin und Vorsitzende des GEW-Kreisverbandes Chemnitz-Stadt. Nicht sinnvoll sei, „dass da ein Ereignis stattgefunden hat und man jetzt was macht“. Es gelte zudem, „immer wieder neue Varianten zu finden“. Haase empfiehlt grundsätzlich, Externe einzuladen, Migrantinnen und Migranten, Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaft, Sport, Kultur, Politik. „Wenn man viele Sachverhalte in die Schule holt, wächst das Verständnis für die Umwelt“, betont die 60-Jährige. Und wie können Schulen auf rechtsradikale Jugendliche zugehen? Haase hat die Erfahrung gemacht, „dass sich solche Schüler im Unterricht nicht outen“. „Man muss hellhörig sein“, fordert die Pädagogin. „Dass der Dialog geführt wird, ist logisch. Letztendlich sind es Jugendliche, die kann man nicht alleinlassen.“

Beratungsangebote

Wie Schulen auf „rechtsoffene“ Schülerinnen und Schüler reagieren können, das gehört zum Beratungsspektrum des Dresdner Vereins „Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e. V.“. Er ist Mitglied im bundesweiten „Netzwerk für Demokratie und Courage“*. Auf Anfrage kommen „Courage“-Berater an die Schule, das Angebot ist kostenlos. An Rechtsextremisten richtet sich ein Aussteigerprogramm des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV). Das BfV bietet Beratung auch für Eltern und vermittelt schulische Qualifizierungsmaßnahmen. Viele weitere Angebote dienen der Prävention. Deren Reichweite ist allerdings begrenzt. Beispiel „Arbeit und Leben Sachsen e. V.“: Lediglich zehn Festangestellte kümmern sich landesweit um politische Bildung, inklusive Jugendbildung. Hinzu kommen „punktuell weitere professionelle Fachkräfte als freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, berichtet Stefan Grande, Fachbereichsleiter in der Leipziger Zentrale. Finanziert werde die Arbeit des Vereins zu einem großen Teil aus Projektfördermitteln der Europäischen Union, des Bundes, des Freistaates Sachsen und der Kommunen. Folge: Vor allem ehrenamtliche Teamerinnen und Teamer – 25 bis 30 in Sachsen – leiten die Projekttage, Workshops und Seminare an den Schulen. „In der Regel Studierende“, so Grande, die eine zweitägige Grundausbildung plus Hospitation und weitere Schulungen durchlaufen haben. Ein Modellprojekt speziell für sächsische Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen hat die TU Dresden entwickelt. Titel: „Starke Lehrer – starke Schüler“**. Bis 2018 konnten sich Lehrerinnen und Lehrer drei Jahre lang coachen lassen, wie sie auf rechtsradikale Jugendliche zugehen können. „Häufig fehlt es den Lehrkräften im Umgang mit solchen Konfliktsituationen an Sicherheit“, urteilt die Robert-Bosch-Stiftung, die das Projekt gemeinsam mit dem Sächsischen Kultusministerium förderte. Wieder bleibt die Reichweite übersichtlich: Gerade mal 25 Lehrkräfte aus neun Berufsschulzentren nahmen teil. Professor Peter Fauser, emeritierter Schulforscher der Uni Jena, urteilt denn auch: Demokratiepädagogik an Schulen gebe es lediglich „in homöopathischen Dosen“ – und das bundesweit (siehe E&W 4/2018).

Zurück in die Aula des Rottluff-Gymnasiums. Eine Lehrerin sagt, sie habe den Eindruck, dass sich viele Medien nicht trauen, etwas „gegen den extremen Islam, gegen Fundamentalismus im Christentum“ zu schreiben. Deshalb wählten viele die AfD – weil die angeblich mutig ist und Unangenehmes ausspricht. Eine Schülerin beklagt die fehlende Dialogfähigkeit. Im rechten wie im linken Lager herrsche die Haltung vor: „Ich weiß, dass ich recht habe und habe es gar nicht nötig, mit euch zu reden.“ Sie nennt das Arroganz. Ein Schüler bestätigt: „Ich war auf allen Demos gegen rechts.“ Wenn er allerdings zeige, dass er die andere Meinung akzeptiere, dann „gibt es sofort starken Widerspruch“.

Und Schulleiter Langhoff? Der Pädagoge bezieht in der Aula klar Position. Er sei der Meinung, „dass man sich mit Leuten, die den Hitlergruß zeigen, nicht in eine Reihe stellt“. Doch: „Menschen machen Fehler.“ Deshalb sei er bereit, jene zu entschuldigen, denen das einmal passiert ist. „Wer das aber regelmäßig macht, für den erlischt mein Verständnis.“ Nach 90 Minuten endet die Diskussion. Langhoff bittet zu überlegen, „ob und wie das Gespräch in der Schule weitergeführt wird“. Großer Applaus.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

***www.netzwerk-courage.de**
****bit.ly/starke-lehrer-schueler**

„Deckmäntelchen Chancengleichheit“

// Auch in der Bildungspolitik versucht die rechtspopulistische AfD, in die Offensive zu kommen. Erhard Korn hat für die Zeitschrift „der rechte rand“ (164/2017) genauer hingesehen. Der zweite von drei Teilen seines Beitrags in der E&W (s. E&W 10/2018) entlarvt die Partei als Förderin von Eliten. //

Als der Bildungstrend 2017 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) auf Defizite in der Grundschule aufmerksam machte, waren die Schuldigen für den Landes- und Fraktionsvorsitzenden der AfD in Sachsen-Anhalt schnell ausgemacht: „Es zeigt sich deutlich, dass die ganzen linken Bildungsexperimente, gepaart mit einer völlig falschen Inklusionspolitik und immer mehr Kindern mit Migrationshintergrund, dazu führen, dass unsere Kinder schon in der Grundschule unerhört ins Hintertreffen geraten“, sagte André Poggenburg in einer Stellungnahme – wenige Monate bevor er in seiner Aschermittwochsrede 2018 Türkinnen und Türken als „Kameltreiber“ und „Kümmelhändler“ bezeichnete. Die AfD entzog ihm inzwischen das Vertrauen, Poggenburg zog sich von seinen Ämtern zurück.

„Deutsche Kinder zuerst!“

An der Position „Deutsche Kinder zuerst!“ hält die AfD jedoch fest. Den zunehmenden Lehrkräftemangel beantwortet sie – im Landtag von Nordrhein-Westfalen – mit der Forderung, bevor „ernsthaft darüber nachgedacht werden kann, Kinder von Flüchtlingen auf ohnehin bis an ihre Grenzen ausgelastete Regelschulen gehen zu lassen, müssen erst einmal mehr Lehrer eingestellt und die Klassenstärken verringert werden“. In Sachsen-Anhalt beantragte sie in einer Plenarsitzung, „Extra-Klassen für Kinder mit Migrationshintergrund einzurichten und auch das unselige Inklusionsexperiment zugunsten von ausreichend finanzierten Förderschulen zu beenden“.

Björn Höcke, AfD-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag, will für Asylbewerberinnen und -bewerber lediglich eine „Grundbeschulung möglichst in ihrer Muttersprache“ erhalten. Nur anerkannte Asylsuchende – für die Partei maximal 2 Prozent der Asylbewerberinnen und -bewerber – sollen „regelbeschult“ werden, allerdings nicht „integrativ“, sondern in Sonderklassen. Unter dem Motto „Lehrer sollen zuerst deutsche Kinder unterrichten“ beantragte die AfD Sachsen zudem, „alle vollständig ausgebildeten Lehrer im regulären Schulbetrieb“ einzusetzen, „statt in Vorbereitungsklassen für Migranten“.

Auch die AfD in Baden-Württemberg lehnt eine Förderung in Vorbereitungsklassen ab: „1.165 Lehrerstellen werden benötigt für den Schulunterricht von ausländischen Minderjährigen und Kindern. Die Alternative für Deutschland fordert, (…) die Lehrer für diese Klassen sollten nicht dem allgemeinen Schulbetrieb entzogen werden, wie dies derzeit praktiziert wird und auch weiterhin geplant ist.“ Hilfen bei der Integration durch Schulsozialarbeit und Psychologen werden abgelehnt – diese seien „neben der Asylindustrie Teil einer Sozialindustrie“. Ein „Sumpf“, den die AfD austrocknen werde, erklärte der Abgeordnete Hans-Thomas Tillschneider 2016 im Magdeburger Landtag. Da Sozialpädagogik ein wichtiges Element von Integration und Konfliktprävention ist, macht die AfD damit deutlich, dass sie genau das nicht will.

Sie greift Probleme wie den Lehrkräftemangel auf und bietet Lösungen an, die die Probleme verschärfen würden. Ihre Vorschläge zielen darauf ab, Migrantinnen und Migranten etwa in Hauptschulen zu segregieren und Integration zu verhindern. Ihre Polemik richtet sich nicht nur gegen Flüchtlinge oder „den

Islam“, sondern generell gegen Menschen mit Migrationshintergrund.

In ihrem Bundesprogramm kritisiert die AfD die „nach unten nivellierende Einheitsschule“. Jörg Meuthen, Fraktionschef in Stuttgart, wittert hinter dem „Deckmäntelchen der Chancengleichheit“ eine Verschwörung: „Es ist der gezielte und schleichende Weg in den Bildungssozialismus.“ Sein Fraktionskollege Stefan Räpple machte

Cartoon: Thomas Plaßmann

im Stuttgarter Landtag in einer „Wutrede“ am 21. Juli 2017 die „sinnlosen Irrlehren der neuen Lernkultur, die aus der Erziehungswissenschaft und der Didaktik über GEW-Leute produziert“ werde, für eine angebliche moralische Verwahrlosung verantwortlich. Empfohlen werden „Frontalunterricht“ und „Disziplin“.

In Landtagswahlprogrammen beklagt die AfD die „Planierung unseres leistungsorientierten, mehrgliedrigen Schulsystems zur semi-sozialistischen Gleichmacherei der Gemeinschaftsschulen“. Statt Inklusion solle es „leistungshomogene Lerngruppen“ geben, die Starken dürften nicht durch Inklusion von Behinderten eingeschränkt werden. Zudem sei der Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten durch eine „Stärkung des Leistungsprinzips“ zu senken. „Wenn Sachsens Schüler im deutschlandweiten Vergleich die größte Belastung (…) haben, so ist das der beste Weg, auf ein Berufsleben vorzubereiten.“

Mit der Wiedereinführung der verbindlichen Zuweisung zu den drei weiterführenden Schularten nach der Grundschule will die Rechtspartei das gegliederte Schulwesen und die Hauptschule restaurieren. Eltern – und zwar vor allem solche aus eher benachteiligten Gesellschaftsgruppen –, hält die AfD offenbar für unfähig, selbst eine Entscheidung für eine Schule zu treffen. Hinter dem angeblichen Engagement für die „kleinen Leute“ verbirgt sich Verachtung für diese.

Privilegien erhalten

Die Bildungspolitik der AfD zielt auf den Erhalt von Privilegien. Sie nutzt die Kampfbegriffe „Gleichmacherei“ und „Bildungssozialismus“ gegen eine Bildung, die Benachteiligte unterstützt. Stattdessen setzt sie auf „Elitenförderung“, wie die AfD-Landtagsfraktion in Stuttgart, und eine noch stärkere Hierarchisierung des Bildungswesens, deren Überwindung zentrales Versprechen der Bildungsreformen der zurückliegenden 50 Jahre war.

Wenn die AfD „konzentriertes Lernen am Vormittag“ für „wesentlich erfolgversprechender“ hält, da es „die Möglichkeit des überwiegend freien Nachmittags für individuelle Aktivitäten“ biete, steht sie nicht nur gegen die Berufstätigkeit von Frauen. Sie lehnt auch die Fördermöglichkeiten ab, die das Modell Ganztagsschule Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern bieten kann. Während sie auf Parteitagen gegen Eliten polemisiert, orientiert sich ihre Bildungspolitik an den Interessen arrivierter Gesellschaftsgruppen.

Fazit: Die AfD gibt vor, eine ideologische Bildungspolitik abzulehnen, betont aber selbst ideologisch begründete Positionen. Pädagogisch steht sie für einen Roll-Back zurück zu „Eliten-“ statt „individueller Förderung“. Das würde zu Lasten all jener Menschen gehen, deren Kinder auf zusätzliche Förderung angewiesen sind.

Erhard Korn,
Leiter des Vorstandsbereichs Grundsatzfragen der GEW Baden-Württemberg

Plumpe Einschüchterungsversuche

// Hamburg, Baden-Württemberg, Sachsen – in diesen Bundesländern hat die AfD Portale ins Netz gestellt, über die Lehrkräfte denunziert werden sollen, die kritisch über die Rechtsaußen-Partei sprechen. Andere AfD-Landesverbände wollen nachziehen. Und als ob das nicht schon verstörend genug wäre, erwecken Äußerungen von AfD-Politikern auch noch den Eindruck, als seien sie selbst die wahren politisch Verfolgten hierzulande. //

„Hetze, Stimmungsmache und Falschbehauptungen“, kritisiert die Hamburger AfD-Bürgerschaftsfraktion in einer Pressemitteilung, mit der sie im September den Online-Pranger begründete. Georg Pazderski, Vizechef der Bundespartei, hält die Portale für „unbedingt notwendig“, weil in vielen Schulen nur ein „einseitiges linksgrünes Weltbild“ geduldet werde. Seine Partei werde stigmatisiert. Die AfD präsentiert sich also mal wieder in ihrer Lieblingsrolle: als verfolgte Unschuld, die zum Mittel der Notwehr greift, um die „Meinungsfreiheit“ gegen „linke Ideologieprogramme“ zu verteidigen. So lächerlich das sein mag – aus Sicht der AfD sei die Strategie effektiv, sagt der Rechtsextremismus-Experte Olaf Sundermeyer. Zum einen bringe sich die Partei dadurch bei denjenigen Jugendlichen ins Gespräch, für die „rechts zu sein bedeutet, gegen einen vermeintlichen Mainstream zu rebellieren“. Zum anderen scheinen die Einschüchterungsversuche nicht immer folgenlos zu bleiben. „Bei Gesprächen mit Lehrern hatte ich in den vergangenen Tagen schon den Eindruck, dass die Verunsicherung groß ist“, sagt der Journalist. „Viele wollen derzeit lieber kein kritisches Wort über die AfD verlieren.“ Die Strategie der Rechtspopulisten sei damit bereits aufgegangen: „Sie werfen einen Stein ins Wasser und beobachten genüsslich vom Uferrand aus, wie der immer weitere Kreise zieht. Nur um dann in weiteren Erklärungen die ‚Hysterisierung der Debatte’ zu beklagen.“

„Kalkulierter Tabubruch“

Auch Hamburgs stellvertretender GEW-Vorsitzender Fredrik Dehnerdt weiß um ein Dilemma, vor dem niemand gefeit ist, der über die AfD berichtet. Deren von klassischen rechtsextremen Parteien übernommene Strategie des „kalkulierten Tabubruchs“ verfängt auch beim Online-Pranger. „Natürlich weiß die AfD, dass sie so in die Medien kommt“, sagt Dehnerdt. „So gelingt es ihr, Themen – vom ‚Genderwahn‘ bis zu Halal-Essen an den Schulen – in neuem Gewand kampagnenfähig zu machen.“ In Hamburg ist es der AfD-Bürgerschaftsfraktion trotz unzähliger parlamentarischer Anfragen zur Bildungspolitik nicht gelungen, die gesellschaftliche Debatte nachhaltig zu beeinflussen. „Jetzt schafft sie es über den Umweg der Behauptung, es gäbe einen unfairen Umgang mit ihr.“ Die AfD-Initiative verfolge zwei Ziele: zum einen, die eigenen Themen zu lancieren, und zum anderen, ein Klima der Einschüchterung zu schaffen, in dem sich engagierte Kolleginnen und Kollegen aus Angst vor einer Dienstaufsichtsbeschwerde vielleicht doch mal auf die Zunge beißen, bevor sie über die AfD reden. „Genau das soll natürlich nicht passieren“, sagt Dehnerdt: „Wir lassen niemanden im Regen stehen.“ Gegen die „Schere im Kopf“ hat der GEW-Hauptvorstand eine Informationsseite mit Fragen und Antworten zu den Denunziationsplattformen online gestellt*, zudem kann sich jedes Mitglied auf den Rechtsschutz der Bildungsgewerkschaft verlassen. Bei der Hamburger Schulbehörde ist bislang im Übrigen noch keine Beschwerde eingegangen, die sich aus den angeblich „Hunderten“ Meldungen ergeben hätte, von denen die Hamburger AfD spricht.

Ihre Strategie geht aus Sicht der AfD auch deshalb auf, weil es weder Gewerkschafter noch Vertreter des demokratischen Parteienspektrums unkommentiert lassen können, wenn öffentliche Aufrufe zur Denunziation missliebiger Meinungen initiiert werden. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sprach von „offenem Denunziantentum“ und „Bausteinen ins Totalitäre“. Er hatte dabei die gleichen Assoziationen wie Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) („ein Mittel von Diktaturen“) und der Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), Helmut Holter (Linke), der sich an „das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte“ erinnert fühlt. Bei warnenden

Sich nicht einschüchtern lassen! Die medienwirksame Aufforderung der AfD zum Denunziantentum zeigt: Politische Bildung und Demokratieerziehung sind notwendiger denn je.

Worten wollen es die Ländervertreter indes nicht belassen. Mitte Oktober kündigten sie an, die Plattformen rechtlich überprüfen lassen zu wollen. Die Persönlichkeitsrechte der Lehrkräfte könnten verletzt sein. Die GEW begrüßt zwei aktuelle Beschlüsse der KMK zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung, mit denen diese den Lehrkräften den Rücken stärkt. So sollen etwa die Beteiligung der Länder und Schulen an demokratiepädagogischen Projekten und Programmen wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausgeweitet werden.

Dass die AfD-Offensive die Meinungs- und Redefreiheit ins Visier nimmt, ist offenkundig. Bei dem plumpen Versuch, kritische Lehrerinnen und Lehrer einzuschüchtern, beruft sich die Partei auf das Neutralitätsgebot. Die Landesschulgesetze geben eine „parteipolitische Neutralität“ vor und verbieten, in den Schulen Werbung für wirtschaftliche, politische, weltanschauliche und sonstige Interessen zu machen. Ein politisches Werbeverbot ist jedoch kein Neutralitätsgebot, denn der „Beutelsbacher Konsens“ gibt die Ziele für politische Bildung an Schulen vor. Er besagt, dass Schülerinnen und Schüler nicht in Richtung einer von der Lehrkraft erwünschten Haltung manipuliert werden dürfen („Überwältigungsverbot“). Ziel ist stattdessen, unterschiedliche Positionen zu Themen darzustellen und zu diskutieren, um die Schüler auf dem Weg zu einer selbstständigen politischen Haltung explizit zu stärken. Im Hamburgischen Schulgesetz – und ähnlich lautend in vielen anderen Landesschulgesetzen – findet sich basierend auf der „Beutelsbacher Erklärung“ die Zielvorgabe, „die Schülerinnen und Schüler zu befähigen und ihre Bereitschaft zu stärken, an der Gestaltung einer der Humanität verpflichteten demokratischen Gesellschaft mitzuwirken und für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten“. Lehrkräfte sind durch Grundgesetz und Landesschulgesetze verpflichtet, sich für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzusetzen. Sie sollen Kinder und Jugendliche nicht wertneutral, sondern im Geiste der Menschenwürde, Demokratie, Toleranz und Gleichberechtigung erziehen.

Foto: imago

Teil politischer Bildung

Das ist gerade nicht die Aufforderung, kontroverse gesellschaftspolitische Themen oder gar die Auseinandersetzung mit minderheitenfeindlichen und antidemokratischen Haltungen ruhen zu lassen. „Genau dieser demokratische, offene Meinungsstreit steht dem Neutralitätsgebot nicht entgegen“, sagt Dehnerdt. „Sich mit der AfD auseinanderzusetzen, ist ein wichtiger Teil politischer Bildung.“ Zumal die AfD für Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW Berlin, eine Partei ist, die versucht, „diskriminierende, xenophobe, rassistische und sexistische Einstellungen in der gesellschaftlichen Mitte zu verankern“. Die Hamburger Schülerinnen und Schüler, als deren Anwalt sich die AfD so gerne stilisieren würde, haben sich mittlerweile ebenfalls zu Wort gemeldet. „An den Hamburger Schulen gibt es keine politische Beeinflussung von Lehrerinnen und Lehrern im Unterricht“, sagt Liam Zergdjenah, Vorsitzender der „SchülerInnenkammer“. „Wer das behauptet, hat noch keinen Einblick in den Schulalltag genossen.“ Derweil geraten nicht nur Lehrkräfte in den Fokus der Rechtsaußen-Partei: Auf der sächsischen Plattform wird indirekt dazu aufgefordert, auch Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zu denunzieren.

Wie es wirklich um die Diskursbereitschaft der AfD steht, zeigt derweil das Beispiel des baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Stefan Räpple, der Mitte Oktober ebenfalls ein Denunziationsportal online stellte – offenbar ohne Absprache mit der Landtagsfraktion. Räpple ging dabei noch einen Schritt weiter als die AfD-Kollegen aus den anderen Bundesländern. Für den Südwesten kündigte er an, die Namen der vermeintlich „hetzenden“ Lehrkräfte, Professorinnen und Professoren zu veröffentlichen. Er bot zudem an, dass beispielsweise Videos, die Schüler im Unterricht gemacht haben, auf dem Portal hochgeladen werden können.** Auch Räpple geht es dabei selbstverständlich nur um die Meinungsfreiheit und den freien Diskurs. Wie glaubwürdig das ist, zeigt sein Umgang mit einer Anfrage der „E&W“-Redaktion, in der er gebeten wurde, Beispiele für die angebliche „Hetze“ baden-württembergischer Lehrkräfte zu nennen. Der große Verfechter der inhaltlichen Auseinandersetzung antwortete nicht.

Christoph Ruf,
freier Journalist
Ulf Rödde,
Redaktionsleiter der
„Erziehung und Wissenschaft“

***www.gew.de/afd-meldeportale**
**** Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser E&W-Ausgabe war die Plattform nicht mehr zu erreichen. Begründung: Es habe einen Hackerangriff auf das Portal gegeben.**

Foto: Kay Herschelmann

MARLIS TEPE

Haltung zeigen!

Wenn dieser Kommentar erscheint, ist die AfD gut fünf Jahre nach ihrer Gründung in den Bundestag und alle Landtage eingezogen.

Hätte man mich vor fünf Jahren gefragt, ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass sich das politische Klima so stark verändert. Ich hätte nicht geglaubt, dass die AfD Meldeplattformen einrichtet, mit denen sie Schüler*innen, Lehrkräften und Eltern ermöglicht, der Partei zu melden, wenn Lehrkräfte sich angeblich nicht neutral verhalten haben sollen. Ich habe nicht erwartet, dass sich eine Partei – angesichts der deutschen Geschichte – als Wächterin über den „richtigen" Unterricht aufspielen und Einfluss darauf nehmen will, was in den Klassenräumen gesprochen wird.

Die Meldeplattformen der AfD halten die GEW, viele Minister*innen und Medien für den Versuch, Lehrkräfte einzuschüchtern. Die GEW will nicht, dass Denunziation wieder eine Rolle in der Gesellschaft spielt, wie schon im Nationalsozialismus und auch in der DDR. Sie will nicht, dass Angst geschürt wird. Der AfD wollen wir nicht die Macht geben, Menschen zu verunsichern. „Haltung zeigen statt Zurückhaltung üben" mit dieser Aufforderung hat die GEW Hamburg auf die erste Internetmeldeplattform der AfD reagiert. Dieser Aussage schließe ich mich ausdrücklich an: Haltung und Engagement zeigen für Demokratie, einstehen für die Grundrechte, den Menschenrechten Geltung verschaffen.

Das Grundgesetz (GG) stellt fest: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. (...)"

Den wichtigen und schönen ersten Satz des GG rufe ich mir oft wie ein Mantra ins Gedächtnis. Dazu bekennt sich die GEW. Gerade dann, wenn Gruppen oder Einzelne herabgewürdigt werden.

Lehrkräfte sind in ihrem Unterricht öfter mit der Verletzung der Würde des Einzelnen oder ganzer Gruppen konfrontiert. Wenn Schüler*innen als „schwul" beschimpft, wenn sie wegen ihrer religiösen Bekleidung als Juden oder Muslime erkennbar sind und deshalb angegriffen oder diffamiert werden, dann müssen Lehrer*innen Position beziehen. Genauso ist es bei Positionen von AfD-Politiker*innen: Wenn „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" diskriminiert, die Erinnerungsarbeit als „Schuldkult", die Nazizeit als „Vogelschiss in der Geschichte" bezeichnet wird oder wenn die ehemalige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz (SPD), wegen ihrer türkischen Herkunft „in Anatolien entsorgt" werden soll, sind das Äußerungen, die im Unterricht bearbeitet werden können.

Die Schulgesetze der Bundesländer unterscheiden sich zwar in Nuancen, sie geben aber den Lehrkräften auf, Schüler*innen zu verantwortungsbewussten, mündigen Bürger*innen zu bilden. Grundlage dafür ist das Grundgesetz. Die an Schulen geforderte „parteipolitische Neutralität" verbietet es, Werbung für politische, weltanschauliche und sonstige Interessen zu betreiben. Der „Beutelsbacher Konsens" ist die Richtschnur für die Gestaltung des Unterrichts (s. S. 38 f.).

Die Zivilgesellschaft reagiert und stellt sich der AfD entgegen – mit den Demonstrationen in Chemnitz „#wirsindmehr", der riesigen Aktion „#unteilbar" für Vielfalt in Berlin sowie vielen anderen Aktivitäten.

Diejenigen, die die AfD gewählt haben, um „der Politik" einen Denkzettel zu verpassen, werden schnell merken, dass die Menschen und die Demokratie viel verlieren, sollte diese Partei in Regierungsverantwortung kommen.

Bleiben wir aufmerksam, stehen wir zu unseren Werten, werden wir alle aktiv gegen rechts!

Marlis Tepe,
Vorsitzende der GEW

Bildungs- und Förderungswerk
der GEW im DGB e.V.

Beitrittserklärung zur Gruppen-Sterbegeldversicherung (bis Alter 80) - Tarif VG9/2017

Ihr Servicetelefon
01806
10 25 10
0,20 €/Anruf aus dem deutschen Festnetz; max. 0,60 €/Anruf aus dem deutschen Mobilfunknetz

Beitrittserklärung bitte zurücksenden an:
Bildungs- und Förderungswerk der GEW e.V., Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt

Zu versichernde Person

Name / Vorname

PLZ / Wohnort

Straße / Hausnummer

Geburtsdatum

Bitte kreuzen ☒ Sie an:
☐ weiblich ☐ männlich

Versicherungsbeginn

Telefonnummer für Rückfragen

E-Mail Adresse

Staatsangehörigkeit

Bitte ankreuzen:

☐ **Mitglied**
Mitgliedsnummer:

☐ Familienangehörige/r

Versicherungsumfang

Ich beantrage eine Versicherungssumme von: (bitte ankreuzen)

Versicherungssumme in €	Monatlicher Beitrag in €
☐ **4.000**	
☐ **6.000**	
☐ **8.000**	
☐ **10.000**	
zzgl. BFW-Mitgliedsbeitrag	**0,05**
Lastschriftbetrag	**.....**

☐ Ich wähle folgende sonstige Summe bis max. 12.500 Euro:

Euro .....(Mindestsumme 500,-- Euro)

SEPA-Lastschriftmandat (bitte in jedem Fall ausfüllen)

Ich ermächtige das BFW der GEW, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom BFW der GEW auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Beiträge für diese Gruppen-Sterbegeldversicherung bis auf schriftlichen Widerruf und der monatliche BFW-Mitgliedsbeitrag von € 0,05 im Lastschriftverfahren monatlich eingezogen werden.

Zahlungsempfänger

Gläubiger	Bildungs- und Förderungswerk der GEW e.V. (BFW der GEW)
Gläubiger-Identifikationsnummer	Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt
Mandatsreferenz	DE12ZZZ00000013915
	wird gesondert mitgeteilt

Zahlungspflichtiger

Kontoinhaber (Vorname,Nachname) _____

Kreditinstitut _____

IBAN DE __

Ort, Datum _____

Unterschrift
✘

Produktbeschreibung

Die Versicherungsleistung wird beim Tod der versicherten Person fällig. Das Höchsteintrittsalter beträgt 80 Jahre. Der Versicherer verzichtet auf eine Gesundheitsprüfung; stattdessen gilt beim Tod der versicherten Person im 1. Versicherungsjahr folgende Staffelung der Versicherungssumme: Bei Tod im 1. Monat: Rückzahlung des eingezahlten Beitrages; bei Tod im 2. Monat: Zahlung von 1/12 der Versicherungssumme; bei Tod im 3. Monat Zahlung von 2/12 der Versicherungssumme usw.; allmonatlich um 1/12 der Versicherungssumme steigend bis zur vollen Versicherungssumme ab Beginn des 2. Versicherungsjahres. Stirbt die versicherte Person vor Ablauf des ersten Versicherungsjahres infolge eines im ersten Versicherungsjahr eingetretenen Unfalls, wird stets die volle Versicherungsleistung erbracht.

Unfalltod-Zusatzversicherung

Eine Unfalltod-Zusatzversicherung ist stets eingeschlossen, außer bei den Eintrittsaltern ab 75 Jahren. Bei Tod infolge eines Unfalls vor dem Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person ihr 75. Lebensjahr vollendet hat, wird die volle Versicherungssumme zusätzlich zur Sterbegeldleistung gezahlt.

Beitragszahlung

Die Beiträge sind bis zum Ende des Monats zu entrichten, in dem die versicherte Person stirbt; längstens jedoch bis zum Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person das rechnungsmäßige 85. Lebensjahr vollendet.

Überschussbeteiligung

Die vom Versicherer laufend erwirtschafteten Überschüsse werden in Form von Zins- und Grundüberschussanteilen weitergegeben. Die Zinsüberschussanteile werden verzinslich angesammelt und zusammen mit der Versicherungsleistung ausgezahlt. Die Grundüberschussanteile werden – je nach Vertragsgestaltung – entweder ebenfalls verzinslich angesammelt und zusammen mit der Versicherungsleistung ausgezahlt oder mit den zu zahlenden Versicherungsbeiträgen verrechnet.

Zuwendungserklärung

Hiermit erkläre ich, dass die während meiner Mitgliedschaft auf die Sterbegeldversicherung anfallenden Grundüberschussanteile – entgegen dem Vorstehenden – dem BFW der GEW laufend zugewendet werden. Dadurch kommen diese Beträge wirtschaftlich nicht mir, sondern dem BFW der GEW zugute.Der BFW der GEW verwendet die Beträge zu 64 % für satzungsgemäße Aufgaben und zu 36 % zur Förderung der Sterbegeldeinrichtung (Kostendeckungsmittel). Über die Höhe der Zuwendungen gibt das BFW der GEW auf Anfrage jederzeit Auskunft. Diese Erklärung kann jederzeit widerrufen werden. Bei Widerruf der Zuwendungserklärung beträgt der monatliche BFW-Mitgliedsbeitrag 2,50 €.

Einwilligungs- und Schweigepflichts-entbindungserklärung

Sie geben mit Unterzeichnung dieser Beitrittserklärung die auf der Rückseite abgedruckte "Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung" ab. Nehmen Sie diese bitte zur Kenntnis. Sie umfasst:

1. Erhebung, Speicherung und Nutzung der von Ihnen mitgeteilten Gesundheitsdaten durch die DBV-ZN
1.1. Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, Verbänden und anderen Kooperationspartnern
2. Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten
2.1. Erklärungen für den Fall Ihres Todes
3. Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten und weiterer nach § 203 StGB geschützter Daten an Stellen außerhalb der DBV-ZN
3.1. Übertragung von Aufgaben auf andere Stellen (Unternehmen oder Personen) bzw. Datenweitergabe an selbstständige Vermittler

Unterschriften

Bevor Sie diese Beitrittserklärung unterschreiben, lesen Sie bitte auf der Rückseite die Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung sowie Hinweise zum Widerspruchsrecht; sie ist wichtiger Bestandteil des Vertrages. Sie machen mit Ihrer Unterschrift die Einwilligungserklärung zum Inhalt dieser Beitrittserklärung.

Ort / Datum
✘

Unterschrift der zu versichernden Person
✘

Interne Angaben

Gruppenvertragsnummer	Personenkreis	Versicherungsscheinnummer	Versicherungssumme	Versicherungsbeginn
4 7 9 0 0 5 8 6 6 1		4 7		0 1 2 0 1 8

Version G - 10. 2018

Widerrufsrecht **Widerrufsbelehrung auf Abschluss eines Versicherungsvertrages**

Sie können Ihre Erklärung bis zum Ablauf von 30 Tagen nach Erhalt des Versicherungsscheins und der Bestimmungen und Informationen zum Vertrag (BIV) ohne Angabe von Gründen schriftlich widerrufen. Eine Erklärung in Textform (z.B. per Brief, Fax oder E-Mail) ist ausreichend. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an: DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung, Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden. Sofern der vorseitig genannte Versicherungsbeginn vor dem Ablauf der Widerrufsfrist liegt, bin ich damit einverstanden, dass der erste oder einmalige Beitrag (Einlösungsbeitrag) - abweichend von der gesetzlichen Regelung - vor Ablauf der Frist fällig d.h. unverzüglich zu zahlen ist.

Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung

Die Regelungen des Versicherungsvertragsgesetzes, der EU-Datenschutzgrundverordnung, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie anderer Datenschutzvorschriften enthalten keine ausreichenden Rechtsgrundlagen für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Gesundheitsdaten durch Versicherungen. Um Ihre Gesundheitsdaten für diese Beitrittserklärung und den Vertrag erheben und verwenden zu dürfen, benötigt die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung, Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG (im Weiteren DBV-ZN genannt) daher Ihre datenschutzrechtliche(n) Einwilligung(en). Darüber hinaus benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtentbindungen, um Ihre Gesundheitsdaten bei schweigepflichtigen Stellen, wie z.B. Ärzten, erheben zu dürfen. Als Unternehmen der Lebensversicherung benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtentbindung ferner, um Ihre Gesundheitsdaten oder weitere nach § 203 Strafgesetzbuch geschützte Daten, wie z.B. die Tatsache, dass ein Vertrag mit Ihnen besteht, an andere Stellen, weiterleiten zu dürfen. Es steht Ihnen frei, die Einwilligung/Schweigepflichtentbindung nicht abzugeben oder jederzeit später mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Der Widerruf ist zu richten an: **DBV-ZN, Abt. LVB-WI5-VG, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden oder per E-Mail an Verbandsversicherung@dbv.de.**

Die Erklärungen betreffen den Umgang mit Ihren Gesundheitsdaten und sonstiger nach § 203 StGB geschützter Daten

- durch die DBV-ZN selbst (unter 1.),
- Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten (unter 2.) und
- bei der Weitergabe an Stellen außerhalb der DBV-ZN (unter 3.).

Die Erklärungen gelten für die von Ihnen gesetzlich vertretenen Personen wie Ihre Kinder, soweit diese die Tragweite dieser Einwilligung nicht erkennen und daher keine eigenen Erklärungen abgeben können.

1. Erhebung, Speicherung und Nutzung der von Ihnen mitgeteilten Gesundheitsdaten duch die DBV-ZN

Ich willige ein, dass die DBV-ZN die von mir in dieser Beitrittserklärung und künftig mitgeteilten Gesundheitsdaten erhebt, speichert und nutzt, soweit dies zur Begründung, Durchführung oder Beendigung dieses Versicherungsvertrages erforderlich ist.

Ich willige ein, dass die DBV-ZN, soweit auf Grund von Kooperationen mit gesetzlichen Krankenkassen, Vereinen, Verbänden, Firmen oder sonstigen Dritten Vorteilskonditionen gewährt werden, zwecks Prüfung, ob eine entsprechende Mitgliedschaft oder Zugehörigkeit mit Anspruch auf Vorteilskonditionen besteht, mit den genannten Dritten einen Datenabgleich vornimmt und entbinde insoweit den Versicherer von der Schweigepflicht.

1.1 Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, Verbänden und anderen Kooperationspartnern

Ich willige in die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, gesetzliche Krankenkassen, Vereinen, Unternehmen oder Verbänden (Kooperationspartner) ein, soweit dies zur Begründung, Durchführung oder Beendigung dieses Vertrages, insbesondere zur Berechnung meiner Versicherungsprämie erforderlich ist

2. Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten

2.1. Erklärungen für den Fall Ihres Todes

Zur Prüfung der Leistungspflicht kann es auch nach Ihrem Tod erforderlich sein, gesundheitliche Angaben zu prüfen. Eine Prüfung kann auch erforderlich sein, wenn sich bis zu zehn Jahre nach Vertragsschluss für uns konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass bei der Antragstellung unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht wurden . Auch dafür bedürfen wir einer Einwilligung und Schweigepflichtentbindung.

Für den Fall meines Todes **willige ich in** die Erhebung meiner Gesundheitsdaten bei Dritten (Ärzten, Pflegepersonen, Bediensteten von Krankenhäusern, sonstigen Krankenanstalten, Pflegeheimen, Personenversicherern, gesetzlichen Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Behörden) zur Leistungsprüfung ein.

Ich befreie die genannten Personen und Mitarbeiter der genannten Einrichtungen von ihrer Schweigepflicht, soweit meine zulässigerweise gespeicherten Gesundheitsdaten aus Untersuchungen, Beratungen, Behandlungen sowie Versicherungsanträgen und -verträgen aus einem Zeitraum von bis zu zehn Jahren vor Antragstellung übermittelt werden.

Ich bin darüber hinaus damit einverstanden, dass in diesem Zusammenhang – soweit erforderlich – meine Gesundheitsdaten durch die DBV-ZN an diese Stellen weitergegeben werden und befreie auch insoweit die für die DBV-ZN tätigen Personen von ihrer Schweigepflicht.

3. Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten und weiterer nach § 203 StGB geschützter Daten an Stellen außerhalb der DBV-ZN

Die DBV-ZN verpflichtet die nachfolgenden Stellen vertraglich auf die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und die Datensicherheit.

3.1. Übertragung von Aufgaben auf andere Stellen (Unternehmen oder Personen) bzw. Datenweitergabe an selbstständige Vermittler

Die DBV-ZN führt bestimmte Aufgaben, wie zum Beispiel die Leistungsfallbearbeitung oder die telefonische Kundenbetreuung, bei denen es zu einer Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung Ihrer Gesundheitsdaten kommen kann, nicht selbst durch, sondern überträgt die Erledigung einer anderen Gesellschaft der AXA-Gruppe oder einer anderen Stelle. Werden hierbei Ihre nach § 203 StGB geschützten Daten weitergegeben, benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtentbindung für sich und soweit erforderlich für die anderen Stellen.

Die DBV-ZN führt eine fortlaufend aktualisierte Liste über die Stellen und Kategorien von Stellen, die vereinbarungsgemäß Gesundheitsdaten für die DBV-ZN erheben, verarbeiten oder nutzen unter Angabe der übertragenen Aufgaben. Die zurzeit gültige Liste ist als Anlage der Einwilligungserklärung angefügt. Eine aktuelle Liste kann auch im Internet unter www.dbv.de/Datenschutz eingesehen oder bei den in Ihren Vertragsunterlagen genannten Ansprechpartner/Betreuer angefordert werden. Für die Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten an und die Verwendung durch die in der Liste genannten Stellen benötigt die DBV-ZN Ihre Einwilligung.

Ich willige ein, dass die DBV-ZN meine Gesundheitsdaten an die in der oben erwähnten Liste genannten Stellen übermittelt und dass die Gesundheitsdaten dort für die angeführten Zwecke im gleichen Umfang erhoben, verarbeitet und genutzt werden, wie die DBV-ZN dies tun dürfte. Soweit erforderlich, entbinde ich die Mitarbeiter der AXA Unternehmensgruppe und sonstiger Stellen im Hinblick auf die Weitergabe von Gesundheitsdaten und anderer nach § 203 StGB geschützter Daten von ihrer Schweigepflicht.

Informationen zur Verwendung Ihrer Daten

Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung Zweignieder-lassung der AXA Lebensversicherung AG und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Rechte. Diese Informationen gelten auch für die versicherte Person.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG, Kunden-, Partner- und Prozess-Service, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden, Tel: 0221/148 41003, E-Mail: service@dbv.de - Unseren **Datenschutzbeauftragten** erreichen Sie per Post unter den oben angegebenen Daten mit dem Zusatz – Datenschutzbeauftragter – oder per E-Mail unter: Datenschutz@axa.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), der datenschutzrechtlich relevanten Bestimmungen des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG), sowie aller weiteren maßgeblichen Gesetze. Darüber hinaus hat sich unser Unternehmen auf die „Ver-haltensregeln für den Umgang mit personenbezogenen Daten durch die deutsche Versicherungswirtschaft" verpflichtet, die die oben genannten Gesetze für die Versicherungswirtschaft präzisieren. Diese können Sie im Internet unter www.dbv.de/Datenschutz abrufen. Stellen Sie einen Antrag auf Versicherungsschutz, benötigen wir die von Ihnen hierbei gemachten Angaben für den Abschluss des Vertrages und zur Einschätzung des von uns zu übernehmenden Risikos. Kommt der Versicherungsvertrag zustande, verarbeiten wir diese Daten zur Durchführung des Vertragsverhältnisses, z.B. zur Policierung oder Rechnungsstellung.

Der Abschluss bzw. die Durchführung des Versicherungsvertrages ist ohne die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht möglich.

Darüber hinaus benötigen wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erstellung von versicherungsspezifischen Statistiken, z. B. für die Entwicklung neuer Tarife oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Vorgaben. Die Daten aller mit einer AXA-Gesellschaft bestehenden Verträge nutzen wir für eine Betrachtung der gesamten Kundenbeziehung, beispielsweise zur Beratung hinsichtlich einer Vertragsanpassung, -ergänzung, für Kulanzentscheidungen oder für umfassende Auskunftserteilungen.Rechtsgrundlage für diese Verarbeitungen personenbezogener Daten für vertragliche Zwecke ist Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO. Erstellen wir Statistiken mit diesen Datenkategorien, erfolgt dies auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 j) DSGVO i. V. m. § 27 BDSG.

Ihre Daten verarbeiten wir auch, um berechtigte Interessen von uns oder von Dritten zu wahren (Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO). Dies kann insbesondere erforderlich sein:

- zur Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs einschließlich Tests (sofern nicht bereits für die Vertragsdurchführung erforderlich),
- zur Werbung für unsere eigenen Versicherungsprodukte und für andere Produkte der Unternehmen der AXA-Gruppe und deren Kooperationspartner sowie für Markt- und Meinungsumfragen,
- zur Verhinderung und Aufklärung von Straftaten, insbesondere nutzen wir Datenanalysen zur Erkennung von Hinweisen, die auf Versicherungsmissbrauch hindeuten können,
- zur Risikosteuerung innerhalb des Unternehmens sowie des AXA Konzerns insgesamt,
- zur Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Prozessen, Dienstleistungen und Produkten.

Darüber hinaus verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen wie z.B. aufsichtsrechtlicher Vorgaben, handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten oder unserer Beratungspflicht. Als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dienen in diesem Fall die jeweiligen gesetzlichen Regelungen i. V. m. Art. 6 Abs. 1 c) DSGVO. Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen oben nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen darüber u.a. auf unserer Webseite (www.dbv.de/Datenschutz) zuvor informieren.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Datenverarbeitung in der Unternehmensgruppe:

Spezialisierte Unternehmen bzw. Bereiche unserer Unternehmensgruppe nehmen bestimmte Datenverarbeitungsaufgaben für die in der Gruppe verbundenen Unternehmen zentral wahr. Soweit ein Versicherungsvertrag zwischen Ihnen und einem oder mehreren Unternehmen unserer Gruppe besteht, können Ihre Daten etwa zur zentralen Verwaltung von Anschriftendaten, für den telefonischen Kundenservice, zur Vertrags- und Leistungsbearbeitung, für In- und Exkasso oder zur gemeinsamen Postbearbeitung zentral durch ein Unternehmen der Gruppe verarbeitet werden. In unserer Dienstleisterliste finden Sie die Unternehmen, die an einer zentralisierten Datenverarbeitung teilnehmen.

Externe Auftragnehmer und Dienstleister:

Wir bedienen uns zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten zum Teil externer Auftragnehmer und Dienstleister. Eine Auflistung der von uns eingesetzten Auftragnehmer und Dienstleister, zu denen nicht nur vorübergehende Geschäftsbeziehungen bestehen, können Sie der Übersicht im Anhang sowie in der jeweils aktuellen Version auf unserer Internetseite unter www.dbv.de/datenschutz entnehmen.

Weitere Empfänger:

Darüber hinaus können wir Ihre personenbezogenen Daten an weitere Empfänger übermitteln, wie etwa an Behörden zur Erfüllung gesetzlicher Mitteilungspflichten (z. B. Sozialversicherungsträger, Finanzbehörden oder Strafverfolgungsbehörden).

Dauer der Datenspeicherung

Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, sobald sie für die oben genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Dabei kann es vorkommen, dass personenbezogene Daten für die Zeit aufbewahrt werden, in der Ansprüche gegen unser Unternehmen geltend gemacht werden können (gesetzliche Verjährungsfrist von drei oder bis zu dreißig Jahren). Zudem speichern wir Ihre personenbezogenen Daten, soweit wir dazu gesetzlich verpflichtet sind. Entsprechende Nachweis- und Aufbewahrungspflichten ergeben sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch, der Abgabenordnung und dem Geldwäschegesetz. Die Speicherfristen betragen danach bis zu zehn Jahre.

Betroffenenrechte

Sie können unter den oben genannten Daten Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Darüber hinaus können Sie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung oder die Löschung Ihrer Daten verlangen. Ihnen kann weiterhin ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten sowie ein Recht auf Herausgabe der von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zustehen.

Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, einer Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu Zwecken der Direktwerbung zu widersprechen. Verarbeiten wir Ihre Daten zur Wahrung berechtigter Interessen, können Sie dieser Verarbeitung widersprechen, wenn sich aus Ihrer besonderen Situation Gründe ergeben, die gegen die Datenverarbeitung sprechen.

Beschwerderecht

Sie haben die Möglichkeit, sich mit einer Beschwerde an den oben genannten Datenschutzbeauftragten oder an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden. Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:
Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestraße 2-4, 40213 Düsseldorf

Allgemeine Hinweise

Mir ist bekannt, dass die Vereinigung Versicherungsnehmerin ist. Sie handelt in meinem Auftrag. Ich bevollmächtige die Vereinigung zur Vertretung bei der Abgabe und Entgegennahme aller das Versicherungsverhältnis betreffenden Willenserklärungen (einschließlich der Kündigung der Sterbegeldversicherung beim Ausscheiden des Mitglieds aus der Vereinigung); die Vertretungsbefugnis erstreckt sich jedoch nicht auf die Empfangnahme von Versicherungsleistungen und die Änderung des Bezugsrechts. **Bei höherem Eintrittsalter können die zu zahlenden Beiträge in ihrem Gesamtbetrag die versicherte Leistung unter Umständen übersteigen.** Eine Durchschrift der Beitrittserklärung wird mir unverzüglich nach Unterzeichnung zugesandt. Auf diesen Vertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. Soweit Vorteilskonditionen gewährt werden, die vom Bestehen der Mitgliedschaft zu einer Gewerkschaft/Vereinigung abhängig sind, erfolgt ein Datenabgleich mit dieser Organisation ohne Bekanntgabe der Versicherungsinhalte. Die für Ihre Versicherung zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Postfach 1308, 53003 Bonn - Internet: www.bafin.de. Unser Unternehmen ist Mitglied im Verein Versicherungsombudsmann e.V., Postfach 080632, 10006 Berlin.

Achtung **Bei der Beantragung einer Erhöhungsversicherungssumme wird ein zusätzlicher Versicherungsschein ausgefertigt.**

Tarif VG9/2017

Monatsbeiträge für je 500 € Sterbegeld - Endalter Beitragszahlung 85 Jahre

Bei Eintrittsalter 15-74 ist die Unfallzusatzversicherung obligatorisch eingeschlossen
Als Eintrittsalter gilt die Differenz zwischen dem Beginnjahr der Versicherung minus dem Geburtsjahr der zu versichernden Person.

Für andere Versicherungssummen ist der Beitrag entsprechend zu multiplizieren (z.B.: Bei einer Versicherungssumme von 3.000,- € = Beitrag x 6, bei einer Versicherungssumme von 5.000,- € = Beitrag x 10).
Die Monatsbeiträge sind versicherungstechnisch mit 7 Nachkommastellen gerechnet. Aus Vereinfachungsgründen sind aber nur 2 Nachkommastellen in der Beitragstabelle ausgewiesen. Deshalb kann es zu Rundungsdifferenzen kommen, die sich allerdings nur im Cent-Bereich bewegen.

Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich
15	0,80 €
16	0,81 €
17	0,83 €
18	0,84 €
19	0,86 €
20	0,87 €
21	0,89 €
22	0,90 €
23	0,92 €
24	0,93 €
25	0,95 €
26	0,97 €
27	0,99 €
28	1,01 €
29	1,03 €
30	1,05 €
31	1,07 €
32	1,10 €
33	1,12 €
34	1,15 €
35	1,18 €
36	1,20 €
37	1,23 €
38	1,27 €
39	1,30 €
40	1,33 €
41	1,37 €
42	1,41 €
43	1,45 €
44	1,49 €
45	1,53 €
46	1,58 €
47	1,63 €

Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich
48	1,68 €
49	1,74 €
50	1,80 €
51	1,86 €
52	1,93 €
53	2,00 €
54	2,07 €
55	2,15 €
56	2,23 €
57	2,32 €
58	2,42 €
59	2,52 €
60	2,63 €
61	2,75 €
62	2,87 €
63	3,01 €
64	3,16 €
65	3,33 €
66	3,50 €
67	3,70 €
68	3,91 €
69	4,15 €
70	4,42 €
71	4,71 €
72	5,04 €
73	5,41 €
74	5,83 €
75	6,29 €
76	6,87 €
77	7,56 €
78	8,42 €
79	9,52 €
80	10,98 €

Übersicht der Dienstleister des AXA Konzerns

gemäß der Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung Stand 21.11.2017

Konzerngesellschaften, die an einer gemeinsamen Verarbeitung von Daten innerhalb der Unternehmensgruppe teilnehmen:

- AXA ART Versicherung AG
- AXA Bank AG
- AXA Customer Care GmbH
- AXA easy Versicherung AG
- AXA Konzern AG
- AXA Krankenversicherung AG
- AXA Lebensversicherung AG
- Deutsche Ärzteversicherung AG
- AXA Service & Direct Solutions GmbH
- AXA MATRIX Risk Consultants Deutschland, ZN der AXA Matrix Risk Consultants S.A., Paris
- AXA Versicherung AG
- clerita GmbH
- DBV Deutsche Beamtenversicherung, ZN der AXA Lebensversicherung AG ZN der AXA Versicherung AG
- Deutsche Ärzte Finanz Beratungs- und Vermittlungs-AG
- AXA Direktberatung GmbH
- E.C.A. LEUE GmbH + Co.KG
- Helmsauer & Preuss GmbH
- INREKA Finanz AG
- Kölner Spezial Beratungs-GmbH für betriebliche Altersversorgung
- Pro bAV Pensionskasse AG
- winExpertisa Gesellschaft zur Förderung beruflicher Vorsorge mbH

Dienstleister mit Datenverarbeitung als Hauptgegenstand des Auftrags (Einzelbenennung):

Auftraggebende Gesellschaft	Dienstleister	Gegenstand / Zweck der Beauftragung	Gesundheits-daten
Alle Konzerngesellschaften	AXA Konzern AG	Antrags-, Vertrags-, Leistungs- und Regressbearbeitung, Vermittlerbetreuung	ja
	AXA Group Solutions S.A. einschl. Ndl. Deutschland	Betrieb gruppenweiter IT-Anwendungen	nein
	AXA Logistik & Service GmbH	Post-, Antrags-, Vertrags-, Leistungsbearbeitung	ja
	AXA Technology Services Germany GmbH und GIE AXA Tech Belgium	Rechenzentrumsbetreiber	ja
	AXA Customer Care Center GmbH	Telefonischer Kundendienst, Kundenbetreuung	ja
	ARA GmbH	Telefonischer Kundendienst	nein
	AXA Assistance Deutschland GmbH	Telefonischer Kundendienst	ja
	GIE AXA	Hosting, Datenselektionen	nein
	GDV Dienstleistungs GmbH	Datentransfer mit Vermittlern u. Dienstleistern	nein
AXA ART Versicherung AG	ACS Information Technologies UK Limited	Rechenzentrumsbetreiber	nein
AXA Krankenversicherung AG	ViaMed GmbH	Leistungsprüfung	ja
	ROLAND Assistance GmbH, Medical Contact AG, Sanvartis GmbH	Diseasemanagement	ja[1]
	IMB Consult GmbH	Medizinische Gutachten	ja[1]
	unternehmen online GmbH & Co.KG	Betrieb online-Anwendungen (Angebots-/Antragsaufnahme)	ja
AXA Lebensversicherung AG/ DBV Deutsche Beamten-Versicherung Lebens-versicherung, ZN der AXA Lebensversicherung AG	AXA Bank AG	Depotverwaltung für Fondspolicen	nein
	April Deutschland AG	Bestands- und Leistungsbearbeitung	ja
	Vorsorge Lebensversicherung AG	Antrags-/Leistungsbearbeitung (Zahlungssystem ERGO und Münchner Rück)	ja
	unternehmen Online GmbH & Co.KG	Betrieb online-Anwendungen (Angebots-/Antragsaufnahme)	ja
	SP Consult AG	Antrags- und Leistungsbearbeitung, Bestandsverwaltung	nein
AXA Versicherung AG/ AXA easy Versicherung AG/ DBV Deutsche Beamten-versicherung, ZN der AXA Versicherung AG	AXA Assistance Deutschland GmbH	Diseasemanagement, Durchführung KFZ-Versicherungen für Kreditkarteninhaber, Bestandsverwaltung, Leistungs-bearbeitung für Mietwagen-KFZ-versicherungen, Handwerker- und Dienstleisternetz, Anlage Neuschäden	ja[1]
	April Deutschland AG	Bestands- und Leistungsbearbeitung	ja
	Versicherungsforen medi-part GmbH	Leistungsbearbeitung	ja[1]
	Actineo GmbH	Anforderung medizinische Auskünfte	ja[1]
	Inter Partner Assistance S.A.	Schutzbriefleistungen	nein
	Öconsult Assekuranzberatung OHG	Regressprüfung	ja

Dienstleisterkategorien, bei denen Datenverarbeitung kein Hauptgegenstand des Auftrages ist und/oder Dienstleistungserbringung erfolgt durch viele verschiedene Dienstleister

Auftraggebende Gesellschaft	Dienstleister<u>kategorie</u>	Gegenstand / Zweck der Beauftragung	Gesundheits-daten
Alle Konzerngesellschaften	Adressermittler	Adressprüfung	nein
	Gutachter/ med. Experten/Berater	Antrags-/ Leistungs-/ Regressprüfung/Beratung	zum Teil[1]
	Assisteure	Assistanceleistungen	zum Teil[1]
	Marktforschungsunternehmen	Marktforschung, Kundenzufriedenheitsanalyse	nein
	Marketingagenturen/ -provider	Marketingaktionen	nein
	Lettershops/ Druckereien	Postsendungen/ Newsletter (E-Mail)	ja
	Aktenlager	Lagerung von Akten	ja
	IT-Dienstleister	Wartung/Betrieb/Entwicklung Systeme/Anwendungen/Onlineservices	ja
	Rechtsanwaltskanzleien	Forderungseinzug	ja
	Inkassounternehmen/Auskunfteien	Forderungsbearbeitung, Existenznachweis	nein
	Rückversicherer	Monitoring	ja
	Entsorgungsunternehmen	Abfallbeseitigung	ja
	Routenplaner	Schadenbearbeitung/ Terminplanung	nein
	Rehabilitationsdienst	Rehabilitationsmanagement	ja
	Service-Gesellschaften	Leistungs- und Bestandsbearbeitung im Massengeschäft (techn. Versicherungen)	nein
	Vermittler	Antrags-, Leistungs- u. Schadenbearbeitung, Beratung	zum Teil[1]
	Telefonischer Kundendienst	Temporärer Kundendienst in bes. Geschäftsprozessen, Kundenbetreuung	ja
AXA Krankenversicherung AG	Heil-/ Hilfsmittellieferant	Lieferung von Heil- und Hilfsmitteln	ja

Eine aktuelle Version dieser Dienstleisterübersicht ist im Internet unter www.AXA.de/Datenschutz einsehbar.

Hinweis: Steht Ihre besondere persönliche Situation den berechtigten Interessen des Unternehmens an einer Beauftragung entgegen, können Sie dieser Beauftragung ggf. widersprechen.

[1] ggf. mit separater Einwilligung

Die Zukunft schulischen Lernens

// Immer mehr Schulen setzen auf neue Konzepte der Unterrichtsgestaltung: selbstbestimmtes Lernen im Ganztag, mit Unterstützung multiprofessioneller Teams etwa. GEW-Vorsitzende Marlis Tepe lernte auf ihrer Tour „GEW in Bildung unterwegs“ Schulen in Nordrhein-Westfalen (NRW) und im Saarland kennen, die sich – trotz teils schwieriger äußerer Umstände – auf den Weg zum Lernen der Zukunft gemacht haben. //

Nordrhein-Westfalen: Ziel: Standort mit Strahlkraft

Duisburg, Stadtteil Marxloh. Mohamed Ali brütet über Mathe-Aufgaben. Alex sucht auf der Nordamerika-Karte den Erie-See. Adele liest einen Text über „Virtuelles Wasser“. „Freies Lernen“ in Klasse 7b. Tepe ist mit den Schülerinnen und Schülern der Herbert-Grillo-Gesamtschule schnell im Gespräch. Fast alle haben Migrationshintergrund. Welche Sprache sie außer Deutsch spreche, will Tepe von Adele wissen. „Ich kann Englisch, bisschen Französisch, bisschen Türkisch und ein klein wenig Arabisch“, zählt die 13-Jährige auf.

Schulleiter Thomas Zander hält mit den Problemen der Grillo-Gesamtschule nicht hinterm Berg. So stünden zwar 60 Laptops und Tablets für die Schüler bereit. „Aber wenn die gleichzeitig in Betrieb sind, bricht unser Internet zusammen.“ Es fehle an Räumen und pädagogischen Fachkräften. Zanders Lösungsvorschlag: der Aufbau eines gemeinsamen Bildungsstandorts Marxloh. Eines Vorzeigestandorts „ähnlich wie in Berlin-Neukölln am Campus Rütli“ – mit so großer Strahlkraft, „dass sowohl Lehrpersonal als auch Eltern für ihre Kinder diesen Standort wählen“. Hinter dem Projekt stehen die Schulleitungen von sechs Marxloher Schulen, inklusive Gymnasium und berufsbildender Schule. „Wir benötigen multiprofessionelles Personal“, fordern die sechs Schulleitungen: Dolmetscherinnen, interkulturelle Berater, Schulsozialarbeiterinnen, Integrationshelfer, Künstlerinnen und Logopäden. Duisburgs Oberbürgermeister Sören Link (SPD), der Tepe und die Vorsitzende der GEW NRW, Dorothea Schäfer, beim Schulbesuch begleitet, unterstützt das Projekt. „Doch unsere Möglichkeiten sind begrenzt“, sagt Link. Deshalb brauche Duisburg mehr Unterstützung des Landes. Tepe sieht dringenden Handlungsbedarf: „Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen in einem schwierigen sozialen Umfeld zusätzliche personelle und materielle Ressourcen erhalten.“

Foto: Bert Butzke

Zu Besuch in NRW: GEW-Vorsitzende Marlis Tepe kommt mit den Schülerinnen und Schülern der Herbert-Grillo-Gesamtschule in Duisburg-Marxloh schnell ins Gespräch. Fast alle haben Migrationshintergrund.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Saarland: Ganzheitlicher Blick

Die besondere Atmosphäre der Grundschule in Saarbrücken-Scheidt empfängt Besucher bereits beim Eintritt: Der Eingangsbereich ist lichtdurchflutet, mit Wimpeln, Bändern, Fähnchen bunt geschmückt. In der Regel können die Kinder in den ersten drei Stunden an selbstgewählten Schwerpunkten in Deutsch und Mathematik arbeiten. Allein, zu zweit, zu dritt sitzen sie auf Matten auf dem Boden, malen oder schreiben, die Türen der Klassenzimmer stehen offen. Es herrscht eine ruhige, fast feierliche Stille.

„Wir können die Tagesstruktur jetzt viel besser auf die kindlichen Bedürfnisse abstimmen“, erklärt Schulleiterin Jessica Krebs. „Phasen der An- und Entspannung wechseln sich nun ab und beeinflussen die Konzentrationsfähigkeit positiv. Die Arbeit in multiprofessionellen Teams ermöglicht uns gleichzeitig einen ganzheitlichen Blick auf jedes einzelne Kind.“ „Und wie haben die Eltern auf das neue Konzept reagiert?“, fragt Tepe. „Die Anmeldezahlen sind sehr erfreulich“, erklärt Krebs.

Ihre Schule ist seit 2016 gebundene Ganztagsgrundschule. „Drei Jahrgänge sind bereits gebunden, die 4. Klassen befinden sich noch im freiwilligen Ganztag“, erläutert die Schulleiterin. Realisiert werden konnte das neue Konzept nur mit mehr Personal und zusätzlichen Räumen. Mit Beginn des neuen Schuljahres hat die Schule einen Anbau bekommen. Die Klassenräume eines Jahrgangs liegen nebeneinander. Sie sind durch einen Zwischenraum miteinander verbunden, der von beiden Klassen als Förder- bzw. Differenzierungsraum genutzt wird. Im zweiten Stock liegen die Räume der Nachmittagsbetreuung, Aufenthaltsräume, Küche, Ruheraum.

15 Lehrkräfte, inklusive einer Förderschullehrerin, betreuen 165 Kinder in acht Klassen. Sie werden dabei von elf Erzieherinnen und Erziehern sowie einem Sozialpädagogen unterstützt.

Norbert Glaser,
freier Journalist

Kindergottesdienst-Argumente

(E&W 9/2018, Seite 2: „Kein Verdienst, sondern Glück“)

Och nee! Spontan fühle ich mich an meine Kindergottesdienstzeit (1958–64) erinnert. Das ist doch jetzt nicht wirklich eine ernsthafte Position innerhalb der Soziologie, oder? Das ist doch hoffentlich nicht die vorherrschende Argumentation gegen rechte Thesen? Nein, meiner Wahrnehmung nach gibt es eine ernstzunehmende Bewegung gegen Rassismus, die ohne Kindergottesdienst-Argumente und historische Ungenauigkeiten auskommt.

Im Übrigen kann kein Mensch etwas dafür, wo, also in welchem Land, in welcher Familie er geboren wurde. Selbst wenn man die Situation, in die man hineingeboren wurde, als privilegiert definiert, wird ein Mensch ihr erst dann nicht gerecht, wenn er nicht die Verantwortung übernimmt, die er in einer freiheitlichen, demokratisch organisierten Gemeinschaft übernehmen sollte und nach seinen Fähigkeiten kann.

Rassismus definiert in der Tat bestimmte Menschengruppen als minderwertig. So ist es meiner Meinung nach Rassismus, auf die „national definierte Abstammung“ zu setzen und dann gleich damit noch die „Grenzen der Solidarität zu bestimmen“. Jedoch sollte dieser Begriff nicht auf alle möglichen Zurückweisungen, die jemand erfährt, ausgeweitet werden, das entwertet den zugrundeliegenden Tatbestand, entwertet das Wort selbst. Es wird zum Totschlagargument. Allen Menschen in einem Staat Anspruch auf Rechtssicherheit, staatliche Leistungen, Arbeit und weitere gesetzlich definierte Rechte zu gewähren – die Rechte sind ja auch per Gesetz an Pflichten gekoppelt – und dafür Staatsangehörigkeit zu verlangen, ist kein Rassismus. Ein Staatsbürger muss seine Rechte und Pflichten kennen und sich daran halten, damit ein Staat funktioniert. Alle übrigen Zuwendungen sind karitativ.

Es zeigt Lücken im historischen Wissen, das sogenannte „Wirtschaftswunder“ nur auf die tatkräftige Unterstützung der Alliierten zurückzuführen. Alle europäischen Staaten haben diese Unterstützung in Form von Marshallplan und NATO bekommen. Davon abgesehen erfährt auch ein nationalstaatlich definierter Deutscher bzw. eine Deutsche nicht immer die rechtlich festgelegte Solidarität, zum Beispiel in Arbeitsverhältnissen, sonst müssten ja Gewerkschaften nicht dauerhaft kämpfen.

Marianne Althoff-Hanke, Stuttgart

Geregelte Einwanderung!

Die Soziologieprofessorin Kira Kosnick schreibt in ihrem Gastkommentar, es sei „kein Verdienst, sondern Glück, in einem Land geboren worden zu sein, das seiner Bevölkerung aktuell vergleichsweise gute Lebensbedingungen und -chancen bietet“. Diese Tatsache ist vielen nicht bewusst, aber ich kenne niemanden, der sie auf Nachfrage leugnen würde. Sie findet es daher und aus historischen Gründen richtig, dass die Leistungen des deutschen Sozialstaates auf alle ausgeweitet werden sollen, die als Flüchtlinge oder mit ähnlichem Status ins Land kommen.

Dies ist de facto der Fall. Wer derzeit noch seinen Fuß auf deutschen Boden setzt und „Ich beantrage Asyl“ sagt, hat gute Chancen, jahrelang die vollen Leistungen des Sozialstaates, genau wie Deutsche, zu erhalten bis hin zu Hartz IV. Das ist der wichtigste Grund, warum Deutschland als Zielland so beliebt ist.

Diese unfassbare und letztlich zerstörerische staatliche Großzügigkeit führt zu immensen Kosten, die vom Steuerzahler bzw. über weitere Staatsverschuldung gedeckt werden müssen. Bisher ist diese Sachlage wegen der noch guten Wirtschaftslage vielen kaum bewusst.

Zum Vergleich: In den USA gibt es meines Wissens keinerlei staatliche Leistungen für Flüchtlinge und Asylbewerber.

Masseneinwanderung von größtenteils Unqualifizierten aus überbevölkerten Gegenden der Dritten Welt und unser hochentwickelter Sozialstaat sind nicht kompatibel. Wenn in wenigen Jahren der Bund nicht mehr für den Unterhalt der Flüchtlinge in den Kommunen aufkommt, müssen die Kommunen Leistungen kürzen und Steuern und Abgaben erhöhen. Gesellschaftliche Konflikte sind vorprogrammiert; die Aversion gegen Migranten wird zunehmen.

Wir brauchen eine geregelte, an unseren Interessen orientierte Einwanderung und keine Ausweitung unserer Sozialleistungen auf Armutsflüchtlinge. Für die Hebung des Lebensniveaus in der Dritten Welt sind viele andere Strategien nötig, etwa faire Handelsbedingungen zwischen Europa und Afrika.

Günter Herrmann, Heilbronn

Anmerkung der Redaktion:

Asylsuchende erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die unter dem Hartz-IV-Satz liegen. Wenn sie als Flüchtlinge anerkannt sind bzw. eine anderweitige aufenthaltsrechtliche Erlaubnis zur Aufnahme einer Beschäftigung in der Bundesrepublik erhalten, stehen ihnen prinzipiell Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II zu – also unter anderem Hartz IV, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen. Siehe auch: www.asyl.net/themen/sozialrecht/sozialleistungen

Vorsicht bei Themenwahl

(E&W 9/2018, Seite 30 f.: „Auch Hochbegabte brauchen Förderung“)

Ich frage mich, ob die Grundschule, in der Ben Bruch- und Prozentrechnung macht, in Kontakt mit den weiterführenden Schulen ist. Förderung sollte meiner Meinung nach nur dann Themen vorwegnehmen, wenn gesichert ist, dass konzeptionell auch in den Sekundarstufen damit umgegangen werden kann.

Barbara Tiaden, Hamburg

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter

Heft Universal-Listen
A4, 64 Seiten
Für alle Zwecke im Lehreralltag einsetzbar z.B. Noten- oder Kontrolllisten, zum Einsammeln…

TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · Tel. 09442 92209-0 · www.timetex.de

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin
www.berlinreisen.de

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
www.die-vagabunden.de
☎ 0 43 52 - 95 68 695

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Kutter-Segeln am Bodensee für Schulklassen und inklusive Gruppen
Übernachtung im Zeltcamp
www.vss-ev.de, info@vss-ev.de
Tel: 07732 945 7 945
Verein für sozialpäd. Segeln e.V.

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Musikalischer Jahreswechsel in Berlin

4-tägige Musikreise vom 30.12.2018 bis 02.01.2019

„Falstaff“ in der neu renovierten Staatsoper Unter den Linden

Silvesterfeier im Hotel Park Inn inklusive

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter
www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

Entspannt auf Klassenfahrt!

Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation Rechtssicherheit täglich

Berlin-Klassenfahrten
030 / 29 77 83 0
BERLIN UNLIMITED
Städtereisen International

4 Tage „Mittenmang – ein Streifzug durch Berlin“ ab **89,00 €** p.P.
inkl. 3 x Ü/F, Stadtrundfahrt und Currywurst, Spreebootstour, "Unterwegs in Berlin" – junge Berliner zeigen Ihre Stadt

5 Tage „Grenzgänger“ ab **105,00 €** p.P.
inkl. 4 x Ü/F, geführte Mauertour, Mauermuseum „Haus am Checkpoint Charlie“, DDR-Museum, Führung durch das ehemalige Stasigefängnis

Telefon: 030 / 29 77 83 0
info@berlinunlimited.com
www.berlinunlimited.com

Kerzen und Seifen selber machen

Beste Rohmaterialien, Gerätschaften und Zubehör für Hobby, Schulen, Kirchen und Werkstätten.

EXAGON, Industriepark 202,
DE-78244 Gottmadingen,
exagon@t-online.de

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.

Klassenfahrten-Reisefinder mit BUDGETPLANER

Das Maximale aus einem vorgegebenen Reisebudget holen!
- Teilnehmerzahl, Budget, Wunschdatum eingeben
- sofort Preis für alle Saisonzeiten erfahren!
- Rundum-Sorglos-Paket für Kursfahrten, Studienreisen …

Tausende Schüler & Lehrer buchen immer wieder – weil es sich lohnt!

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

Telefon: 0 35 04/64 33-0
✆ Service-Center Frankfurt:
069/96 75 84 17

www.schulfahrt.de

Diesmal

Cartoon: Freimut Woessner